

Daniel Mullis

*Blockupy in Frankfurt 2012-2015*  
„Widerstand im Herzen des europäischen Krisenregimes“  
Analyse – Bewertung – Perspektiven

Working Paper #1 – Oktober 2016



INSTITUT FÜR  
HUMANGEOGRAPHIE

GOETHE   
UNIVERSITÄT  
FRANKFURT AM MAIN

## Inhaltsverzeichnis

Einleitung	3
1. Vom Ausbruch der Krise 2007/08 bis zum Auftreten von Blockupy	5
2. Frankfurt im Mai 2012 – eine Stadt macht dicht	8
3. Blockupys zweite Runde 2013 – breite Proteste und ein unerwartetes Ende	18
4. 2014: Das lange Warten und die „Transnationalisierung“	27
5. Die EZB-Eröffnung am 18. März 2015 – Zusammenstöße im Ostend	32
6. Vier Jahre Blockupy: Bündnisarbeit und die Politisierung der Krise	43
7. Deutschland im Herbst 2016 – Anmerkungen für eine emanzipatorische Politik	48
Bibliographie	52

## Verortung des vorliegenden Arbeitspapiers

Bei dem vorliegenden Papier handelt es sich um einen überarbeiteten Auszug aus meiner im Oktober 2016 am Fachbereich 11 Geowissenschaften/Geographie der Goethe-Universität Frankfurt am Main eingereichten Dissertation „*Die Politik und Bühnen des Dissens. Passagen städtischer Krisenproteste – Widerständiges Athen & Blockupy in Frankfurt*“. Die Dissertation fokussiert zum einen auf den Zyklus der Krisenproteste in Athen, Griechenland, zwischen 2008 und 2014 und zum anderen auf die Aktivitäten des Blockupy-Bündnisses in Frankfurt am Main, Deutschland, zwischen 2012 und 2015. Aus theoretischer Perspektive wendet sich die Arbeit der seit den Platzbesetzungen 2011 längst nicht nur in geographischen Arbeiten diskutierten Relation zwischen *transformatorischen Praxen* und deren *Räumlichkeit* zu. Darüber hinaus wurden die politischen Ereignisse der letzten Jahre intensiv dahingehend aufgearbeitet, wie eher kontinuierliche politische Praxen des sukzessiven Wandels und momenthafte Ereignisse zusammenzudenken sind. Dafür bilden die beiden wichtigsten theoretischen Referenzen zum einen, um über transformatorische Praxen nachzudenken, die *postfundamentalistischen* Bezugnahmen auf *die Politik und das Politische* im Anschluss an Ernesto Laclau und Chantal Mouffe (2006 [1985]) sowie Jacques Rancière (2002 [1995]); zum anderen, um eine vertiefte Reflexion über Räumlichkeit zu ermöglichen, die *Produktion des Raums* nach Henri Lefebvre (1991 [1974]). Für das vorliegende Arbeitspapier wurden die theoretischen Bezüge so weit als möglich herausgearbeitet, um so die Geschichte Blockupys ins Zentrum zu rücken. Ein herzliches Dankeschön geht für die Finanzierung der Forschung im Rahmen der Promotionsförderung an dieser Stelle an die Hans-Böckler-Stiftung.

## Zitiervorschlag

Mullis, Daniel (2016): Blockupy in Frankfurt 2012-2015. „Widerstand im Herzen des europäischen Krisenregimes“. Analyse – Bewertung – Perspektiven. Working Paper #1, Frankfurt a. M., Goethe-Universität.

## Kontakt

Daniel Mullis

Institut für Humangeographie | Fachbereich Geowissenschaften/Geographie,  
Goethe-Universität Campus Westend | Theodor-W.-Adorno-Platz 6 | D-60629 Frankfurt am Main

email: [mullis@em.uni-frankfurt.de](mailto:mullis@em.uni-frankfurt.de)

online: [humangeographie.de/mullis](http://humangeographie.de/mullis) & [uni-frankfurt.academia.edu/DanielMullis](http://uni-frankfurt.academia.edu/DanielMullis)

## Copyright

Das Copyright der vorliegenden Arbeit sowie die inhaltliche Verantwortung liegen beim Autor.

Die in der Arbeit abgedruckten Bilder, wurden allesamt mit einer *Creative Commons*-Lizenz veröffentlicht.

## Zusammenfassung

Die Krisenproteste in Frankfurt am Main und insb. das Blockupy-Bündnis und dessen Praxen zwischen 2012 und 2015 stehen im Mittelpunkt der folgenden Auseinandersetzung. Insgesamt stellt Blockupy den wohl breitesten Versuch dar, in Deutschland Widerstand gegen das „europäische Krisenregime“ zu organisieren. Hierfür trat das Bündnis 2012 und 2013 mit Aktionen des zivilen Ungehorsams in Frankfurt, im Mai 2014 mit dezentralen Aktionen in ganz Europa sowie der Mobilisierung gegen die Eröffnungsfeier des Neubaus der EZB im Frankfurter Ostend 2015 in Erscheinung. In dichter Form werden die Ereignisse skizziert und abschließend bewertet. Zentralgestellt werden in der Auseinandersetzung mit Blockupy dessen Praxen des Widerspruchs, die Aktionsformen sowie die Prozesse der Bündnisbildung. Gefragt wird nach Blockupys Organisation, den vollzogenen Lernprozessen sowie den inhaltlichen und praxisbezogenen Verschiebungen. Herausgearbeitet wird, dass Blockupy zunächst stark auf die Kritik an „Banken und Konzernen“ abzielte, dann aber immer expliziter auf die EZB fokussierte und eine antikapitalistische Position entwickelte. Immer stärker wird auch die internationale Ausrichtung des Bündnisses, womit die Zielsetzung der Etablierung eines ‚Europas von unten‘ entgegen der ‚autoritären EU von oben‘ einherging.

## Einleitung

Es ging ein Ruck durch die Welt im Jahr 2011. Was Mitte Dezember 2010 in der tunesischen Kleinstadt Sidi Bouzid als lokaler Protest eines Gemüsehändlers, der sich aus Wut über Behördenschikanen selbst verbrannte (Dietrich 2012: 41), begann, entwickelte sich zu einer globalen Protestwelle von Krisenprotesten. Als „Epochenbruch“ (Azzellini 2014) wurden die Ereignisse bezeichnet. *Arabischer Frühling*, *Indignados* und *Occupy* bestimmten Schlagzeilen und beherrschten die öffentlichen Debatten (vgl. Birke & Henninger 2012; Candeias & Völpel 2013; Prokla 177; Sitrin & Azzellini 2014). Gleichzeitig steckte die Weltwirtschaft 2011 in einer tiefen ökonomischen Krise und dies galt auch für Europa. Die Krise in der EU war aber längst nicht nur eine ökonomische, sondern mit voller Wucht stellte sich erneut die soziale und politische Frage (Demirović 2013), zugleich aber auch, wie der Pfad der europäischen Integration fortzusetzen sei. Ausgangspunkt der aktuellen Krisendynamik war der Crash am US-Immobilienmarkt 2007/08 aus dem sich 2009 die global gesehen schwerste Wirtschaftskrise seit 1929 entwickelte (Brunetti 2011: 71-77). In den Euro-Staaten brach das Bruttoinlandprodukt (BIP) insgesamt um 4,1% ein (Bischoff et al. 2011: 74), in einzelnen EU-Staaten gar noch stärker. Aus unterschiedlichen Gründen, wobei in allen Fällen die Konstruktion der Euro-Währungsunion und die wirtschaftliche Ungleichheit bzw. die auseinanderklaffenden Handelsbilanzen zwischen den Euro-Staaten, eine wichtige Rolle spielten (vgl. Bieling 2011; Brunetti 2011; Jäger & Springler 2015; Streeck 2015), rutschten Griechenland, Irland, Portugal und Spanien in tiefe Staatsschuldenkrisen. Die Antwort der EU, die nicht zuletzt von den deutschen Regierungen um Angela Merkel (CDU) eingefordert wurde (Röttger 2012), hieß Austerität. Die Krise der Staatsfinanzen sollte primär über Ausgabenkürzungen, Privatisierung von Staatseigentum sowie strenge Ausgabendisziplin in den Griff bekommen werden. Nachdem die Schulden der Banken kollektiviert worden waren, die besser aufgestellten EU-Staaten sich vor dem Absturz geschützt hatten, wurden die EU-Verträge verstärkt auf Wettbewerbsfähigkeit, strenge Haushaltsdisziplin und Schuldenabbau getrimmt (Oberndorfer 2012). In den von der Krise besonders betroffenen Staaten mahnte die EU harte Austeritätsprogramme an, die seitens der *Troika* aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank (EZB) und Internationalem Währungsfonds (IWF) im Fall von Griechenland, Irland und Portugal mit voller Konsequenz durchgesetzt wurden (Schumann & Bondy 2015). Die sozia-

len Folgen waren verheerend: die Wirtschaften kollabierten, Arbeitslosigkeit gerade unter Jugendlichen stieg rapide und sank auch nicht mehr, soziale Grundversorgung konnte nicht mehr garantiert werden und Tausende verloren ihr Obdach, weil sie Hypotheken nicht mehr bedienen konnten – die „Schock-Doktrin“ (Klein 2007) war mitten in Europa angekommen.

Blockupy Frankfurt, dessen Bündnisarbeit im Folgenden im Zentrum steht, ist einer der breitesten Versuche innerhalb Deutschlands, die europäische Austeritätspolitik und soziale, demokratische und ökonomische Krise zu politisieren. Das anfangs 2012 gegründete linke und weitestgehend kapitalismuskritische Bündnis besteht aus einem Zusammenschluss politischer Akteur\_innen von linken Gewerkschafter\_innen, Parteipolitiker\_innen, der Partei Die Linke und NGOs bis hin zu Gruppen der radikalen Linken. Die globalen Krisenproteste des Jahres 2011 waren wichtige Referenzen für das Bündnis. Blockupy ist aber nicht mit diesen Bewegungen gleichzusetzen – und Blockupy ist nicht Occupy. In Erscheinung trat das Blockupy-Bündnis im Mai 2012 und 2013 mit jeweils mehrtägigen Aktionstagen in Frankfurt am Main (i. F. Frankfurt), mit europäischen Aktionstagen im Mai 2014, sowie der Großmobilisierung gegen die Feierlichkeiten zur Eröffnung des Neubaus der EZB im Frankfurter Ostend am 18. März 2015. Hinzu kamen zwischen 2012 und 2014 diverse (internationale) Vernetzungstreffen. „Im Herzen des europäischen Krisenregimes“ (Blockupy, 22.04.2013) sollte nach dem Willen des Bündnisses eine hörbare Kritik an der Austeritätspolitik der Troika bzw. an der Rolle der deutschen Regierung bei deren Umsetzung formuliert sowie ein Zeichen der Solidarität mit den von der Krise unmittelbarer betroffenen Menschen in Europa gesetzt werden.

In diesem Arbeitspapier, das einen Auszug aus meiner Doktorarbeit darstellt (vgl. S. 2 „Verortung“), geht es darum, die politische Praxis von Blockupy und die Geschichte der Ereignisse in Frankfurt aufzuarbeiten, einzuordnen und zu bewerten sowie zum Schluss auch darum, Perspektiven für eine politische Praxis zu formulieren. Die Darstellung basiert auf einer qualitativen Auswertung (vgl. Clarke 2005) von über 120 Dokumenten, wie Aufrufe, Pressemitteilungen, Positionspapiere etc. von Blockupy, die zwischen Anfang 2012 und Sommer 2015 erschienen sind. Wichtigste Ressourcen waren dabei der Internetauftritt sowie der Presseverteiler von Blockupy; zentral sind aber auch die Presseberichte der *Frankfurter Rundschau* (FR) sowie der *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ), Pressemitteilungen der Stadt Frankfurt sowie der Polizeibehörden und die Debatten zu Blockupy im Frankfurter Parlament, dem Römer. Zu konstatieren ist, dass es zu Blockupy praktisch keine wissenschaftliche Aufarbeitung gibt – einzig die juristische Dimension, die hier nicht im Zentrum steht, wurde in Teilen diskutiert (vgl. Bergmann 2012; Stolle 2012; Stolle & Voigt 2014; Petzold & Pichl 2013; Pichl 2012; Komitee für Grundrechte und Demokratie 2014; 2015).

Wichtig ist: Dieser Text erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit der Darstellung der Krisenproteste in Frankfurt und ist als *eine* Geschichte unter *vielen* zu verstehen. An manchen Stellen werden sicherlich Fragen offen bleiben, gegebene Antworten überraschen oder gar irritieren, an manchen Stellen aber, so die Hoffnung, werden auch (vorläufige) plausible Einsichten in die Entwicklung der Protestereignisse gegeben und sinnvolle Einschätzungen entwickelt, die weitere Diskussionen eröffnen. Die vier Sektionen dieses Arbeitspapiers, die sich Blockupy und dessen Geschichte zuwenden (vgl. 2 bis 5), sind jeweils so aufgebaut, dass zunächst auf das Blockupy-Bündnis eingegangen und die einzelnen Mobilisierungen auf deren inhaltliche Begründung sowie Praxisformen befragt werden; anschließend geht es um die Reaktion von Stadtverwaltung, Polizeibehörden und Medien, um dann zu den Aktionstagen selbst überzuleiten. Zum Schluss wird jeweils auf die Einschätzung der Ereignisse von Blockupy fokussiert. Als erstes geht es nun aber um die Krisenproteste in Deutschland, die vor Blockupy aufbrachen (vgl. 1). Dann wird eine Reflexion vorgenommen und versucht, Blockupy zu bewerten (vgl. 6), um dann abschließend auch auf politische Perspektiven einzugehen (vgl. 7). Eine Karte von Frankfurt und der Darstellung zentraler räumlicher Aspekte von Blockupy findet sich auf S. 46.

## 1. Vom Ausbruch der Krise 2007/08 bis zum Auftreten von Blockupy

Die Krise auf den globalen Finanzmärkten, die im September 2008 mit der Insolvenz der Investmentbank *Lehman Brothers* in den USA ihren Höhepunkt erreichte, ging an der Bundesrepublik Deutschland keineswegs spurlos vorbei und schlug sich spätestens 2009 voll auf die Konjunktur nieder (Kiesow 2015: 235). Im Jahr 2009 brach das Wachstum des BIP um ganze 5,6% ein und Deutschland rutschte in die tiefste Krise seit 1974/75 (ebd.: 235). Der Einbruch zwang die damalige schwarz-rote Regierung (22.11.2005-28.10.2009) unter Kanzlerin Angela Merkel (CDU) zur Reaktion, die mittels zweier Konjunkturpakete auch folgte. Ziel der beiden Pakete, die im November 2008 und im März 2009 im Umfang von rund 11 Mrd. bzw. 51 Mrd. Euro verabschiedet wurden (ebd.: 244), war es, so Julia Kiesow (2015: 248), „einerseits den privaten Konsum und andererseits unternehmerische Investitionen zu steigern“. Teil des ersten Konjunkturpaketes war aber auch die Verlängerung der Bezugsdauer des Kurzarbeitsgeldes, mittels dessen es Unternehmen ermöglicht wurde, Mitarbeitende für 18 Monate – zuvor waren es lediglich deren 12 – in die Kurzarbeit zu schicken, anstatt sie zu entlassen. Dies zahlte sich insofern aus, als die Zahl der Arbeitslosen 2009, im Vergleich zum Vorjahr, lediglich um 0,2% auf 7,6% anstieg, um dann im Verlauf des konjunkturellen Aufschwungs der Folgejahre auf 5% im Jahr 2014 abzusinken.<sup>1</sup>

Diesen Konjunkturpaketen vorangegangen waren umfangreiche Finanzspritzen zugunsten des privaten Bankensektors, zumal dieser auch in Deutschland vor erheblichen Refinanzierungsschwierigkeiten stand und insb. seiner Funktion als Kreditgeber nicht mehr nachzukommen vermochte. So rettete der deutsche Staat Ende September 2008 die *Hypo Real Estate* vor dem Kollaps mittels der Bereitstellung von 50 Mrd. Euro und legte im Oktober mit dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz einen Sonderfond von 500 Mrd. auf, der zur Stabilisierung des Finanzsektors beitragen sollte. In Bezug auf die Krisenentwicklung innerhalb der EU, wo vielerorts noch Mitte 2016 Krise eine alltägliche Realität darstellt, ist zu unterstreichen, dass sich Deutschland makroökonomisch erstaunlich stark und schnell von dem Crash 2007/08 erholte und in den Jahren nach 2010 eher von Aufschwung und Börsenhöhenflügen (FAZ, 13.02.2015) als von Rezession und Krise die Rede war – Krise wurde, im offiziellen Narrativ der Bundesregierung und in weiten Teilen der öffentlichen Debatte, alsbald zu einem Phänomen, das woanders stattfindet (Belina 2013b), und das „Modell Deutschland“ zum vermeintlichen Lösungsvorschlag für alle Probleme (Röttger 2012).

Für die frühen Kritiken an der Bearbeitung der Krise durch die Bundesregierung ist bedeutsam, dass von Teilen der Linken die Konjunkturpakete sehr wohl als keynesianische Interventionen befürwortet wurden und es eher die Rettung der Banken war, die verbreitet für Unmut sorgte. Während es also noch einige Jahre dauern sollte, bis das Blockupy-Bündnis in Frankfurt die Bühne der Politik (Rancière 2011: 8f.), brachen schon im Jahr 2009 erste Proteste gegen die Bewältigung der Krise auf. So hatte, wie Judith Vey (2015: 9) argumentiert, die Krise „eine Wiederbelebung breiter linker Proteste in Deutschland zur Folge“. Diese hätte aber in der breiten Öffentlichkeit nur „wenig Resonanz und Wirkmächtigkeit“ (ebd.: 10) entwickelt und, wie viele in den Bewegungen selbst betonten, sei festzustellen, dass es zum Zeitpunkt, als die Krise in Deutschland ankam, an einer geeinten Agenda gemangelt habe und die Linke – hierbei sind außerparlamentarische und radikale Akteur\_innen gleichermaßen wie der linke Flügel der SPD sowie der Grünen und die Partei Die Linke angesprochen – für die Krise keinesfalls gewappnet gewesen sei (ebd.: 110-56). Die ersten Jahre der politischen Mobilisierung in Deutschland nach 2008 waren sodann stark von einem Verständigungsprozess und einigen wenigen größeren Demonstrationen geprägt.

Kristallisationspunkt dieser auf die Produktion von alternativen hegemonialen Formationen gerichtet Politiken waren etwa der antikapitalistische Ratschlag der *Interventionistischen Linken* (IL) im Januar 2009 in Frankfurt (Vey 2015: 110-20), der Attac-Kapitalismuskongress im März 2009 in Berlin (ebd.:

<sup>1</sup> OECD (Stand: 26.04.2016): *Country statistical profile: Germany*. [www.oecd-ilibrary.org](http://www.oecd-ilibrary.org), visited: 23.05.2016.

120-8) oder das dritte Deutsche Sozialforum im Oktober 2009 in Hitzacker, Niedersachsen (ebd.: 139-50; vgl. Peters 2014: 278-84). Offen zum Ausdruck kam an diesen Veranstaltungen, so Vey, das breite Spektrum von Krisenanalysen, die auch innerhalb der Linken von eher sozialdemokratischen und links-keynesianischen Positionen über finanzmarktorientierte Kritiken bis hin zur grundlegenden Kapitalismuskritik reichten. Bisweilen hätten diese Positionen unvereinbar und unfähig zu kommunizieren nebeneinander gestanden, was eine gemeinsame Politik erschwert habe. Gerade in der außerparlamentarischen Linken sei die Krise zudem, wie Vey (2015: 113) für den IL-Kongress herausstellt, weniger als Bedrohung denn als ersehntes Möglichkeitsfenster wahrgenommen worden, um die eigenen kapitalismuskritischen bzw. auch antikapitalistischen Positionen zu verbreitern. Um „diese Krise auch [als] eine Chance“ zu nutzen, so wurde von den Redner\_innen vom antikapitalistischen Bündnis (zit. nach Vey 2015: 135) auf der Demonstration vom 28. März 2009 in Berlin folglich betont, sei es notwendig, breite Bündnisse zu schmieden und gemeinsame Positionen zu entwickeln.

Die auf Verknüpfung der politischen Stränge zielenden Praxen führten zu einer gewissen Verstetigung von Diskussionszusammenhängen ganz unterschiedlicher Akteur\_innen – wie dies auch schon bei der globalisierungskritischen Bewegung der Fall war. Aus dem antikapitalistischen Ratschlag ging die bundesweite Koordination hervor (Peters 2014: 466), die bestehend aus Teilen der Gewerkschaften, kirchlichen und entwicklungspolitischen Gruppen, der Partei Die Linke, dem Bündnis90/Die Grünen, aber auch Gruppen und Initiativen der antikapitalistischen Linken sowie Attac für März 2009 in Frankfurt und Berlin zur Doppeldemonstration unter dem Motto „Wir zahlen nicht für eure Krise! Für eine solidarische Gesellschaft“ aufrief (Bundeskoordination Krisenproteste 2009). In Frankfurt versammelten sich gegen 25.000 Menschen und in Berlin kamen rund 30.000. Für Vey ist von Relevanz, dass die Demonstrationen zu einem Zeitpunkt stattfanden, als ein gewisses Fenster für antikapitalistische Politiken zu bestehen schien, weshalb viele der Reden tendenziell optimistisch ausgefallen seien und das Potential für gesellschaftliche Transformationsprozesse unterstrichen hätten (Vey 2015: 129). Die politischen Artikulationen konzentrierten sich, so verdeutlicht auch der Aufruf zur Demonstration, inhaltlich stark auf den finanzmarktdominierten Kapitalismus (Bundeskoordination Krisenproteste 2009; vgl. Peters 2014: 467f.; Vey 2015: 133), was auch heißt, dass die kommende Krise der EU ebenso wie die Verschärfung der Austerität in Deutschland noch kaum antizipiert wurden.

Auch wenn die Koalition linker Akteur\_innen in der Bundesrepublik, die sich hinter dem Aufruf für die Demonstration sammelte, sehr breit war, vermochte sie die Konfliktlinien nicht gänzlich zu glätten und so sahen Teile der radikalen Linken, insb. das antideutsche und antinationale Spektrum, wie auch das Gros der Gewerkschaften im Bündnis nicht ihren Anlaufpunkt (Peters 2014: 468). Ulrich Peters weist hierzu darauf hin, dass die *Jungle World* zur Wahrung der Distanz aufgerufen hätte, zumal der Demonstration ein nationalistischer Subtext unterstellt worden sei; und der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) rief für den 16. Mai 2009 unter dem Motto „Die Krise bekämpfen, Sozialpakt für Europa“ eigenständig zur Demonstration in Berlin auf. Mit rund 100.000 Demonstrant\_innen sollte dies eine der größten Demonstrationen gegen die deutsche Krisenpolitik werden. Dennoch, das aus dem antikapitalistischen Ratschlag hervorgegangene Bündnis, das sich zwischenzeitlich an mehreren Aktionskonferenzen weiter verständigt hatte, machte weiter und rief für den 12. Juni 2010 in Stuttgart unter dem Motto „Wir bezahlen nicht für eure Krise“ und in Berlin mit „Die Krise heißt Kapitalismus“ neuerlich zur Doppeldemonstration auf. In Stuttgart kamen rund 22.000 Menschen und in Berlin waren es an die 20.000. Angesichts der sich in Europa unmittelbar vor der Demonstration deutlich zuspitzenden Situation – Griechenland bat im Mai 2010 die EU bzw. die Troika um Finanzhilfe, Irland folgte im Dezember 2010 und Portugal im Mai des Folgejahres –, unterstreicht Wolf Wetzel (2012: 28), dass die Zahl der Demonstrierenden bei „nüchterner Analyse keinen Erfolg“ dargestellt habe. Hinzu kommt, so Vey (2015: 150), dass das Bündnis an Breite eingebüßt hatte, was sich im Spektrum der Redner\_innen der Kundgebungen niedergeschlagen habe – das „system-konforme“ Spektrum habe nun deutlich dominiert, so ihr

Fazit. Auszumachen ist hingegen eine erste Verschiebung der inhaltlichen Stoßrichtung: Thematisiert wurden die als unsozial erkannten Einsparungen im Gesundheits-, Sozial- und Bildungswesen in Deutschland bei gleichzeitigem Ausbleiben der Reregulierung des Bankensektors, die im Zuge der Austeritätsprogramme im In- und Ausland angekündigt worden waren (ebd.: 152).

Während also der politische Widerspruch gegen die Bearbeitung der Krise auf der Straße nicht so richtig an Fahrt aufnehmen wollte (Peters 2014: 470; Kleine 2012: 2), verankerte die noch bis Ende Oktober 2009 amtierende schwarz-rote Regierung die „Schuldenbremse“ im Grundgesetz und schwenkte damit auch in Deutschland von den eher keynesianischen Sofortmaßnahmen auf einen straffen Kurs der Austerität um. Im Wesentlichen zielt die Schuldenbremse darauf ab, das nicht konjunkturbedingte bzw. das strukturelle Defizit abzubauen, und verlangt einen Ausgleich des Haushaltes innerhalb eines „Konjunkturzyklus“, während zuvor eine Verschuldung bis zur Höhe der öffentlich getätigten Investitionen möglich war. Auf einer Klausur im Juni 2010 beschloss die seit September 2009 erneut unter Kanzlerin Angela Merkel amtierende, nun aber schwarz-gelbe Bundesregierung (28.10.2009-22.10.2013), im Jahr 2011 insgesamt 11,2 Mrd. Euro einzusparen; bis Ende 2014 wurden gar 81,6 Mrd. vorangeschlagen. Da gleichzeitig von einer Erhöhung der Steuern abgesehen wurde, war von Anfang an abzusehen, dass die neue Maxime der „Schwarzen Null“ in der Haushaltsplanung, wie sie von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) betrieben wurde und wird, vor allem zu Kürzungen im Sozialbereich führen würde (Eicker-Wolf & Himpele 2011: 195). Gespart wurde dann in der Tat, so Christoph Butterwege (2015: 180f.), vor allem „auf Kosten der (Langzeit-)Erwerbslosen, der Armen und ihrer Familien“; die Beschlüsse zielten in vielen Fällen auf ein down-scaling von Ausgaben vom Bund zu den Ländern und Kommunen, die Verschiebung von ehemaligen Solidarleistungen auf die Einzelnen sowie den Transfer von (nötigen) Investitionen in die Zukunft, womit, so Butterwege weiter, faktisch weniger gespart als schlicht Investitionen umverteilt und ausgesetzt wurden.

Fortsetzung fand damit der Weg, der schon 2003 mit der „Agenda 2010“ von der damaligen rot-grünen Koalition (22.10.2002-18.10.2005) unter Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) eingeschlagen worden war und von Oliver Nachtwey (2016: 79) pointiert als „Klassenkampf von oben“ beschrieben wird: Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu Lasten der schwächeren Einkommenschichten; zunächst über die Flexibilisierung der Arbeitszeit sowie Arbeitsverträge bzw. der Schaffung eines Niedriglohnsektors, der heute fast einen Viertel aller Arbeitsplätze ausmacht, sowie der Reduktion der Steuer- und Abgabebelastung von Spitzenverdiener\_innen und Unternehmen; und aktuell zum Ausgleich der ausbleibenden Staatseinnahmen über Kürzungen und Sparrunden bei den staatlichen Infrastrukturen und Investitionen in den sozialen Zusammenhalt (vgl. Belina 2013a; Butterwege 2015). Trotz aller anhaltenden Kritik und Kontroverse über die Agenda 2010, ist rückblickend zu betonen, dass gerade das Krisenjahr 2009 bzw. die schnelle Erholung Deutschlands, der Agenda 2010 nachträglich die Absolution erteilte. Die Reformen wurden von CDU/CSU über FDP bis hin zur SPD und Teilen der Grünen als Schlüssel zur Meisterung der Krise gesehen und Strukturanpassungsprogramme im Stil der Agenda 2010 sowie Austerität als Musterlösung für die restlichen europäischen Staaten proklamiert. Die Austeritätsmechanismen, die in Deutschland in den letzten Jahrzehnten „scheibchenweise“ (Wiegand et al. 2016) implementiert wurden, sollten nun in ganz Europa umgesetzt werden. Verkannt wird dabei zweierlei: erstens, dass die Agenda 2010 zu einem sozialen Abstieg breiter Schichten geführt hat (Nachtwey 2016) und zweitens, dass nicht alle Mitglieder der EU Exportweltmeister sein können.

Die innenpolitische Dimension der Austerität wurde – erstaunlicherweise – beim Versuch, die Krisenpolitik zu politisieren, von den linken Bündnissen und Akteur\_innen kaum aufgegriffen und so bildeten zunächst die Bankenrettung, allgemeiner das „finanzmarktorientierte Akkumulationsregime“ (Demirović & Sablowski 2012) und später die austeritätorientierte deutsche EU-Politik die zentralen Bezugspunkte. Dies galt auch für die 2010 in Frankfurt lancierte Georg-Büchner-Initiative, die mit Blockade-Aktionen an einem Werktag zwei ‚systemische Banken‘ ins Visier zu nehmen versuchte

(Aktionsgruppe Georg Büchner, Juni 2010 zit. nach Wetzel 2012: 30, Herv. i. O). Ausgangspunkt der Überlegungen der breit aufgestellten Initiative (Peters 2014: 471), die als Vorgängerin des Blockupy-Bündnisses betrachtet werden kann, war die Erkenntnis, dass der Slogan „Wir bezahlen nicht für eure Krise!“ von den Ereignissen überholt worden sei und alleiniges Demonstrieren nicht mehr reiche; die Angst müsse die Seiten wechseln und dafür brauche es eine Verschärfung der Aktionsformen (Aktionsgruppe Georg Büchner, Juni 2010 zit. nach Wetzel 2012: 30). Bei einem Vorbereitungstreffen im Juli kamen 50 Personen aus 29 Organisationen, die in etwa die Gruppen repräsentierten, die auch schon 2009 gemeinsam Krisenproteste organisiert hatten, zusammen, im August trafen sich an die 200 Menschen zwecks Vertiefung der Absprachen. Die Mobilisierung nahm aber keinen Schwung auf: die einen zweifelten an der Mobilisierungsfähigkeit von an die rund 5.000 Menschen und andere wiederum wiesen die Aktion gänzlich zurück, zumal die Fokussierung auf das Bankenwesen und einzelne Akteur\_innen bzw. die Benennung von individuellen Schuldigen zu viel Spielraum für antisemitische Krisenerzählungen lasse, was nicht akzeptabel sei (Peters 2014: 471). Hinzu kam, dass weder die FR, die FAZ noch das lokale Radio und Fernsehen über die geplanten Aktionen berichteten und auch die Polizei sich in Schweigen hüllte, so Wetzel (2012: 33). Im September sah sich der Koordinationskreis der Georg-Büchner-Initiative schließlich veranlasst, die Aktion abzusagen:

„Bei unserer in Deutschland im Bereich Soziale Kämpfe noch unerprobten Aktionsidee gibt es eine deutliche Diskrepanz zwischen ideeller Zustimmung und physischer Mobilisierbarkeit. [...] Der Stimmungswandel vor den Sommerferien („Wir zahlen nicht für eure Krise“) in die Zeit danach („Die Krise ist vorbei“), den auch wir zu spüren bekamen, fällt derzeit vielen AkteurInnen, die gegen das Verarmungsmonopol mobilisieren, in den Rücken – auch wenn die Fakten genau das Gegenteil belegen.“ (Koordinierungskreis „AG Georg Büchner“, September 2010, zit. nach Wetzel 2012: 34, Herv. i. O)

Ende 2010, so muss konstatiert werden, schien in Deutschland die Krise ausgestanden und der in Teilen noch vorgebrachte Widerspruch verhallte im Unvernehmen.

Im Frühjahr 2011 veränderte sich diese Stimmung schlagartig. Ausgehend von Tunesien entbrannte der arabische Frühling, die Platzbesetzungen in Griechenland und Spanien begeisterten auch in Deutschland und Occupy Wall Street lieferte, wie an vielen anderen Orten der Welt auch, für Frankfurt die entsprechenden Bilder, an die bei den Aktionen vor der EZB angeknüpft werden konnte (vgl. Birke & Henninger 2012; Candeias & Völpel 2013; Mörtenböck & Mooshammer 2012; Sitrin & Azzellini 2014). Am 15. Oktober 2011 wurde in 950 Städten in 80 Ländern gegen die Krisenpolitik (der EU) demonstriert (Roth 2012: 37) und auch in Frankfurt zogen Tausende vor das Hauptgebäude der Europäischen Zentralbank (EZB) am Willy-Brandt-Platz, mitten im Frankfurter Bankenviertel. Im Anschluss besetzten einige Hundert von ihnen die vor der EZB liegende Parkanlage; Occupy-Frankfurt war entstanden und sollte bis Ende Sommer 2012 ausharren.

## **2. Frankfurt im Mai 2012 – eine Stadt macht dicht**

Die 2011 weltweit entbrannten politischen Kämpfe um demokratische Teilhabe sowie soziale Gerechtigkeit und in Europa insb. um die Bedingungen der Austerität und Krisenbewältigung bildeten den Hintergrund eines weiteren Vernetzungstreffens am 22. Januar 2012 in Frankfurt. Rund 250 Personen nahmen laut Veranstalter\_innen daran teil und entwickelten die ersten Ideen zu den Blockupy-Aktionstagen in Frankfurt (Blockupy PM, 24.01.2012). Zwecks Ausarbeitung der Idee lud Ende Februar ein breites Bündnis von Attac über Die Linke, die Jungen Grünen, die IL, Erwerbslosengruppen, Friedensaktivist\_innen, kirchliche Gruppen bis hin zu lokalen autonomen und Antifa-Gruppen zu einer „Europäischen Aktionskonferenz“ (Blockupy, 03.02.2012). In der Einladung heißt es: „Den Wind der globalen Proteste im Rücken wird es im Mai eine Vielzahl von Aktionen zentral in Frankfurt geben,

dazu wird europaweit mobilisiert: Lasst uns das Finanzviertel blockieren wie die Occupistas in Oakland den Hafen.“ (ebd.) Die rund 400 Teilnehmer\_innen einigten sich auf „internationale Aktionstage“ vom 16. bis zum 19. Mai 2012. Ermuntert von Occupy und den globalen Platzbesetzungen wurde eine Kombination von massenhaften Aktionen des zivilen Ungehorsams mit einer Großdemonstration angedacht. Was 2010 mit der Georg-Büchner-Initiative noch nicht möglich schien, sollte nun realisiert werden: „Besetzungen der zentralen Anlagen und Plätze in Frankfurt, massenhafte Blockaden der EZB und anderer Banken.“ (Blockupy PM, 26.02.2012)

Zur Umsetzung dieses Vorhabens organisierte sich das nun konstituierte Blockupy-Bündnis in einer demokratischen Weise: Beschlüsse wurden auf regelmäßig stattfindenden bundesweiten Aktiventreffen – meist fanden diese im Gewerkschaftshaus in Frankfurt statt – gefällt. Regelmäßig beteiligten sich an diesen Treffen, die in gewisser Weise die Legislative von Blockupy bildeten, zwischen 150 und 300 Personen. Die Alltagsarbeit und die kleinteilige Organisation wie Pressearbeit, Aktionsvorbereitung, juristische Begleitung etc. hingegen wurden in Arbeitsgruppen (AGs) koordiniert, die sich wiederum in einem übergreifenden Koordinierungskreis (KoKreis) austauschten. Der KoKreis stellt nach Eigendarstellung eine Art Exekutive dar, in die die AGs sowie die das Bündnis konstituierenden Gruppen ihre Delegierten entsenden und dort gemeinsam beraten und Vorschläge zuhanden des Aktiventreffens vorbereiten (Blockupy, 13.10.2014). Die erste Selbstbeschreibung des Bündnisses liest sich dann wie folgt und fällt im Vergleich zu künftigen Selbstdarstellungen noch reichlich vage aus:

„Blockupy Frankfurt, das sind Gruppen und Aktivist\_innen aus der Occupy-Bewegung, den Erwerbsloseninitiativen und Krisenbündnissen, Gewerkschafter\_innen, Attac-Aktivist\_innen, aus der Umwelt- und Friedensbewegung, antirassistischen und migrantischen, antifaschistischen Initiativen, Gruppen und Organisationen der radikalen Linken, Jugend- und Studierendenorganisationen, Aktivist\_innen der verschiedensten lokalen Kämpfe, linker Parteien.“ (Blockupy, 01.03.2012)

Wichtig, um später die Bündnisarbeit von Blockupy bewerten zu können, ist, sich hier die Heterogenität der das Bündnis konstituierenden Gruppen zu vergegenwärtigen. So vertreten sie jeweils nicht nur unterschiedliche Krisenanalysen, sondern haben auch unterschiedliche Vorstellungen von politischen Aktionen auf der Straße, sind sich uneins über das Verhältnis sowie Zusammenspiel von parlamentarischen und außerparlamentarischen Praxen und verstehen sich wahlweise als antikapitalistisch oder kapitalismuskritisch – wobei gerade die Frage der Zulässigkeit von personalisierter Kapitalismuskritik ein erhebliches Konfliktpotential bot. Noch 2009/10 agierten die verschiedenen Gruppen, wie Vey (2015) herausarbeitet, weitestgehend in geschlosseneren Kreisen und debattierten in jeweils eigenen Diskussionszusammenhängen und Kongressen über die Krise, dies sollte sich mit Blockupy ändern.

Erstes Resultat dieser vorangetriebenen Vernetzungsarbeit des Bündnisses war die Veröffentlichung des Aufrufes zu den Blockupy-Aktionstagen 2012. Angekündigt wurde, ein Zeichen der Solidarität gegen ‚ihre‘ Politik der Spardiktate zu setzen:

„Wir wollen den Widerstand gegen ein Krisenregime, das Millionen Menschen in vielen Ländern Europas in Not und Elend stürzt, an einen seiner Ausgangspunkte tragen: mitten ins Frankfurter Bankenviertel, an den Sitz der Europäischen Zentralbank EZB und vieler mächtiger deutscher Banken und Konzerne. Wir widersetzen uns dem Versuch, mit nationalistischen Parolen die Beschäftigten, die Erwerbslosen, die Prekären in Deutschland und Griechenland, in Italien und Frankreich oder in anderen Ländern gegeneinander aufzuhetzen. Wir setzen dagegen ein Zeichen der Solidarität mit allen Menschen und Bewegungen, die sich seit Monaten schon in Europa gegen die Angriffe auf ihr Leben und ihre Zukunft wehren.“ (Blockupy, 01.03.2012, Herv. i. O.)

Inhaltlich fokussierten der Aufrufertext (Blockupy, 01.03.2012) sowie die Skizze der Choreographie für die Protesttage, das „Aktionsbild“ (Blockupy, 01.04.2012), zwar auf die Austerität und deren Umsetzung durch die Troika, äußerst bedeutsam ist aber auch die Kritik am Bankenplatz Frankfurt, der als einer der Ausgangspunkte der globalen (Finanz-)Krise gerahmt wird (Blockupy, 01.03.2012; vgl. Manandhar 2012: 22). Des Weiteren kommt ein starker Wille zum Ausdruck, in die „Ruhe in Deutschland“ zu

intervenieren. Entgegenzutreten gelte es dem „Krisendiktat der von den Regierungen Frankreichs und Deutschlands dominierten Troika“, wodurch demokratische Verfahren faktisch abgeschafft würden (Blockupy, 01.03.2012).

Hinsichtlich der Praxen wurde mittels des „Aktionsbildes“ (Blockupy, 01.04.2012) eine umfangreiche Protestchoreographie vorgeschlagen: „Wir werden gegen die Politik von EU und Troika demonstrieren, die EZB blockieren und die öffentlichen Plätze im Frankfurter Finanzzentrum okkupieren.“ (Blockupy 01.00.2012a) Es ging Blockupy darum zu versuchen, Massenaktionen mit einer „gesteigerten Entschiedenheit“ zu verbinden (Blockupy, 03.02.2012), zumal die momentane Situation in Europa eine Ausweitung von Aktionsformen „notwendig“ mache, so Roland Süß (26.05.2012). Der erste Aktionstag am 17. Mai stand hierfür unter dem Motto „Take the Squares“. Im Zuge dessen sollten städtische Räume angeeignet werden und an verschiedenen Orten Frankfurts, wie zuvor in Athen, Madrid oder Kairo, Zeltstädter entstehen, die sowohl zur Unterbringung der Protestierenden als auch als Diskussionsraum dienen sollten (Blockupy, 16.05.2012). Für den Folgetag, den 18. Mai, waren zwei Aktionselemente angedacht. Frühmorgens, so das Ziel, sollte die EZB mittels „Massenblockaden, die aus Menschen bestehen“ (Blockupy, 05.2012) blockiert werden, um daran anschließend mit vielfältigen und kreativen Aktionen die ganze Stadt zu „fluten“:

„Die Blockade der EZB wird sich bereits am Vormittag auch auf andere Banken- und Konzernzentralen in diesem Viertel auswirken. Abhängig von der Stärke der Mobilisierung soll der Aufruf zum Blockupy außerdem so früh wie möglich auf weitere Akteure der globalen Ausbeutung ausgeweitet werden. Mit Blockaden und Besetzungen, mit Go-Ins und Belagerungen, mit vielfältigen kreativen Aktionsformen wollen und werden wir das Finanzzentrum den gesamten Tag über in eine bunte und laute Protestzone verwandeln.“ (Blockupy, 01.04.2012)

Zum Abschluss des Aktionswochenendes wurde eine europaweite Demonstration angesetzt, die die einzelnen Proteststränge bündeln sollte (Blockupy, 01.04.2012).

Zentraler Bestandteil des Aufrufes ist der „Aktionskonsens für die Blockade von EZB und Finanzzentrum“ (Blockupy, 05.2012). Bei dem Papier handelt es sich um eine kollektive Verständigung und eine sich selbst auferlegte Leitliniensetzung für die kollektiven Praxen im Zuge der politischen Aktionen (vgl. Blockupy, 30.05.2015; Rätz 2012; Süß, 20.03.2015). Klargestellt wird darin, dass Blockupy beabsichtige, den Bankenplatz für einen Tag stillzulegen, und dafür auch die Grenze des formal Legalen überschreiten wolle. Die Blockaden sollen „ruhig und besonnen“ ablaufen, aber konsequent umgesetzt werden, „indem wir uns ihnen in den Weg stellen und bleiben“ (Blockupy, 05.2012). Eine wichtige Stoßrichtung des Textes ist, dass die Aktionen einen inkludierenden Charakter haben sollen, damit auch Menschen eine Teilnahme offen steht, die wenig oder keine Erfahrungen mit solchen Aktionsformen haben (ebd.). In Bezug auf die mögliche Konfrontation mit der Polizei wird dann hervorgehoben:

„Polizeikräfte werden versuchen, uns von unserem Vorhaben abzubringen, aber wir fokussieren uns nicht auf sie, denn unsere Ziele sind die EZB, die Bundesbank, die Deutsche und Commerzbank sowie Firmen und Konzerne, die die Verarmungspolitik der Troika betreiben und davon profitieren. Wo möglich werden wir Polizeiketten durch- oder umfließen, wir werden unsere Körper einsetzen, um unsere Blockaden so lange zu halten, wie wir möchten. Zwar werden wir ein Zusammentreffen mit der Polizei nicht ausschließen können, aber von uns wird dabei keine Eskalation ausgehen. Wir werden dabei durch körperschützende Materialien unser Recht auf körperliche Unversehrtheit in Anspruch nehmen.“ (Blockupy, 05.2012)

Diese Positionierung kam aber nicht von ungefähr und muss einerseits als Resultat der im Zuge der Krise zu beobachtenden Prozesse der Bündnisbildung verstanden werden, die innerhalb der deutschen Linken neue Bezugnahmen erlaubten, sowie andererseits auch als Effekt der jüngsten globalen Protestereignisse interpretiert werden, die aktivistisch neue Impulse setzten. Gleichzeitig spielten die Erfahrungen aus den Mobilisierungen der globalisierungskritischen Bewegungen um die Jahrtausendwende und insb. jene zu den Protesten gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm eine gewichtige Rolle.

Die Gipfelproteste der globalisierungskritischen Bewegung der späten 1990er und 2000er und insb. die Mobilisierung gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm 2007 sind gerade deshalb zu nennen, weil sie, so Ulrich Peters (2014: 234), Bündnisse hervorbrachten, die in den 1980ern und 1990ern im Spektrum der deutschen Linken kaum denkbar gewesen seien. Andererseits hatten diese Mobilisierungen hinsichtlich der Praxen des zivilen Ungehorsams wichtige Erfahrungen zu sammeln erlaubt: Ausprobiert wurden im Anschluss an Erfahrungen von Anti-Nazi-Mobilisierungen und ganz zentral den Castor-Protesten im Wendland politische Praxen, die jenseits der Rituale der Straßenschlachten und der direkten Konfrontation mit einer hochgerüsteten und numerisch massenhaften Polizei ein interventionistisches Potential öffnen sollten. Es ging darum handlungs- und sprechfähig zu werden (Block G8 2008: 5, 36-8), ohne sich dabei in ‚gute‘ friedliche und ‚böse‘ gewalttätige Aktivist\_innen dividieren zu lassen (ebd.: 39-41; vgl. Burschel et al. 2014). Für die G8-Mobilisierung 2007 taten sich hierfür Akteur\_innen der Castor-Proteste mit Gruppen der radikalen Linken, insb. der IL, sowie der globalisierungskritischen Bewegungen sowie diverser Jugendverbände von linken Parteien und den Gewerkschaften zusammen (Block G8 2008: 29-35) und hätten damit, so Peters (2014: 299-302), ein Bündnis geschaffen, das erstmals in der Lage gewesen sei, gemeinsam überhaupt zur Blockade des Gipfels aufzurufen. Die heftigen Krawalle anlässlich der Großdemonstration in Rostock am 2. Juni 2007 hätte das Bündnis vor die Zerreißprobe gestellt, es sei aber gelungen, am gemeinsamen Aufruf festzuhalten, was eine neue Qualität der Verständigung bedeutet habe. Und so zogen am frühen Morgen des 6. Juni über 10.000 Demonstrant\_innen über Feld, Wald und Wiese in Richtung Sperrzone um Heiligendamm. Die Praxis der Fünf-Finger-Taktik, das kollektive Aufspalten und Umfließen von Polizeiketten, mit dem die direkte Konfrontation umgangen werden konnte, ohne gleichzeitig zurückzuweichen, habe sich als Erfolgsmodell erwiesen. Tausende erreichten die Blockadepunkte, die die beiden Zufahrten in die Sperrzone dicht machten (vgl. Block G8 2008). Die Nähe von Blockupy zu den Protesten von 2007 kommt dann im Aufruf für die Aktionstage 2012 deutlich zum Ausdruck, zumal dieser jenem für Heiligendamm 2007 in der praxisbezogenen Sprache doch sehr ähnelt (vgl. Block G8 2008: 77f., 80; Blockupy, 01.03.2012).

Alles in allem, so ist zu schließen, versuchte das Blockupy-Bündnis mit seiner Verbindung von massenhaften Aktionen des zivilen Ungehorsams und Bündnisarbeit, bereits früher erprobte Praxen inhaltlich situiert aufzugreifen und sie – was neu war – an einem selbst gewählten Ort ohne einen von außen gesetzten Termin in Frankfurt zu verankern.

Womit das Bündnis aber nicht gerechnet hatte (Blockupy, 24.06.2012), war der Paukenschlag der Frankfurter Stadtverwaltung. Am 4. Mai 2012 erklärte diese, dass die Blockupy-Aktionstage in Gänze verboten würden; kurzerhand wurde auf dem gesamten Stadtgebiet für das Wochenende jede Demonstration untersagt (Stadt Frankfurt PM, 04.05.2012). Die damals amtierende CDU-Oberbürgermeisterin Petra Roth (in ebd.) begründet den weitreichenden Schritt damit, dass „die Blockade der Stadt während der Aktionstage [...] das, was verhältnismäßig ist und den Menschen in Frankfurt am Main zugemutet werden kann“, bei Weitem überschreite. Des Weiteren hielt der städtische Ordnungsdezernent Markus Frank (CDU), der an der Seite des hessischen Innenministers Boris Rhein (CDU) einen unerbittlichen Kurs gegen die geplanten Aktionstage einschlug, in derselben Pressemitteilung fest:

„Wenn 40.000 Demonstranten über vier Tage lang das Stadtleben gezielt lahmlegen wollen und damit bewusst in die Freiheitsrechte anderer Menschen eingreifen, so liegt es auf der Hand, dass eine Stadtregierung dies nicht zulassen kann. [...] Der Schutz unserer Demokratie und die konkrete Gefahr für Leib, Leben und Sachwerte Dritter erfordert verantwortungsvolles Handeln in schwierigen Fragen.“ (Markus Frank, in Stadt Frankfurt PM, 04.05.2012)

Vom Verbot betroffen waren nicht nur Aktionen des zivilen Ungehorsams, sondern auch über ein Dutzend angemeldeter Kundgebungen und Demonstrationen sowie an die 70 Diskussionsveranstaltungen auf städtischen Plätzen (Blockupy PM, 09.05.2012; Pichl 2012). Für Peer Stolle (2012: 128), der in *Bürgerrecht und Polizei* Bilanz zog, ist die „umfassende und weitreichende Aufhebung der Versamm-

lungsfreiheit [...] in der jüngeren Geschichte der Bundesrepublik einmalig“; die Verantwortlichen der Stadt hätten nicht einmal mehr versucht, den Anschein des Grundrechtes auf Versammlungsfreiheit zu wahren (vgl. Bergmann 2012; Pichl 2012).

Während CDU, FDP und die Rechtsaußenpartei Freie Wähler das Verbot als konsequent begrüßten (Iskandar, 08.05.2012), SPD und auch die mit der CDU in Frankfurt koalierenden Grünen sich zumindest skeptisch zeigten (Göpfert & Helbig, 10.05.2012; Iskandar & Schwan, 19.05.2012), unterzeichneten über 5.000 Menschen, darunter viele Wissenschaftler\_innen und parlamentarische Repräsentant\_innen, eine Online-Resolution, die die Rücknahme des Verbotes forderte (NoTroika, 12.05.2012). Das Blockupy-Bündnis selbst sah im Versuch, in Frankfurt den aus ihrer Sicht legitimen Protest zu verbieten, den offenkundigen Beleg dafür, dass die autoritäre Krisenlösung in Europa auch in Deutschland angekommen ist (Blockupy PM, 07.05.2012); die Stadt Frankfurt handle völlig „willkürlich“ und mittels eines „völlig unverhältnismäßigen Vorgehens“, so Süß (zit. nach Helbig & Leppert, 16.05.2012). Gegen das Verbot legte das Blockupy-Bündnis Klage ein. Die zuständigen Gerichtshöfe in Frankfurt und Kassel stützten die Einschätzung von Stadt und Polizei jedoch und hoben lediglich – endgültig erst am Aktionswochenende – das Verbot für die am 19. Mai angesetzte Großdemonstration auf (Iskandar & Schwan, 16.05.2012; 19.05.2012).

Wird versucht, die Beweggründe der Stadtverwaltung und Gerichte für diesen weitreichenden Schritt nachzuvollziehen, können zwei Faktoren benannt werden: Zum einen, dass die Aktionen mit den geplanten Blockaden und Aktionen des zivilen Ungehorsams ganz offensichtlich den geduldeten Rahmen sprengten, und zum anderen die eskalierte antikapitalistische Demonstration vom 31. März 2012 (M31) in Frankfurt.

Bezüglich des *ersten* Punktes wird Markus Frank (in Stadt Frankfurt, 03.05.2012: 78) bei der Ratsitzung der Frankfurter Stadtverordneten am 3. Mai 2012 sehr deutlich: „Die Anmelder haben vor, Blockaden über einen Zeitraum von vier Tagen in unserer Stadt durchzuführen. Ich glaube, das geht weit über das hinaus, was die Mütter und Väter unseres Grundgesetzes als Demonstrationsrecht bezeichnet haben.“ Andernorts verlangt Frank von Blockupy, auf die Blockaden, die er mit Gewalt gleichsetzt, zu verzichten, dann könne auch über die Demonstration gesprochen werden (Göpfert & Helbig, 08.05.2012). In der Verbotsvorfügung der Stadt Frankfurt (zit. nach Bebenburg & Helbig, 10.05.2012) heißt es dann explizit: „Die Blockadeaktionen können nicht als friedlich bewertet werden. Die Blockaden und Verkehrssperrungen mit dem Ziel, das ganze Bankenviertel und den Alltag der Metropole zu blockieren, ist als Gewalt zu definieren.“ Auch das Verwaltungsgericht in Kassel folgte dieser Argumentation und wies die Beschwerde gegen das Verbot nicht nur wegen der potentiell drohenden Gewalt sondern auch wegen dem Charakter der Aktionen zurück:

„Selbst ohne [...] schwerkriminelle Ausschreitungen wären die von den Veranstaltern unter dem Motto ‚Blockupy Frankfurt‘ geplanten Aktionen jedenfalls insoweit vom Grundrecht aus Art. 8 GG nicht gedeckte Straftaten, als sie mit mehrstündigen Belagerungen, Blockaden und Besetzungen von Gebäuden und Verkehrswegen verbunden wären.“ (Verwaltungsgerichtshof Hessen, Beschl. v. 16.05.2012, Az.: 8 B 1150/12)

Der *zweite* zentrale Faktor war die M31-Demonstration. Ende März 2012, hatte ein Bündnis der radikalen Linken im Rahmen eines „Europaweiten Aktionstages gegen den Kapitalismus“ zu einer Demonstration zur Baustelle des EZB-Neubaus im Frankfurter Ostend aufgerufen. Die Demonstration, an der rund 6.000 Aktivist\_innen teilnahmen, eskalierte aber schon in der Innenstadt und zum ersten Mal kam es im Zug der Krisenproteste in Deutschland zu Ausschreitungen und Zusammenstößen mit der Polizei. Dabei wurden mehrere Demonstrant\_innen und Polizist\_innen verletzt – darunter ein Polizist schwer, was für besondere Empörung sorgte – und der Sachschaden stieg in Millionenhöhe (Haupt & Iskandar, 08.04.2012). Wenn auch das M31- sowie das Blockupy-Bündnis durchaus unterschiedliche Initiativen waren und letzteres im Vorfeld der eigenen Aktionstage sichtlich bemüht war, beruhigend aufzutreten, war die Mobilisierung zu den Blockupy-Aktionstagen und die Reaktion von Stadtverwaltung und Polizei

wesentlich von M31 beeinflusst. Insb. gilt dies für die von der Polizei erstellte Gefahrenprognose, die aber nicht veröffentlicht wurde. Die Einschätzung der Polizei, die als Entscheidungsgrundlage für Stadt wie Gerichte diente, betonte insb., so Tino Petzold und Max Pichl (2013: 219), dass an die 2.000 gewaltbereite Aktivist\_innen zu den Blockupy-Aktionstagen anreisen würden und so von Blockupy ein hohes Gewaltpotential ausgehe, weshalb die Veranstaltung zu unterbinden sei.

In den Tagen vor dem Aktionswochenende, für das mit einem trotzigen ‚jetzt erst recht‘ weiter mobilisiert wurde (vgl. Göpfert & Schindler, 09.05.2012; Iskandar, 08.05.2012; Iskandar & Dyck, 15.05.2012; Voigts, 14.05.2012), schlug die Stimmung in der Stadt gegenüber Blockupy in Panik um. Befeuert wurde dies von den konservativen Parteien, der Polizei und der Berichterstattung der FAZ. Die inhaltlichen Belange von Blockupy rückten hinter die alles überschattende Gewaltdebatte zurück. So lieferten sich die Parteien im Römer an der Sitzung vom 3. Mai 2012 – am Abend, bevor der Verbotentscheid kundgetan wurde – einen heftigen und bisweilen gehässigen Schlagabtausch. Eigentlich aufgerufene Themen waren die Ereignisse um M31 und die Abstimmung über die Resolution „Gewalt hat in der politischen Auseinandersetzung keinen Platz“ (Stadt Frankfurt, 26.04.2012), die von der CDU, SPD, FDP sowie den Grünen im Nachgang zu den Ausschreitungen eingebracht und Ende April verabschiedet worden war. Klargestellt wurde darin, dass die Stadtverordneten das Demonstrationsrecht hochhalten, aber jegliche Form von Gewalt klar verurteilen; der Magistrat wurde dazu aufgefordert, „alle geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, die dazu beitragen, dass sich gewalttätige Ausschreitungen wie am 31. März 2012 zukünftig nicht wiederholen“ (ebd.). Die Debatte vermischte sich aber von Anfang an mit den bevorstehenden Blockupy-Aktionstagen, wobei vor allem die Partei Die Linke heftig für ihre Unterstützung von Blockupy und ihre Weigerung, die Resolution zu M31 zu unterstützen, angegangen wurde – Die Linke hatte die Resolution nicht unterschrieben, weil ihre Vertreter\_innen, so Lothar Reiniger (in Stadt Frankfurt, 03.05.2012: 75-7), diese als Panikmache gegenüber Blockupy interpretierten und eine weite Ausdehnung des Gewaltbegriffs befürchtet wurde. Annette Rinn (FDP, in ebd.: 70) wirft der Linkspartei sodann vor, dass sie mit Blockupy einen Aufruf unterstütze, der sich in ihren Augen „wie eine Kriegserklärung [liest] und [...] wahrlich Anlass [gibt], intensiv darüber nachzudenken, wie man die Bürger dieser Stadt vor derart offenkundig Verwirrten schützen kann“. Markus Frank (in ebd.: 78f.) seinerseits begründet nochmals ausführlich, warum er Blockupy so kritisch sehe und stellt fest, dass den „Sicherheitsbehörden sehr viele Indizien und Aufrufe dazu vorliegen, dass die Versammlungen [...] nicht gewaltfrei ablaufen werden.“ Was Walter Seubert (in ebd.: 68) von der CDU betonen ließ, dass „Frankfurt [...] kein Ort für plumpe Randalen [ist]. Frankfurt ist ein Ort der Liberalität. Immer wieder sind dafür auch eindeutige Grenzziehungen erforderlich, die dieser Magistrat auch setzen wird.“

Die Polizeiführung ihrerseits war in den Tagen keine beruhigende oder zumindest besonnene Instanz und trug ausgehend von der eigens erstellten Gefahrenprognose dazu bei, um die Stimmung weiter anzufachen. Polizeivizepräsident Gerhard Bereswill etwa erklärte, dass

„mit gezielter Gewalt gegen Polizeibeamte zu rechnen [ist]. Wir erwarten Gruppen – auch aus Hamburg und Berlin –, denen es darum geht, die Randalen vom 31. März noch zu steigern. Die werden sich auch von gerichtlichen Verboten nicht abhalten lassen. Wir können und werden vor Rechtsbrüchen nicht kapitulieren. Der EZB gilt besonderer Schutz. Es würde dem Ansehen Deutschlands schwer schaden, würde der Betrieb dort lahmgelegt.“ (Bereswill, 16.05.2012)

In diesem Sinne empfahl die Polizeiführung Bankangestellten, um sich vor Übergriffen zu schützen, an den entsprechenden Tagen in „Freizeitkleidern“ in die Stadt zu kommen (vgl. Hauser, 16.05.2012). Offensiv wurde versucht, einen Keil in das Bündnis zu schlagen, indem die Polizeiführung immer wieder betonte, dass die Initiator\_innen von Blockupy und die Partei Die Linke nicht das Problem seien, sehr wohl aber die bundesweit und bisweilen gar international agierenden „linksextreme“ *Ums-Ganze-Bündnis* (Bebenburg & Helbig, 10.05.2012; Iskandar, 11.05.2012; Iskandar & Rösmann, 04.05.2012), die Blockupy immer stärker dominierten und für ihre Zwecke instrumentalisierten (Helbig, 14.05.2012;

Bebenburg & Helbig, 10.05.2012) – wenn auch formal *Ums-Ganze* erst 2013 Teil des Blockupy-Bündnis wurde.

Was die Medien angeht, ist festzuhalten, dass die FR zumindest versuchte, Ruhe zu vermitteln, Inhalte aufzugreifen, sich für das Demonstrationsrecht einsetzte und Stadt wie Blockupy für ihr jeweiliges Verhalten gleichermaßen kritisierte (vgl. Helbig, 12.05.2012; FR, 19.05.2012), in der FAZ hingegen dominierte das Bild der vermeintlich kommenden Gewalt klar. Mit Verweis auf die M31-Demonstration wurde die Furcht von erneuten Ausschreitungen geschürt und ein Schreckensszenario gezeichnet (vgl. Alexander, 19.05.2012; Dyck & Schulze, 11.05.2012; Iskandar, 04.05.2012; 16.05.2012; Schwan, 15.05.2012). Journalistisch kaum bearbeitet, wird die Gefahrenprognose der Polizei in der FAZ wiedergegeben und auf praktisch jede kritische Nachfrage verzichtet. Gleichzeitig schienen die politischen Inhalte von Blockupy die FAZ nicht zu interessieren. So widmete sie diesen im Vorfeld der Aktionen praktisch keine Aufmerksamkeit und Aktive von Blockupy kamen jenseits der Gewaltdebatte kaum zu Wort.

Gemäß FR machten Anfang Mai Gerüchte die Runde, dass Geschäftsleute in der Stadt eine „Bürgerwehr“ organisieren wollten, um im Falle von Randalen selbst gegen „Gewalttäter“ vorzugehen (Göpfert & Voigts, 05.05.2012). Selbst die Goethe-Universität wie auch die *Frankfurt School of Finance and Management* entschieden sich kurzfristig dafür, sämtliche Universitätsgebäude zu schließen, um die Studierenden vor Ausschreitungen zu schützen (Fritzen, 19.05.2012). Der Finanzplatz Frankfurt sei, wie in der *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* (FAS) hervorgehoben wurde, „im Ausnahmezustand“: Banken hätten ihre Firmenschilder entfernt, andere ihr Geschäft für das Wochenende aus der Stadt hinaus verlagert oder kurzerhand sämtliche Termine abgesagt. Wiederum andere hätten gar die „Notfall-Zentralen“ aktiviert, die nach den Anschlägen vom 11. September 2001 eingerichtet worden waren: „Es sind zum Teil bunkerartige Räume, in denen es alles gibt, was ein Headquarter braucht: Telefonanlagen, Computer, Server.“ (Amann et al., 20.05.2012). Die EZB (zit. nach Kanning, 16.05.2012), die explizit im Fokus der Proteste stand, kündete an, Mitarbeitende auf geheime Standorte auszulagern, um „alles zu tun, um handlungsfähig zu bleiben“. Stadt und Polizei teilten zudem mit, dass während den Aktionstagen um die EZB eine „Sicherheitszone“ errichtet, die S-Bahn-Station Taunusanlage ebenso wie die U-Bahnstation und Straßenbahnhaltestelle Willy-Brandt-Platz gesperrt und an die 5.000 Polizeibeamt\_innen in der Stadt zusammengezogen würden (Iskandar, 12.05.2012; Iskandar & Schwan, 16.05.2012). Des Weiteren belegte die Polizei sämtliche Personen, die im Zuge von M31 „polizeilich in Erscheinung getreten“ waren, mittels Verfügung mit einem Stadtverbot. Schon Tage später war dieses hinfällig, da seitens des zuständigen Gerichtes klargestellt wurde, dass das Vorgehen nicht gedeckt würde (Pichl 2012: 350-3; Stolle 2012: 130-2).

Ungeachtet der Verbote lief Blockupy mit diversen kleineren Demonstrationen bereits Tage vor den Aktionstagen vom 16. bis zum 19. Mai in der Stadt an (Helbig & Voigts, 12.05.2012; Voigts, 14.05.2012). Als das Blockupy-Wochenende begann, glich die Innenstadt von Frankfurt einer polizeilichen Sperrzone:

„Frankfurt hatte sich zum Bürgerkrieg gerüstet: Nato-Draht vor der Sparkasse, ein Großaufgebot von [...] Polizisten mit mindestens ebenso vielen Absperrgittern im Bankenviertel. Die Straßen leer wie am autofreien Sonntag, die Edelboutiquen in der Goethestraße mit Spanplatten vernagelt. Oberbürgermeisterin Petra Roth, ohnehin nur noch bis zum Monatsende im Amt, sagte mit den Worten ‚Ich kann die Stadt in diesen Tagen nicht alleine lassen‘ sogar ihre letzte Auslandsreise ab.“ (Schmitt, 20.05.2012)

Um die Sperrzone errichten zu können, wurde das bestehende Occupy-Camp vor der EZB am Nachmittag des 16. Mai polizeilich geräumt, nachdem sich die Besetzer\_innen der Aufforderung, freiwillig zu gehen, widersetzt hatten (Schwan, 18.05.2012). Im Verlauf des Tages und der Nacht kam es zu mehreren Versuchen, die eigentlich angekündeten, aber verbotenen Kundgebungen und Demonstrationen zu formieren, was die Einsatzkräfte der Polizei zu unterbinden versuchten – indes, zu Zusammenstößen

zwischen Demonstrant\_innen und der Polizei kam es nicht (FAZ, 18.05.2012; Helbig et al., 18.05.2012). Tags darauf, am 17. Mai, sollten die eigentlichen Blockupy-Aktionen mit „Take the Squares“ beginnen. Rund 1.000 Aktivist\_innen gelang es trotz allgegenwärtiger Hundertschaften, den Platz vor dem Römer zu besetzen und Zelte aufzuschlagen, ehe sie von Polizeieinheiten geräumt wurden. Vor der nahe gelegenen Paulskirche, der „Wiege der deutschen Demokratie“ (FAZ, 16.05.2012), folgten rund 700 Personen dem Aufruf des „Komitees für Grundrechte und Demokratie“ zu einer Spontandemonstration gegen das Demonstrationsverbot, die selbst wiederum umgehend verboten wurde, was der späteren juristischen Prüfung nicht standhielt (Schmitt, 20.05.2012). Dennoch, Blockupy bewertete den Tag als vollen Erfolg und so hält ein Sprecher des Bündnisses, fest:

„Die Menschen auf dem Platz [vor dem Römer, A. d. V.] haben einen ganz wichtigen Sieg errungen: Sie lassen sich das Recht auf demokratischen Protest nicht nehmen, das Versammlungsverbot der Stadt ist Makulatur. [...] Das Lügengebäude von Stadt, Polizei und hessischem Innenministerium von der angeblich drohenden Gewaltwelle durch die Blockupy-Demonstranten ist in sich zusammengebrochen.“ (Blockupy PM, 17.05.2012)

Langfristige Platzbesetzungen scheiterten aber gänzlich, was sich für Blockupy zum Problem entwickeln sollte, da hinsichtlich der Unterbringung der angereisten Aktivist\_innen keine Alternative bestand, wie dies in der *Swing*, einem linken Szene-Infoblatt für die Rhein-Main-Region, von den anonymen Autor\_innen in der Rückschau dargestellt wird (Swing 2012: 2f.).

In der Presse hingegen dominierte das Bild der Erleichterung, nachdem der Tag ohne Zusammenstöße verlaufen war. So schreibt die FR (19.05.2012): „Die gute Nachricht: Die Stadt steht noch. Die schlechte: Sie befindet sich im absoluten Ausnahmezustand.“ Und auch in der FAZ heißt es ähnlich: „Frankfurt steht noch.“ (Iskandar, 18.05.2012b) Gleichsam betont Katharina Iskandar, dass die Aktionen vor dem Römer „künftigen antikapitalistischen Protesten einen Bärendienst erwiesen“ hätten. Denn obwohl kein Stein geflogen war, es zu keinen Rangeleien kam, stand für Iskandar fest: „Solche Aktionen erschüttern den Glauben daran, dass friedlicher Protest zu diesem Thema möglich ist, für lange Zeit“; sie warf Blockupy vor, einerseits Demokratie zu fordern, sich andererseits aber über das Gesetz zu stellen (ebd.).



**Abb. 1: Besetzung des Römerberges am 17. Mai 2012**  
Quelle: Strassenstriche.net, flickr.com, visited: 01.07.2016

Am eigentlichen Blockadetag, dem 18. Mai, zogen dann bis zu 3.000 Menschen in Kleingruppen und größeren Demonstrationen durch die Stadt, was die Polizei erneut zu unterbinden versuchte – zu Zusammenstößen kam es indes auch an diesem Tag nicht (Dyck, 19.05.2012; Helbig & Voigts, 19.05.2012). Dies bedeutete zweierlei: Einerseits, dass jede Versammlung von mehr als drei Personen polizeilich unterbunden werden sollte, was über das Wochenende hinweg in der hohen Zahl von 1.430 Ingewahrsamnahmen und über 600 Aufenthaltsverboten für große Teile der Frankfurter Innenstadt einen Ausdruck fand (Petzold & Pichl 2013: 212, 221, vgl. Karte Frankfurt, S. 46). Andererseits wurde aber auch deutlich, dass die Einsatzkräfte das Bankenviertel faktisch selbst lahmlegten. Nichts ging mehr, keine Autos fahren, die Straßenbahnen standen still, die Geschäfte waren leer und abgesehen von den Demonstrant\_innen waren kaum Menschen unterwegs (Helbig & Voigts, 19.05.2012; Helbig et al., 19.05.2012). „So verlassen wie in diesen Tagen ist das Frankfurter Bankenviertel selten“ resümiert Iskandar (18.05.2012a) in der FAZ und Amann et al. (20.05.2012) bilanzieren in der FAS „Frankfurt ist das Reich der Banker. An diesem Wochenende mussten sie es räumen – zum allerersten Mal. Das tut weh.“ Blockupy hingegen ließ am Abend nach den Aktionen verlauten: „EZB und Bankenviertel erfolgreich blockiert.“ Es sei den Aktiven gelungen, den „Protest gegen die europaweite Verarmungspolitik und das Versammlungsverbot in der Bankenstadt sichtbar“ zu machen (Blockupy PM, 18.05.2012).

Ohne nennenswerte Zwischenfälle ging die Demonstration am späten Nachmittag des 19. Mai zu Ende. Stadtverwaltung, Polizeiführung und FAZ führten dies auf das rigorose Durchgreifen und enge Begleiten der Demonstrant\_innen durch die Einsatzkräfte zurück – in Teilen wurde die Demonstration von dreireihigen Polizeispalieren eskortiert (Dyck & Schwan, 20.05.2012; Stadt Frankfurt PM, 21.05.2012), zumal entlang der Route „zwei Dutzend Depots mit Pflastersteinen, Flaschen, Latten und Knallkörpern entdeckt“ wurden (Iskandar, 22.05.2012). Der hessische Innenminister Boris Rhein (zit. nach ebd.) hebt gegenüber der FAZ hervor, dass sich die Gefahrenprognose bewahrheitet habe und genau die seitens der Polizei präzise prognostizierten 2.000 Gewalttäter\_innen angereist seien, die Polizei diese aber im Griff gehabt habe. Rhein zog folglich das Fazit: „Die Polizei hat keine Bürgerrechte ausgesetzt, sondern geschützt.“ (ebd.)

Blockupy seinerseits feierte die Aktionstage als einen großen Erfolg (Blockupy PM, 19.05.2012) und schrieb das Ausbleiben von Zusammenstößen von Demonstrant\_innen mit der Polizei sich selbst zu (Blockupy PM, 22.05.2012). Den Stadtbehörden warf das Bündnis vor, sich in Panikmache und unbegründete Vorwürfe verstrickt zu haben, die nun widerlegt worden seien. „Stadt, Innenministerium und Polizei“ seien mit ihrer Strategie der Diskreditierung von Protest in Gänze gescheitert und Blockupy habe gewonnen, heißt es. In der Lokalpresse wird Blockupy gewürdigt und selbst bei FAZ kommen kritische Stimmen gegenüber Stadt und Behörden auf (vgl. Bender, 21.05.2012; Schwan, 22.10.2012). In der FR, die schon im Vorfeld kritischer berichtet hatte, wird mit Stadt und Polizei-Führung nun endgültig hart ins Gericht gegangen:

„Die Blockupy-Aktionstage sind ein Skandal. Nicht nur, weil sie verboten wurden, auch nicht, weil folgerichtig sehr viele Polizisten auf den Straßen standen, schon gar nicht, weil sie trotz Verboten mehr oder weniger stattgefunden haben. Der Skandal ist das politische Klima, in dem die Auseinandersetzung über Recht und Unrecht bei diesen Aktionstagen geführt wird. Es ist ein Klima der Angst. Die handelnden Politiker sind in den vergangenen Wochen nicht müde geworden, dieses Klima zu schaffen. Angeleitet von Innenminister Boris Rhein, der nur noch von Straftaten sprach, befördert von Sicherheitsdezernent Markus Frank, der diese anscheinend nicht von Ordnungswidrigkeiten unterscheiden kann, und begleitet vom Krawallgeschrei der Boulevardmedien ist ein Bild in der Öffentlichkeit entstanden, das ganz normale Bürger, die gegen herrschende Verhältnisse auf die Straße gehen, als psychopathische Irre dastehen lässt. [...] Über Kapitalismuskritik zu sprechen, ist [...] nicht erwünscht. Lasst uns also über Gewalt reden. Wie einfach.“ (FR, 26.05.2012)

Das Vorgehen von Stadt, Land Hessen und Polizei sei „peinlich für Frankfurt“, heißt es in der FR weiter, und so zieht Georg Leppert (21.05.2012) das Fazit, dass es „traurig und würdelos“ sei, dass die Stadt

„Proteste gegen die Finanzpolitik Europas“ nicht aushalte, und stellt klar: „Nach vier Tagen Blockupy bleibt die Erkenntnis: Das Bündnis der Demonstranten hat gewonnen.“

In der Nachbearbeitung der Aktionstage durch das Blockupy-Bündnis wurde dann Bilanz gezogen, kritische Punkte wurden benannt und Lehren für die Zukunft gezogen. Denn eines war dem Bündnis sehr schnell klar: „Blockupy Frankfurt macht weiter! Denn Blockupy ist nur dann ein wirklicher Erfolg, wenn es einen ‚Anfang‘ einer neuen Protestphase darstellt.“ (Blockupy, 24.06.2012) Frankfurt sollte mittelfristig, nach dem Willen von Ulrich Wilken (Die Linke) und Rolf Engelke (IL), wie sie dies an einer Pressekonferenz für Blockupy darlegten, zu einem „Wendland des Antikapitalismus“ werden (Euler, 25.05.2012; Schmidt, 25.05.2012; vgl. auch Swing 2012). Bezüglich der ersten Aktionstage wurde aber eingestanden, dass das „totale Versammlungsverbot“ Blockupy „kalt erwischt“ habe und der Mangel eines Ortes zur Planung von Aktionen sowie zum Rückzug und Austausch zu einem Problem geworden sei (Blockupy, 24.06.2012). Das Verbot habe aber auch mobilisierend gewirkt, so die Einschätzung (ebd.), und hätte dazu geführt, dass, als die Aktionen nicht in offene Konfrontation umschlugen, „die öffentliche Stimmung zugunsten des Protests“ gekippt sei (Swing 2012: 1). Etwas ernüchert wurde festgestellt, dass Blockupy, was die Aktionen des zivilen Ungehorsams angeht, mit lediglich 2.500 bis 3.000 Aktiven nicht die erhoffte Masse angesprochen habe (Blockupy, 24.06.2012). Dazu die *Swing*:

„So beeindruckend die Bilder [am Donnerstag auf dem Paulsplatz und Römer, A. d. V.] für Frankfurter Verhältnisse waren, so wenig sollte in der Aufarbeitung vergessen werden, dass auch bis zum Abend dieses Feiertages maximal 3.000 Protestierende in die ganzen Aktivitäten verwickelt waren. Und wären es wie erhofft zumindest 5.000 oder gar 8.000 gewesen, hätte das Szenario trotz aller Polizeiübermacht um einiges anders ausgesehen.“ (Swing 2012: 2)

Besonders hervorgehoben werden in der Nachbearbeitung indes die gute Bündnisarbeit bzw. die Fortschritte der Verknüpfung ganz unterschiedlicher Gruppen und Einzelpersonen. Es sei gelungen, mit Blockupy eine „lebendige Dynamik und ein tragfähiges Bündnis“ zu schaffen, auf das künftig aufgebaut werden könne (Blockupy, 24.06.2012). In dem von Attac veröffentlichten Büchlein zu den Aktionstagen heißt es hierzu: „Die eigenen Schatten, über die einige im Bündnis [...] springen müssen, sind beachtlich. Ob Unterschiede in politischer Analyse, Protestform, konkreten Zielen – Verschiedenheit zulassen zu können ist eine große Herausforderung an das solidarische Miteinander“ (Attac 2012: 12) – und dies sei weitestgehend gelungen, so die Bilanz. Timeela Manandhar, die für die Grüne Jugend spricht, streicht kritisch heraus, dass das Bündnis in seiner Funktionsweise in Teilen dem eigenen demokratischen Anspruch nicht genüge, Blockupy männerdominiert organisiert sei und das Bündnis sich letztlich zu wenig offen gezeigt habe:

„Für uns ist ein echtes gesellschaftliches Umdenken nur mit einem breiten Bündnis möglich. Das Blockupy-Bündnis hat uns in diesem Punkt enttäuscht. Wir hätten offener und unterstützungsfähiger für Parteien und Gewerkschaften, die unsere Forderungen teilen, sein müssen. Sonst bewegt sich nichts.“ (Manandhar 2012: 23)

Werner Rätz (2012) von Attac, der diesen Punkt auch aufgreift und vor allem bedauert, dass gerade die bürgerlich-liberale Linke in den Gewerkschaften, der SPD sowie bei den Grünen nicht hätte angesprochen werden können und somit das Blockupy-Bündnis eher ein außerparlamentarisches, bisweilen linksradikal dominiertes Projekt sei. Er stellt aber klar, dass es an Bemühungen, breiter zu werden, nicht gemangelt habe, jedoch konstatiert werden müsse, dass sich die bürgerlich-liberalen Kräfte nicht wirklich auf Blockupy hätten einlassen wollen.

In der Aufarbeitungsbroschüre von Attac wird sodann eine Vielzahl von Vorschlägen gemacht, wie Blockupy sich künftig entwickeln könnte: Die IL und *Ums-Ganze* fordern eine konsequentere antikapitalistische Politik, die Grüne Jugend eine echte europäische Perspektive auf Demokratie und „umfairteilen“, Martin Behrsing vom „Erwerbslosen Forum Deutschland“ hebt die ‚Zumutungen‘ der Hartz-

Reformen hervor, auf die eine Antwort gefunden werden müsse, und Rätz versucht, mit realpolitischen Forderungen nach Vermögenssteuerreformen und sozial-ökologischem Umbau Brücken zwischen der (radikalen) Linken und eher „bürgerlich-liberalen“ Kreisen zu schlagen (vgl. Attac 2012). Eine Frage, die sich durchzieht, ist jene nach der Scale, auf der künftig die eigene Politik verankert werden soll: stärker lokalisieren oder transnationale Vernetzung? Für die IL hält Christoph Kleine fest, dass Blockupy den Weg in Richtung transnationale europäische Öffentlichkeit weitergehen müsse:

„Die Aufgabe der Linken muss es in der Situation sein, internationalistische Solidarität zu propagieren und zu praktizieren. In der Perspektive geht es darum, dem europäischen Krisenregime einen ebenso europäisch koordinierten und organisierten Widerstand entgegenzusetzen. Das heißt für uns damit zu beginnen, Europa als Terrain gesellschaftlicher Auseinandersetzungen anzunehmen und zu bespielen.“ (Kleine 2012: 15)

Die in der Rhein-Main-Region verankerte *Swing* hingegen stellt klar, dass Blockupy darauf achten müsse, eine „viel breitere regionale Verankerung zu entwickeln“ und in den lokalen Netzwerken dahingehend sondieren müsse, ob sich „bei Fluglärm-GegnerInnen wie GewerkschafterInnen, bei Erwerbslosen- und migrantischen Gruppen, bei Recht auf Stadt-Initiativen wie auch in den linken Zentren“ ein übergreifendes Interesse herstellen lasse (Swing 2012: 3).

### **3. Blockupys zweite Runde 2013 – breite Proteste und ein unerwartetes Ende**

Einen ersten Schritt in Richtung Vertiefung der Verknüpfung und Verbreiterung des Bündnisses ging Blockupy noch im Jahr 2012, als am 21. und 22. Oktober dazu eingeladen wurde, die im Mai ebenfalls – weil sie im städtischen Raum hätten stattfinden sollen – verbotenen inhaltlichen Veranstaltungen nachzuholen und erste Diskussionen für eine mögliche Weiterführung von Blockupy zu lancieren (Blockupy PM, 16.10.2012). Das ganze Wochenende über fanden in einem Zelt auf dem Rossmarkt in Frankfurt eine Vielzahl von Veranstaltungen, Diskussionsrunden und eben auch ein Aktiventreffen statt, mit dem Ergebnis, dass Blockupy für 2013 erneut Aktionen des zivilen Ungehorsams in Frankfurt ankündete (FAZ, 22.10.2012).

Die Vorbereitungen zu den zweiten Blockupy-Aktionstagen, die für Freitag, 31. Mai und Samstag, 1. Juni 2013 angesetzt wurden, liefen im Januar 2013 an. Etwa alle zwei Monate kamen in Frankfurt zwischen 150 und 250 Menschen zu Aktiventreffen zusammen. Im Vergleich zu 2012 vermochte das Bündnis das Spektrum der an diesem Prozess beteiligten Gruppen und Personen durchaus zu verbreitern, blieb aber weitestgehend ein Projekt der außerparlamentarischen Linken. Die aktualisierte Selbstbeschreibung von Blockupy lautet nun wie folgt:

„Blockupy ist ein bundesweites Bündnis, in dem zahlreiche Gruppen, Organisationen und einzelne AktivistInnen mitarbeiten. Wir sind in unterschiedlichen sozialen und politischen Gruppen oder Strömungen aktiv. Bisher beteiligen sich Attac-AktivistInnen, Gewerkschaften, antirassistische Netzwerke, Parteien wie Die Linke, Occupy-AktivistInnen, Erwerbsloseninitiativen, studentische Gruppen, Nord-Süd-, Friedens- und Umweltinitiativen, die Linksjugend [‘solid], die Grüne Jugend sowie linksradikale Zusammenschlüsse wie die Interventionistische Linke und das Ums-Ganze-Bündnis.“ (Blockupy, 22.04.2013)

Um Blockupy aber verstehen und bewerten zu können, ist zentral, dass das Bündnis den Prozess der Organisation längst nicht nur als Vorbereitungszeit, sondern als integralen Teil der politischen Arbeit verstand. In einem im Februar 2013 veröffentlichten Papier zum Selbstverständnis heißt es, dass mit Blockupy „ein gemeinsamer Prozess begonnen“ worden sei, in dem „die gesamte Spannweite des Protestes und Widerstands gegen die Zumutungen der kapitalistischen Krise“ zum Ausdruck komme (Blockupy, 02.2013). Blockupy habe sich von „einem punktuellen Aktionsbündnis zu einem dauerhaften Akteur“ in Deutschland entwickelt (ebd.). Dieser in Blockupy ablaufende Prozess der Verbindung unterschiedlichster linker Positionen fällt dann selbst der FAS auf, die einen Beitrag zum Bündnis mit

dem Untertitel versieht: „Breite Gräben und der Versuch, sie zuzuschütten: das ist Blockupy heute.“ (Peikert, 02.06.2013)

Ausgehend von diesen Verstetigungs- und Verknüpfungsprozessen in der Bündnisarbeit können in den Aufrufen zu den Aktionstagen 2013 hinsichtlich der inhaltlichen Ausrichtung sowie der Praxisbezüge zumindest drei Verschiebungen ausgemacht werden: eine Zuspitzung auf die EZB, das Auftauchen expliziter Kapitalismuskritik und eine verstärkte Thematisierung der innenpolitischen Dimension der Austerität. Was die *erste* Verschiebung betrifft, ist auffällig, dass die Aufruftexte eine wesentliche Fokussierung auf die Durchsetzung der Austeritätspakete in der EU bzw. auf die Rolle der deutschen Regierung sowie der EZB in diesen Politiken zum Ausdruck bringen. In den Hintergrund rückt die Kritik an den Banken, dem Frankfurter Finanzplatz sowie an den Großkonzernen (Blockupy, 02.2013; 22.04.2013). Als zentraler Slogan einigten sich die Aktiven auf die Parole „Widerstand im Herzen des europäischen Krisenregimes“ und luden zu „europäischen Tagen des Protestes in Frankfurt am Main gegen das Krisenregime der Europäischen Union“ (ebd.). Von Anfang an wurde die Mobilisierung für 2013 als eine gesehen, die den Weg zu europaweiten Massenprotesten gegen die 2014 erwartete Eröffnung des Neubaus der EZB im Frankfurter Ostend bereiten soll. So steht im „Aktionsbild“ explizit: „Viele Gruppen und Aktive sehen die diesjährigen Aktionen außerdem als einen wichtigen Schritt zu großen Protesten 2014, wenn die politischen und ökonomischen Eliten Europas das neue EZB-Gebäude in Frankfurt einweihen möchten.“ (Blockupy, 10.04.2013)

Für die *zweite* Verschiebung ist festzuhalten, dass in den Texten nun explizit von „Kapitalismus“ die Rede ist. Noch ein Jahr zuvor tauchte „Kapitalismus“ in den vom Bündnis insgesamt verabschiedeten Dokumenten und Positionen zur Krisendynamik praktisch nicht auf (Blockupy, 01.03.2012; 01.04.2012; 05.2012). 2013 ändert sich dies gänzlich und Kapitalismus bzw. die grundlegende Kritik daran wird zu einem zentralen Ankerpunkt. Im Selbstverständnis (Blockupy, 02.2013) sowie im Aufruftext (Blockupy, 22.04.2013) für 2013 heißt es identisch: „Wir widersetzen uns dem kapitalistischen Wirtschaftsmodell, das auf globaler Ausbeutung basiert, notwendig Armut und soziale Ungleichheit produziert und die Natur systematisch zerstört.“ Abstand genommen wird umgekehrt von Formulierungen, die 2012 noch dem Vorwurf der personalisierenden Kapitalismuskritik ausgesetzt waren (Ums-Ganze 2012: 28f.). So ruft Blockupy nun dazu auf, „unsere Solidarität gegen die Politik der Spardiktate“ (Blockupy, 22.04.2013) zu setzen, während im Vorjahr Solidarität noch entgegen „ihre Politik der Spardiktate“ (Blockupy, 01.03.2012, Herv. d. A.) ins Feld geführt wurde.

Die stärkere Thematisierung der innenpolitischen Dimension der Austerität, also die *dritte* Verschiebung, findet vor allem insofern einen Ausdruck, als im Aufruf der Bogen von der Durchsetzung der ‚Strukturanpassungsprogramme‘ der letzten vierzig Jahre durch IWF und Weltbank im globalen Süden sowie aktuell im Europa der Krise in Beziehung zu den gesellschaftlichen Verhältnissen in Deutschland gesetzt werden. Angesprochen wird die „autoritäre Durchsetzung“ der Austerität, die wesentlich in der Politik der Deutschen Regierung verankert sei, die Agenda 2010, die als „Modellprojekt“ des Sozialabbaus in Europa gerahmt wird, gleichsam wie Rückkopplungsprozesse in Deutschland: „Diese Verelendung wird sich – auch hier – noch weiter verschärfen, wenn wir uns nicht wehren: Es droht der weitere Abbau sozialer und demokratischer Rechte.“ (Blockupy, 22.04.2013)

Verschiebungen sind aber nicht nur hinsichtlich der inhaltlichen Positionen festzustellen, sondern auch die angestrebten Praxen wurden in einer neuen Art und Weise mit den inhaltlichen Überlegungen in Beziehung gesetzt. Dargelegt wurden diese wie schon im Vorjahr, in einem gemeinsam erarbeiteten Aktionsbildes für den „Blockadetag“ (Blockupy, 10.04.2013). Vereinbart wurde ebenfalls wiederum ein Aktionskonsens (Blockupy, 21.04.2013). Klar blieb aber auch in diesem Jahr, hier ließ sich Blockupy von den Verboten nicht einschüchtern, dass Grenzen gezielt und gewollt überschritten werden sollten, „um zu zeigen, dass die Regierungen Grenzen überschritten haben“, als sie die „kleinen Leute“ in ganz Europa für die Krise hätten bezahlen lassen, anstatt die eigentlichen Profiteure zur Kasse zu bitten (Rätz

zit. nach Leppert & Voigts, 29.05.2013); und gerade deshalb sei „der Schritt vom öffentlichen Protest zum zivilen Ungehorsam [...] jetzt nötig“ (Blockupy, 04.2013). Wiederum wurde zu einer gemeinsamen, die Aktionstage abschließenden Demonstration aufgerufen (Blockupy, 05.04.2013), wobei anstelle einer Abschlusskundgebung eine Vielzahl von „Assambléas“ angedacht worden war, um eine „direktdemokratische“ Debatte über die Perspektiven des Protestes zu eröffnen (Blockupy, 23.05.2013). Die Anpassung betreffen die zweite Welle der Aktionen, die im Anschluss an die Blockade der EZB stattfinden sollte, sowie, dass dieses Jahr ein Camp bzw. eine Zeltstadt ins Auge gefasst wurde, um die anreisenden Aktivist\_innen unterzubringen und einen Ort des Austausches zu schaffen.

Die zweite Welle, die 2012 unter dem schwer fassbaren Schlagwort „Frankfurt Fluten“ (Blockupy, 01.04.2012) firmierte, wurde 2013 konkretisiert und inhaltlich anschlussfähig an alltägliche politische Auseinandersetzungen gemacht. Es ging darum, die Choreographie in einer Weise auszugestalten, dass die unterschiedlichen Dimensionen von Austerität und „Krise des Kapitalismus“ vor Ort in Frankfurt aufgesucht werden konnten, um den Bogen von der transnationalen Ebene ins Lokale zu spannen. Konkret adressiert wurden hierfür politische Auseinandersetzungen um Wohnraum, die zunehmende Zahl von Zwangsräumungen in deutschen Städten und die renditeorientierte Verwertungslogik, weshalb Blockupy ankündete, Immobilieninvestmentfirmen besuchen zu wollen (Blockupy, 01.05.2013); die globalen Produktionsbedingungen insb. in der Textilindustrie (Blockupy, 02.05.2013) sowie die patriarchalen Dimension der Krisenpolitik (Blockupy, 05.05.2013) sollten auf der Zeil – Frankfurts zentraler Einkaufsstraße – thematisiert werden; Lebensmittelspekulation und der Landraub wurden als weiteres Thema gesetzt, und so sollte der Protest vor große Bankhäuser getragen werden (Blockupy, 03.05.2013); am Frankfurter Flughafen war angedacht, das „rassistische Grenz- und Abschieberegime“ der EU zu kritisieren (Blockupy, 04.05.2013).

Die Entscheidung, 2013 ein Camp zu organisieren, war im Kontrast zu den ersten praxisbezogenen Anpassungen weniger inhaltlich begründet (NoTroika, 13.05.2013), als eine Konsequenz der Erfahrungen des Vorjahres: es waren weniger Menschen als erhofft angereist und „Take the Squares“ hatte nicht funktioniert. Das Camp sollte nach dem Willen der lokalen Organisator\_innen von NoTroika, dem Frankfurter Blockupy-Zusammenschluss, „einen sicheren Raum für Diskussionen, Vorbereitung und Ruhe nach den Aktionen“ bieten und so Grundlage sein, um die Aktivitäten inhaltlich wie praktisch zu vertiefen (ebd.).

Die Verhandlungen mit den städtischen und polizeilichen Behörden verliefen im Unterschied zum Vorjahr verhältnismäßig einvernehmlich (Blockupy PM, 14.02.2013). Gestritten wurde um das Camp und dessen möglichen Standort (NoTroika PM, 15.03.2013; Voigts, 19.03.2013; Leppert, 20.04.2013), aber auch um die Demonstrationsroute sowie über Auflagen an die Teilnehmenden der Demonstration (Leppert & Voigts, 29.05.2013; Voigts, 18.05.2013). Zu gerichtlichen Auseinandersetzungen kam es um die Route. Die städtischen Behörden wollten diese nicht an der EZB am Willy-Brandt-Platz vorbeiführen lassen (Iskandar & Zoske, 29.05.2013). Das Gericht (zit. nach Leppert & Voigts, 29.05.2013) gab Blockupy indes recht, zumal es der Gefahrenprognose der Polizei, mangels „nachweisbarer Tatsachen“, nicht folgen mochte (vgl. Iskandar, 23.05.2013). Kurz vor den Aktionstagen wurde dann vor allem noch um die geplante Demonstration am Frankfurter Flughafen juristisch und medial gerungen. Zunächst wollte die Versammlungsbehörde den Protest im Innern des Flughafens verbieten, wogegen Blockupy erneut erfolgreich klagte, da der Verwaltungsgerichtshof in Kassel entschied, dass 200 Menschen die Demonstration im Innern des Flughafens gestattet werden müsse (Iskandar, 31.05.2013). Den insgesamt doch entspannteren Verlauf der Verhandlungen begründete Ordnungsdezernent Markus Frank (10.04.2013) gegenüber der FR damit, dass keinerlei Aufrufe zur Gewalt dokumentiert seien: „Im Moment geht es darum, eine große Demonstration durchzuführen [...] es wird bisher nicht von einer Blockade gesprochen.“ Gleichzeitig mobilisierte Blockupy mit den Worten: „Wir werden die EZB

blockieren. Wir werden die öffentlichen Plätze in der Wirtschafts- und Finanzmetropole Frankfurt okkupieren – wir sind BLOCKUPY!“ (Blockupy, 22.04.2013)

Insgesamt herrschte vor den zweiten Aktionstagen in Frankfurt Gelassenheit: keine Verbote, keine aufgeregten Debatten im Römer, und der neu gewählte SPD-Oberbürgermeister Peter Feldmann gab den Protesten zumindest sachte Rückendeckung (Göpfert & Voigts, 09.04.2013). „Alles ein bisschen entspannter“ (Peikert, 29.05.2013) titelt die FAZ kurz vor den Aktionstagen. Die Bankinstitute im Frankfurter Bankenviertel gaben an, zwar Sicherheitsvorkehrungen zu treffen, jedoch nicht schließen zu wollen (Voigts, 22.05.2013), und auch bei der EZB (zit. nach Peikert, 29.05.2013) herrschte Ruhe – es werde aber alles getan, „um operativ zu bleiben“. Einzig der Frankfurter Ordnungsdezernent Markus Frank sowie der hessische Innenminister Boris Rhein (beide CDU) und die Polizei warnten, je näher das Aktionswochenende kam, wie schon 2012, vor Gewalt und Ausschreitungen, ohne diesmal wirklich gehört zu werden. Erneut wurde die unmittelbare Umgebung der EZB kurz vor den Aktionstagen zur Sperrzone erklärt. Verzichtet wurde aber darauf, die EZB wie im Vorjahr großräumig abzusperren. Zur Sicherheit wurden aber die U-Bahnstation sowie die Straßenbahnhaltestelle am Willy-Brandt-Platz geschlossen (Iskandar 28.00.2013) und die Polizei zeigte in der ganzen Stadt mit rund 4.000 Beamt\_innen eine hohe Präsenz (Stadt Frankfurt, 01.07.2013: 4).

Den informellen Auftakt zu den Aktionstagen bildete der Beginn der Aufbauarbeiten für das Camp im Frankfurter Rebstock-Park am 27. Mai – abends demonstrierten Blockupy-Aktivist\_innen gemeinsam mit Fluglärmgegner\_innen im Frankfurter Flughafen. Am Mittwochabend wurde das Camp bei kühlen 8 Grad von rund 300 Menschen mit einer Vollversammlung und einer Veranstaltung zu „Zwangsräumungen“ in Spanien und Deutschland eröffnet (Blockupy PM, 30.05.2013). Tags darauf reiste das Gros der Aktivist\_innen an, sodass am Abend des 30. Mai deutlich mehr als 1.000 Menschen zugegen waren. Tagsüber wurde auf dem Camp in inhaltlichen Debatten, Workshops und Vorträgen rege diskutiert und in kollektiven Blockadetrainings wurden die Aktionen des folgenden Tages geübt. Am frühen Morgen des 31. Mai war es dann soweit und die Aktivist\_innen zogen aus dem Camp in Richtung EZB. Um 7:40 Uhr vermeldete eine Sprecherin von Blockupy: „Die Blockade steht. Der Geschäftsbetrieb der EZB ist erfolgreich gestört.“ (Blockupy PM, 31.05.2013) Gemäß Polizei waren es rund 1.000, Blockupy spricht von 3.000, Aktive, die bis gegen Mittag die EZB bei stürmischem Wetter und strömendem Regen umstellten und blockierten (Iskandar, 01.06.2013). Anders als im Vorjahr ließen die in großer Zahl präsenten Einheiten der Polizei die Demonstrierenden aber gewähren, was die Autor\_innen der *Swing* rückblickend überraschte (Swing 2013b: 2). Noch vor Mittag wurden die Blockaden durch Blockupy aufgehoben. Auf dem Paulsplatz brachte eine Volkküche zur Stärkung der Aktivist\_innen Essen, bevor nachmittags die zweite Welle lanciert wurde: Hunderte demonstrierten vor der Deutschen Bank gegen die Spekulation mit Nahrungsmitteln und Landraub; über 300 Menschen zogen vor die Niederlassung eines Immobilieninvestors, um gegen steigende Mieten und Gentrifizierung zu protestieren; und auf der Zeil störten knapp 1.000 Menschen den Geschäftsbetrieb.

Insb. auf der Zeil entwickelte sich eine rege Eigendynamik (ebd.: 3). Im FR-News-Ticker wird bereits um 13:45 vermeldet: „Wohin man auch schaut: Sitzblockaden vor Geschäften, Parolen wie ‚Anticapitalista‘ und klatschende Demonstranten. Die ganze Zeil ist eine einzige Blockupy-Party.“ (Voigts et al., 31.05.2013) Ein Kaufhaus nach dem anderen musste die Tore schließen, Aktivist\_innen solidarisierten sich mit Streikposten eines durch die Gewerkschaft *ver.di* bestreikten Kaufhauses und zeitweise lag die Zeil fest in der Hand der Aktivist\_innen (Palm, 01.06.2013; Voigts et al., 31.05.2013). Die präsenten Polizei ließ die Demonstrant\_innen, zum Überraschen aller, trotz des erheblichen Eingriffs in das Geschäftstreiben weitestgehend gewähren und beschränkte sich auf das Verhindern von Sachbeschädigungen (Palm, 01.06.2013). „Blockupy ist mitten in Frankfurt angekommen“, bilanziert die FR (01.06.2013) tags darauf.

Zu einigen wenigen Rangeleien zwischen Polizeieinheiten und Demonstrant\_innen kam es im Verlauf des Tages in der Innenstadt dann doch, etwa vor dem Sitz des aufgesuchten Immobilieninvestors, wo die Polizei einen mutmaßlichen Rädelsführer festzunehmen versuchte, oder als es auf der Zeil zu vereinzelt Sachbeschädigungen kam. Schwerere Konfrontationen waren jedoch nur am Flughafen zu verzeichnen. Auslöser hierfür war, dass dem Aufruf zu „Blockupy Deportation Airport!“ (Blockupy, 04.05.2013) mit rund 800 Menschen deutlich mehr Menschen gefolgt waren, als die vom Gericht erlaubten 200 (Voigts et al., 31.05.2013), und die Polizei die Beschränkung durchzusetzen versuchte – was die Aktivist\_innen erst nicht hinnehmen wollten. Abends an der Vollversammlung im Camp zog Blockupy eine positive Bilanz für den ersten Tag. Ein Sprecher der wie auch schon im Vorjahr stark präsenten italienischen Delegation erklärte euphorisch:

„Die Blockade der EZB war ein ‚sozialer Streik‘, es war ein Streik gegen das Kommando der Troika, ein Streik der Prekären gegen die Zerstörung unserer Träume und Hoffnungen. Für uns war die Blockade der EZB sehr wichtig und zentral. [...] Die sozialen Bewegungen Europas schauen auf das, was hier die Tage passiert!“  
(Beobachtungsprotokoll, 31.05.2013)

Den ersten Tag bewertete die Polizei, so Iskandar (01.06.2013), als „eher ruhig“. Es sei zwar zu Konfrontationen gekommen und einige wenige Personen – der EA Frankfurt (PM, 31.05.2013) spricht von 15 – seien „wegen Körperverletzung, Widerstand gegen Vollzugsbeamte oder Landfriedensbruch“ festgenommen worden, schwere Straftaten seien aber nicht zu verzeichnen gewesen.

Am 1. Juni, dem zweiten Tag, stand die Großdemonstration auf dem Programm. Schon morgens versammelten sich gemäß Blockupy an die 20.000 Menschen (Blockupy PM, 01.06.2013b), die Polizei sprach von 6.000 (Stadt Frankfurt, 01.07.2013: 4), am Baseler Platz nahe des Hauptbahnhofs. Die Stimmung war gelassen und bunt, als sich der Demonstrationzug kurz nach Mittag in Bewegung setzte. Jedoch sollte er nicht weit kommen: Nach gerade mal 800 Metern intervenierte die Polizei in den Aufzug und schnitt in der Hofstraße rund 1.000 Teilnehmer\_innen des „antikapitalistischen Blocks“ an der Spitze der Demonstration, kurz bevor diese die EZB erreicht hätte, vom restlichen Zug ab (Voigts et al., 01.06.2013). Im Block wurden bunt bemalte Regenschirme und Styroporbücher sowie Sonnenbrillen getragen, vereinzelt waren zudem Feuerwerkskörper und Rauchbomben gezündet worden, „besonders bedrohlich“ sei es aber nicht gewesen, als die Polizei die Demonstration stoppte, so Hanning Voigts (03.06.2013) in der FR. Die Polizeiführung begründeten ihr Vorgehen damit, dass es, um weitere Straftaten zu verhindern, Vermummte und Gewaltbereite zu isolieren gegolten habe (POL-F PM, 01.06.2013a). Dem Gros der Demonstrant\_innen außerhalb des Kessels schlug die Polizeiführung vor, auf einer Alternativroute, die nun aber nicht mehr an der EZB vorbeiführen würde, weiterzuziehen (Voigts et al., 01.06.2013). Das Angebot wurde unter Berufung auf den gemeinsamen Aktionskonsens klar abgelehnt; eine Spaltung der Demonstration sowie des Bündnisses sollte verhindert werden. Über Stunden harteten Tausende an der Hofstraße aus, die einen unfreiwillig innerhalb des Polizeikessels, die anderen außerhalb freiwillig, um ihre Solidarität zu bekunden. In einer ersten Pressemitteilung um 14 Uhr warf Blockupy der Polizei „skandalöses“ Verhalten und den „offensichtlichen“ Versuch vor, das Gerichtsurteil, wonach Blockupy an der EZB vorbeiziehen dürfe, auszuhebeln (Blockupy PM, 01.06.2013a).

Als nach gescheiterten Verhandlungen die Einsatzkräfte der Polizei mitunter mittels erheblicher Zwangsanwendung jene innerhalb des Polizeikordons abzuführen begannen und von außerhalb seitens der ausharrenden Demonstrant\_innen mehrfach versucht wurde, den Demonstrationzug zu einen, kam es zu harten Zusammenstößen. Es spielten sich insb. seitens der Polizei, so Voigts, „unglaubliche Szenen“ ab und er schildert einen Dialog, wonach

„ein Beamter im Polohemd, mit silbernen Sternen auf den blauen Schulterklappen, [...] einen jungen Mann [anschreit]: ‚Wissen Sie, was die letztes Jahr bei der M31-Demo mit einem meiner Kollegen gemacht haben? Die haben den so zusammengeschlagen, dass er drei Tage im Koma lag!‘ Ob der Polizist denn Angst vor ihm habe, will der junge Mann wissen. ‚Nein, wenn Sie mich angreifen, erschieße ich Sie‘, blafft der Beamte ‚Eine Kugel zwischen die Augen, und gut is‘.“ (Voigts, 03.06.2013)

Und Iskandar stellt die Ereignisse der Räumung des Kessels in der FAZ wie folgt dar:

„Dann geht die Polizei mit einer Hundertschaft in die Menge, um Leute einzeln herauszuholen. Gegen halb sechs stürmt die Polizei die Demonstration. Wahllos greifen Beamte nach Teilnehmern, im Sekundentakt führen sie sie hinaus. Wer sich nicht fügt, wird härter angepackt. Demonstranten werden zu Boden geworfen. Einer bleibt liegen, wird von Sanitätern versorgt. Ein anderer wird an dem Verletzten vorbeigeschleift. Er schreit, als ihn die Beamten fester anfassen. Sein Arm sieht aus, als sei er gebrochen.“ (Iskandar, 02.06.2013)

Kurz nach 20 Uhr erklimm die Polizei den sich im Kessel befindenden Lautsprecherwagen und erklärte die Versammlung für beendet (POL-F PM, 02.06.2013). Außerhalb des Kessels harrten aber noch immer rund 4.000 Menschen aus und sie gingen nicht, sie blieben, bis gegen 22:30 Uhr auch die letzte Person im Kessel abgeführt wurde (Voigts et al., 01.06.2013).

Im Zuge der Polizeiaktion wurde von 947 Menschen die Identität festgestellt (Stadt Frankfurt, 01.07.2013: 4), 45 wurden vorläufig festgenommen (POL-F PM, 02.06.2013); rund 20 Beamt\_innen wurden verletzt (Iskandar 03.06.2013), die Demosaniäter\_innen sprechen von 275 behandelten Aktivist\_innen, wovon fünf, teilweise schwer verletzt, ins Krankenhaus eingeliefert wurden (Blockupy PM, 05.06.2013). Schon am Abend des 1. Juni wurde in der Presse erste Kritik am Vorgehen der Polizei laut. Die Polizeiführung um Polizeipräsident Achim Thiel (in POL-F PM, 01.06.2013b) hielt am Abend des 1. Juni nochmals fest, dass von der Demonstration eine erhebliche Gefahr ausgegangen sei und die Polizei „keine Wahl“ gehabt habe, als die „Störer im Schwarzen Block“ zu isolieren. Die aufkommende Kritik wies er brüsk zurück. Die Kritik und der damit verbundene Druck auf die Polizei, Fehler einzugehen, nahm in den Tagen danach aber stark zu.

Kritisiert wurde das Vorgehen von akkreditierten Demonstrationsbeobachter\_innen der Stadt Frankfurt (Stadt Frankfurt, 06.06.2013a: 50-80) sowie seitens Blockupy, aber auch von FAZ wie FR. Die Demonstrationsbeobachterin Odette Barbosa de Lima (in ebd.: 72) von den Grünen berichtet im Römer an der Sitzung vom 6. Juni 2013, dass sie mehrere Stunden versucht habe, zwischen Polizei und Blockupy zu vermitteln, die Polizei aber „alle Verhandlungsangebote [...] abgelehnt“ habe. In der Debatte im Römer stehen FDP und CDU mit ihren Versuchen, die Ereignisse herunterzuspielen, alleine da und zum ersten Mal überhaupt wenden sich die Grünen klar gegen ihre Koalitionspartnerin, die CDU (Leppert, 07.06.2013; FAZ, 08.06.2013). Manuel Stock (in Stadt Frankfurt, 06.06.2013a: 54) von den Grünen zeigte sich angesichts der Vorkommnisse „fassungslos“ und spricht von einem „erschütterten Vertrauen“ in die Sicherheitskräfte; Mike Josef (in ebd.: 56) von der SPD verurteilte den Polizeieinsatz als „unverhältnismäßig, unsouverän und undemokratisch“ und Dominike Pauli (in ebd.: 58) von Die Linke sprach von einem „Angriff auf die Verfassung“. Zum Schluss der Debatte wurde wie schon nach M31 eine Resolution verabschiedet, die erneut klarstellt, dass die „Demonstrationsfreiheit [...] elementar für eine lebendige Demokratie [ist]“ (Stadt Frankfurt, 06.06.2013b) und der Einsatz der Polizei vor diesem Hintergrund Fragen aufwerfe, die es aufzuklären gelte (Stadt Frankfurt, 06.06.2013a: 80; 06.06.2013b).

Die FR ihrerseits bewertete den Polizeieinsatz als „desaströs“, zumal die Polizei „hochaggressiv“ aufgetreten sei (Leppert, 03.06.2013) und auch in der FAZ wurde das Vorgehen der Beamt\_innen als „unverhältnismäßig hart“ eingestuft (Iskandar, 03.06.2013). Jasper von Altenbockum, seines Zeichens Verantwortlicher für das Ressort Innenpolitik bei der FAZ, schlug aber auch andere Töne an:



**Abb. 2: Besetzung der Zeil am Nachmittag des 31. Mai 2013**

Quelle: nicht wichtig, flickr.com, visited: 01.07.2016



**Abb. 3: Von Hundertschaften der Polizei getrennte und eingekesselte Demonstration am 1. Juni 2013**

Quelle: strassenstriche.net, flickr.com, visited: 01.07.2016

„Verhältnismäßig verhält sich die Polizei im Einsatz gegen Demonstranten offenbar nur dann, wenn die Zahl der verletzten Polizisten höher ist als die der verletzten Demonstranten. Ist es umgekehrt, hat sie im Kampf um Grundrechte ein Problem, erst recht aber im Kampf um die Luftfreiheit. Am Montag konnte man deshalb den Eindruck gewinnen, die Unschuld vom Lande sei am Wochenende nach Frankfurt gekommen, um dort der Raffgier kapitalistischer Verbrecher Einhalt zu gebieten, und sei – ‚Desaster!‘ – von einem aufziehenden deutschen Polizeistaat daran gehindert, eingekesselt und erniedrigt worden. Der Frankfurter Oberbürgermeister gab zusätzliche Orientierung: Der Einsatz gegen die ‚Blockupy‘-Demonstranten sei ‚nach Darstellung der Medien‘ unverhältnismäßig gewesen. Noch Fragen? Was zählen schon die Schilderungen der Polizei? Was zählt die Erinnerung an den März vor einem Jahr? Damals gab es in Frankfurt aus demselben Anlass ‚bürgerkriegsähnliche‘ Zustände – nach Darstellung der Medien. Die Betroffenheit war groß. Aber nicht sehr lange. Bis zum nächsten Mal.“ (Altenbockum, 04.06.2013)

Während einer Pressekonferenz der Polizeileitung am 3. Juni, an der sie sich zu erklären versuchte, kippte die ohnehin kritische Stimmung der Medienschaffenden in offenen Unmut. Die Aussagen der Polizei wurden schlicht als nicht glaubhaft bewertet (SD, 03.06.2013; Leppert, 04.06.2013) und die publik gewordenen Übergriffe auf Berufskolleg\_innen am 1. Juni bei der Auflösung des Kessels angeprangert (vgl. Iskandar, 02.06.2013; Iskandar & Euler, 04.06.2013; Voigts, 03.06.2013). Ein breites Echo fanden die Aktionstage und das Vorgehen der Polizei in der internationalen Presse. Berichtet wurde vor allem in Italien (vgl. Corriere, 31.05.2013; 01.06.2013a; 01.06.2013b; Repubblica, 31.05.2013; 01.06.2013); der Umstand, dass es in Deutschland zu Protesten gegen die Krisenpolitik kam, war aber in ganz Europa und darüber hinaus ein Thema (vgl. Figaro, 03.06.2013; Guardian, 01.06.2013; Humanité, 03.06.2013; New York Times, 31.05.2013; Standard, 03.06.2013; Telegraph, 01.06.2013; Temps, 01.06.2013).

Die öffentliche Stimmung war insgesamt aufgebracht. Hunderte Augenzeug\_innen widersprachen der Darstellung der Polizeiführung in einer Online-Petition (2013), wobei sie insb. dementierten, dass es bereits vor der Einkesselung zu Übergriffen auf Beamt\_innen und zu Sachbeschädigungen gekommen sei, wie dies die Polizei am 2. Juni, (POL-F PM, 02.06.2013) am Tag nach der Demonstration, aber noch nicht am 1. Juni (POL-F PM, 01.06.2013a; 01.06.2013b) als Begründung für den Kessel ins Feld führte. Am Wochenende nach der eigentlichen Demonstration demonstrierten am 8. Juni 2013 in Frankfurt über 8.000 Menschen aus dem ganzen Blockupy-Spektrum, aber auch viele Stadtpolitiker\_innen gegen den Polizeieinsatz (Gedziorowski, 10.06.2013; Iskandar, 09.06.2013b; 10.06.2013).

Die Vorwürfe, die das Blockupy-Bündnis an die politischen Verantwortlichen von Stadt, Land und Polizei richtete, als sie ihnen unterstellte, die Demonstration „politisch motiviert“ und „geplant“ verhindern zu haben, um die „Kritik an der europaweiten Verarmungspolitik nicht öffentlich sichtbar werden zu lassen“ (Blockupy PM, 03.06.2013), erwiesen sich, zumindest was den zweiten Vorwurf – die Planung – angeht, in den folgenden Wochen keineswegs als haltlos. Markus Frank, Boris Rhein und auch die Polizeiführung betonten zwar stets, dass die Polizei eigenständig und unmittelbar, also ohne Weisung von außen und nicht geplant, auf Grund der Gefahreneinschätzung gehandelt habe (FR, 03.06.2012; Iskandar & Euler, 04.06.2013). Jedoch verdichteten sich alsbald die Hinweise darauf, dass die Hofstraße sehr gezielt und geplant als Ort des Zugriffs vorbereitet worden war. Darauf deutet Jutta Ditfurth von ÖkoLinX (in Stadt Frankfurt, 06.06.2013a: 65f.) im Römer hin, aber auch die BILD-Zeitung (03.06.2013) sowie Iskandar (02.06.2013; 03.06.2013; 09.06.2013a) in der FAZ. Im Juni 2014 wurde das Vorgehen der Polizei vor Gericht als rechtens bewertet. In Bezug auf die Frage, ob der Kessel geplant gewesen sei oder nicht, teilte das Blockupy-Bündnis aber mit, dass in der Verhandlung trotz der ‚Niederlage‘ deutlich geworden sei, dass „die Entscheidung für den Kessel [...] nicht wie behauptet um 12.40 Uhr [wegen des Zündens von Pyrotechnik, A. d. V.], sondern bereits bei einer Besprechung morgens gegen 7 Uhr“ gefallen sei, also lange bevor sich die Demonstration überhaupt versammelt habe (Blockupy PM, 23.06.2014).

Zum Abschluss der Aufarbeitung der zweiten Aktionstage 2013 gilt es nun auf die Einschätzung der Ereignisse durch das Bündnis sowie die damit vollzogenen Verschiebungen innerhalb von Blockupy einzugehen. Ein zentrales Dokument hierfür ist die Erklärung des Blockupy-KoKreises vom 5. Juni 2013 mit dem Titel „Sie wollen Kapitalismus ohne Demokratie, wir wollen Demokratie ohne Kapitalismus“. Im Positionspapier werden die Aktionen des zivilen Ungehorsams sowie die transnationale Beteiligung als Erfolg verbucht: „Blockupy 2013 – das waren intensive und kraftvolle Tage der gemeinsamen Aktion und des gemeinsamen Widerstandes.“ (Blockupy, 05.06.2013) Der „Angriff der Polizei auf die große internationale Demonstration“ wird als Versuch gerahmt, die Erfolge des ersten Tages „zunichte zu machen und das Bündnis zu spalten“ (ebd.). Wie auch schon im Vorjahr, wird das „harte“ staatliche Vorgehen als Ausdruck von Nervosität sowie Sorge um die Absicherung der etablierten Ordnung dargestellt:

„Repression und Polizeigewalt sollen Stärke demonstrieren, aber in Wahrheit decken sie die Nervosität der herrschenden Krisenpolitik auf, die sich immer weniger demokratisch legitimieren lässt und immer mehr autoritär durchgesetzt werden muss. Der Widerstand gegen die sozialen Folgen der Krisenpolitik, gegen die Verelendung und die Hoffnungslosigkeit, in die dadurch Millionen Menschen gestürzt wurden, und der Widerstand gegen die Beschneidung demokratischer Rechte sind nicht voneinander zu trennen, sondern gehören unmittelbar zusammen. Sie wollen Kapitalismus ohne Demokratie, wir wollen Demokratie ohne Kapitalismus.“ (Blockupy, 05.06.2013)

In Blockupy organisierte oder dem Bündnis nahestehende Gruppen bewerteten die Aktionstage dann auch weitestgehend positiv. Die Frankfurter antifa [f] (05.08.2013) etwa stellt fest: „Blockupy hat gehalten, was es versprochen hat – nicht weniger, aber auch nicht mehr.“ Gleichzeitig wird der ‚Skandalisierung‘ des Polizeieinsatzes widersprochen. Dieser sei schlicht „normaler Ausdruck des Gewaltpotentials des Staates im Krisenkapitalismus“ (ebd.). Die Linksjugend 'solid' (05.06.2013) ihrerseits hält in einem Rückblick auf Indymedia fest: „Wir sind noch völlig geflasht von den Erlebnissen der letzten Tage – Blockupy in Frankfurt [ist] sicherlich einer der fettsten politischen Proteste des Jahres.“ In der Frankfurter *Swing* werden das kreative Potential von Blockupy und insb. die Aktionen auf der Zeil hervorgehoben, aber auch erneut darauf verwiesen, dass die Zahl der Beteiligten immer noch unter den Erwartungen liege und es an der lokalen Verankerung mangle (Swing 2013b).

In der Gesamtschau der Diskussion der Presseartikel so wie auch der Stellungnahmen von Blockupy fällt sodann eines deutlich auf: Das Bündnis hat sich zwar im Zuge der Auseinandersetzungen um den Kessel nicht in ‚gute‘ und ‚böse‘ Demonstrant\_innen dividieren lassen – was seitens der Polizeiführung sicherlich intendiert war –, konnte aber nicht verhindern, dass wie schon 2012 wieder die Gewaltfrage – wenn auch diesmal jene der Polizei – das prägende Thema war. Die eigenen Inhalte und der Widerspruch gegen die Krisenpolitik wurden fast gänzlich überschattet und das Bündnis verblieb hinsichtlich der Gewaltfrage reichlich sprachlos. Das Blockupy-Bündnis zog sich in der Diskussion in den ersten Tagen nach dem 1. Juni erstaunlich weit zurück und überließ das Kritisieren anderen, etwa parlamentarischen Abgeordneten oder den Organisator\_innen der Demonstration vom 8. Juni aus dem Umfeld von Occupy-Frankfurt.

Nach innen und in Bezug auf den von Blockupy eingeleiteten Verknüpfungsprozess sowie die Fähigkeit des Bündnisses, gemeinsam zu agieren und verlässliche Strukturen zu bilden, waren die Aktionstage hingegen von großer Bedeutung. Es sei gelungen, sich nicht auseinanderdividieren zu lassen, ist das allseits verbreitete Credo. Grundlage hierfür sei gewesen, so Blockupy (21.04.2013), dass sich alle an den gemeinsam verabschiedeten Aktionskonsens gehalten und somit solidarische Bezugnahme nicht nur festgeschrieben, sondern auch in der Praxis umgesetzt hätten: „Niemand ist auf das absurde Angebot, die Einkesselten und Angegriffenen im Stich zu lassen, eingegangen. Tausende sind bis spät in den Abend geblieben und haben sich bis zum Schluss mutig der Polizei entgegengestellt. Es ist diese gemeinsame Erfahrung des Mutes und der Solidarität im Angesicht der Polizeigewalt, die unser Bündnis und unsere

Bewegung noch enger zusammengebracht hat.“ (Blockupy, 05.06.2013) Ähnlich sieht dies die *Swing*, die die Ereignisse als „vertrauensbildende Maßnahme“ beschreibt (Swing 2013a: 5). Unabhängig von all diesen Debatten war seitens des Bündnisses aber schon am Morgen nach dem Aktionswochenende 2013 klar, dass Blockupy wiederkommen werde (Blockupy PM, 02.06.2013). Nur Tage später teilte das Bündnis mit, dass Blockupy „in Kürze zu Beratungen einladen [wird], um einen internationalen Vorbereitungsprozess für die Mobilisierung zur Eröffnung des EZB-Neubaus 2014 einzuleiten“ (Blockupy PM, 06.06.2013).

#### 4. 2014: Das lange Warten und die „Transnationalisierung“

Um die Mobilisierung gegen den im Herbst 2014 erwarteten Festakt der Eröffnung des EZB-Neubaus im Frankfurter Ostend mit viel politischer Prominenz (Blockupy, 10.04.2013; Swing 2013b) einzuleiten, lud Blockupy vom 22. bis zum 24. November 2013 zu einer „Europäischen Aktionskonferenz“ ins Studierendenhaus am Campus Bockenheim in Frankfurt (Blockupy, 03.10.2013). Im Rahmen von Workshops, Plenas und Podiumsdiskussionen sollte Platz für grenzüberschreitenden Austausch geboten werden. Im Mittelpunkt stand aber die Frage, wie es im Herbst 2014 weitergehen und was bis dahin geschehen könnte. Gemäß Blockupy beteiligten sich 450 Menschen aus über 15 europäischen Ländern an den Debatten (Blockupy PM, 24.11.2013). Am entscheidenden Abschlussplenum, wofür zum ersten Mal an einem großen Blockupytreffen auf Grund von demokratiepolitischen Interventionen die Stühle im Festsaal im Kreis und nicht in Reihen zum Podium hin aufgestellt wurden, wurde am Sonntagnachmittag der Rahmen für die künftigen Aktionen gesteckt. Beschlossen wurde, dass, auch ohne das Datum der Eröffnung zu kennen, denn dieses hatte die EZB noch immer nicht bekanntgegeben, die Mobilisierung zum „Tag X“ eingeleitet werden müsse. Für Frühjahr 2014 wurden zudem europäische Aktionstage angedacht. In Anspielung an die europäischen Protestbewegungen seit 2011 einigten sich die Anwesenden darauf, die Schlagworte *Commons*, *Democracy* und *Solidarity* ins diskursive Repertoire aufzunehmen (Blockupy PM, 24.11.2013). Wirklich auffallend war indes aber, wie stark sich Blockupy tatsächlich „transnationalisiert“ hatte – längst war das Bündnis mehr als eine bundesdeutsche Angelegenheit. So hielt eine Sprecherin bei der Abschlussveranstaltung fest, dass Blockupy an diesem Wochenende in einer europäischen Weise „neu gestartet“ sei (Beobachtungsprotokoll, 24.11.2013).

Diese Europäisierung Blockupys drückte sich unmittelbar in der Gründung einer Internationalen KoGruppe – nicht zu verwechseln mit dem KoKreis, der Exekutive von Blockupy – aus, die die bisherigen Strukturen ergänzen sollte (Blockupy, 13.10.2014). Dieser erweiterte Rahmen war es dann auch, der unter dem Motto „May of Solidarity: Solidarity beyond Borders – Building Democracy from Below!“ die europaweiten Aktionstage vom 15. bis 25. Mai 2014 maßgeblich koordinierte. Um möglichst breit anschlussfähig zu sein, wurde der Termin bewusst unmittelbar vor die Europawahlen und den Jahrestag von 15M gelegt (Blockupy, 05.06.2014). Im Aufruf tauchen die Schlagworte *Commons*, *Democracy* und *Solidarity* prominent als zentrale Bezugspunkte auf (Blockupy, 16.03.2014): Solidarität gelte dabei vor allem Migrant\_innen und Menschen auf der Flucht; unter Demokratie wird eine „wirkliche Demokratie von unten“ gefordert, die entgegen die parlamentarische Demokratie gesetzt wird, zumal diese ihre Legitimität mit der Austeritätspolitik verloren habe; und mit Commons wird die Frage der Wohlstandsverteilung und Eigentumsverhältnisse angesprochen, wobei klar sei, dass „der Reichtum, den wir gemeinsam erarbeiten“, wieder angeeignet werden müsse, denn nur so könne eine wirkliche Demokratie auch gesichert werden.

Beim Aktiventreffen im Januar 2014 verständigte sich das deutschsprachige Bündnis darauf, im Rahmen der Aktionstage keine zentrale Aktion in Deutschland durchzuführen. Stattdessen sollten, was der Mobilisierung für den Herbst 2014 dienlicher sei, am 17. Mai koordiniert Demonstrationen sowie

Aktionen des zivilen Ungehorsams in Berlin, Düsseldorf, Hamburg und Stuttgart stattfinden. In Frankfurt riefen lokale Gruppen zudem zu kleineren Aktionen auf, um die Präsenz von Blockupy in der Stadt aufrecht zu halten. An die Proteste auf der Zeil 2013 anknüpfend, kündete NoTroika für den 16. Mai die Blockade des Frankfurter Apple-Stores an – wobei an mehreren Orten Europas ähnliche Aktionen stattfinden sollten, um so die als desaströs bewerteten Arbeitsbedingungen in Apple-Zulieferfirmen öffentlich zu machen (NoTroika PM, 13.05.2014). Ein weiteres zentrales Thema des Frühjahres 2014 bei Blockupy, aber auch darüber hinaus, war die zunehmende Sorge um die Ausbreitung rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien in Europa, die immer hörbarer und offensiver Abschottung und Nationalismus als Lösung für die europäische Krise zu propagieren anfangen und bei den Europawahlen 2014 auch erhebliche Erfolge feierten (vgl. Hillebrand 2015). In Frankfurt wurde, ebenfalls am 16. Mai, im Rahmen der Blockupy-Kampagne „Nationalismus ist keine Alternative“ (Blockupy, 08.04.2014) zur Verhinderung einer Wahlkampfveranstaltung der Alternative für Deutschland (AfD), die seitens Blockupy schon früh klar dem rechtspopulistischen Lager zugeschlagen wurde, in der Innenstadt aufgerufen. An den beiden Aktionen beteiligten sich jeweils mehrere hundert Menschen. Während die Veranstaltung der AfD zum Unmut der Parteimitglieder und der FAS (Haupt, 25.05.2014) faktisch verhindert wurde, gelang die Blockade des Apple-Stores nur bedingt (Iskandar, 17.05.2014; Voigts, 17.05.2014). Während sich die Aktivist\_innen zufrieden zeigten, äußerte sich die Polizei überrascht ob der Vehemenz der AfD-Blockierer\_innen, die auch nicht vor Gewalttaten gegen Beamt\_innen zurückgeschreckt hätten (POL-F PM, 16.05.2014).

In den Tagen tat sich aber auch seitens der Polizeiführung einiges und so wurde eine grundlegend neue Kommunikationsstrategie eingeführt. Die Botschaft, die aus dem Polizeipräsidium zu vernehmen gewesen sei, lautet, so Voigts (13.05.2014) in der FR: „Wir haben aus dem Fiasko des vergangenen Jahres gelernt, wir werden vorsichtiger auftreten.“ So gab sich Frankfurts Polizeipräsident Achim Thiel, der bis anhin kaum eine Gelegenheit ausgelassen hatte, um vor dem Gewaltpotential Blockupys zu warnen, gelassen und sprach davon, dass er mit einem friedlichen Verlauf der Aktionstage rechne (ebd.). Hinzu kam, dass die Polizeileitung verstärkt auf Dialog zu setzen versuchte, was sich im proaktiven Ansprechen des Blockupy-Bündnisses, dem verstärkten Einsatz von Kommunikationsbeamt\_innen sowie dem erstmaligen Verwenden von *Twitter* als Kommunikationsmittel – das Blockupy schon lange nutzte – niederschlug (POL-F PM, 25.05.2014). Seitens Blockupy wurde diese „Charmeoffensive“ (Iskandar, 17.05.2014) aber mit großem Misstrauen aufgenommen, zu tief saßen die Erfahrungen der letzten Jahre.

In Europa und Deutschland gingen die Aktionstage weiter. Am 17. Mai demonstrierten in Deutschland insgesamt über 10.000 Menschen (vgl. Blockupy PM, 17.05.2014a; 17.05.2014b). In Düsseldorf wurde gegen ein „Luxuseinkaufszentrum“ auf der Königsstraße und Abschiebungen am Flughafen protestiert (Onkelbach, 19.05.2014); in Berlin solidarisierten sich die Aktivist\_innen mit Flüchtlingen und wandten sich gegen die „rassistischen Migrationsgesetze“ (Kaiser & Schneider, 19.05.2014); in Stuttgart hingegen wurde insb. die Prekarisierung des Gesundheitswesens durch die Politik der Troika in den Ländern, mit denen Memoranda vereinbart worden waren, aber auch in Deutschland, thematisiert (SZ, 19.05.2014); in Hamburg versuchten Demonstrant\_innen, das Fest zum „Tag der Elbphilharmonie“ zu stören, zumal es bei dem Bauwerk der „Elitenkultur, Korruption und Verschwendung“ (Blockupy PM, 17.05.2014a) nichts zu feiern gebe (Zand-vakili, 19.05.2014). Insgesamt wurden im Kontext der europäischen Aktionstage in über 15 Ländern Aktionen organisiert (Blockupy Int. PM, 21.05.2014). In einer abschließenden Presseerklärung des internationalen Blockupy-Zusammenhangs (ebd.) resümiert Eleonora Cappuccilli aus Bologna – damals noch von einer EZB-Eröffnung im Herbst 2014 ausgehend: „The European movement is strengthened and broadened. These are great conditions for the coming struggles for solidarity, commons and radical democracy. [...] In autumn we will get together in Frankfurt to turn the opening of the new ECB-towers into our party of a rising new Europe.“

Auch der Blockupy-KoKreis verbuchte die Aktionen als Erfolg, wenn auch gefragt werden müsse, warum sich nicht mehr Menschen beteiligt hatten (Blockupy, 03.07.2014). Die europäischen Aktionstage seien aber ein wichtiger Schritt in Richtung „Transnationalisierung“ von Blockupy gewesen, der Austausch und die Koordination hätten funktioniert und das Vertrauen sei gewachsen (Blockupy, 05.06.2014). Den Weg des europäischen Austausches ging Blockupy sodann weiter und lud für September nach Brüssel, um die Perspektiven für ein „Europa von unten, quer, gegen und jenseits des heutigen Europas“ zu besprechen (Blockupy, 20.07.2014). Ende Juni 2014 ließ Benoît Cœuré seitens der EZB in einem Streitgespräch mit zwei Blockupyaktivist\_innen in der SZ verlauten, dass die Einweihung des Neubaus nicht mehr 2014 stattfinden werde (Cœuré et al., 28.06.2014). Man werde „nicht auf irgendwelche Termine der Herrschenden warten“, sondern weiterhin die Agenda selbst setzen, war die Antwort Blockupys (03.07.2014). Vorerst wurde anstelle der geplanten Proteste Ende November erneut ins Studierendenhaus nach Frankfurt zu einem „Blockupy-Festival“ geladen (Blockupy, 21.07.2014).

Das Bündnis wollte die gewonnene Zeit mit dem Festival vom 20. bis zum 23. November zur Vertiefung der europäischen Zusammenarbeit nutzen, aber auch Präsenz markieren (Blockupy, 17.08.2014). Denn der interne Prozess des Austausches konnte gegen außen kaum vermittelt werden, so dass sich im Spätsommer nicht nur *Die Zeit* fragte „Gärt da noch was?“ (Schlötzer, 24.11.2014). So betonte Corinna Genschel (2014), Mitarbeiterin der Kontaktstelle soziale Bewegungen der Linksfraktion im Bundestag und von Anbeginn aktiv im Blockupy-Bündnis: „Das Wichtige am Blockupy-Festival war deswegen auch, dass das – zum Teil auch demobilisierende – Warten auf den Termin der EZB-Eröffnung [...] produktiv genutzt werden konnte.“ Bei der Konferenz wurde so öffentlichkeitswirksam wie noch nie zuvor an verschiedenen Orten in der Stadt zu prominent besetzten Podien und Diskussionsrunden geladen. Es sprachen etwa der britische Juraprofessor Costas Douzinas, die SPD-Politikerin Andrea Ypsilanti oder der italienische Politikwissenschaftler Sandro Mezzadra neben Aktivist\_innen aus Deutschland, Griechenland, Spanien, Italien und vielen weiteren Ländern über die europäische Perspektive des Protestes, Blockupy, die EU-Wahlen, SYRIZA und Podemos. Die FR berichtete intensiv über die inhaltlichen Podien (vgl. Voigts, 21.11.2014; 22.11.2014a; 22.11.2014b), die FAZ hingegen verzichtete, wie in den Jahren zuvor, weitestgehend auf eine inhaltliche Berichterstattung.

Mitten ins Festival, das mit rund 600 Personen, davon rund 150 aus dem europäischen Ausland (Voigts, 24.11.2014a), sehr gut besucht war, platzte die Nachricht, dass die EZB ihre Eröffnung für den 18. März 2015 plane. Die EZB, die schon mitten im Umzug war, lieferte damit der für am Samstagnachmittag, den 22. November, angekündigten Demonstration, die zum ersten Mal zum Neubau führen sollte, eine Steilvorlage (Blockupy, 17.08.2014). Zwischen zwei- und dreitausend Menschen zogen, begleitet, aber unbehelligt von den Einheiten der Polizei, ins Frankfurter Ostend. War die Demonstration ohne nennenswerte Zwischenfälle verlaufen, ging es, am Zaun der EZB angekommen, plötzlich schnell. Bauzäune um die EZB wurden aus der Verankerung gerissen, das Hauptportal erklommen. Die Polizei versuchte einzugreifen, setzte Pfefferspray und Schlagstöcke ein – ohne Erfolg. An die 100 Aktivist\_innen drangen auf das Gelände des hochgesicherten EZB-Neubaus und bewarfen diesen mit Farbbeuteln, andere hielten direkt vor dem Eingangsbereich ein Transparent in die Luft: „18. März, wir kommen“, stand in großen Lettern (Iskandar, 24.11.2014; Voigts, 24.11.2014a). Der Sachschaden hielt sich, wie die EZB bekannt gab, in Grenzen, da die Farbe einfach zu entfernen gewesen sei (Kanning & Iskandar, 25.11.2014). Die Polizei ihrerseits zeigte sich von den Aktionen überrascht und versprach, mit Nachdruck die Straftäter\_innen zu ermitteln (Voigts, 24.11.2014a).

Insgesamt jedoch fiel die Polizei in den Tagen, wie auch schon im Mai 2014, durch explizite Zurückhaltung auf. So bemühte sich die Polizeileitung im Vorfeld des Festivals um eine deeskalative Rhetorik (Iskandar, 20.11.2014). In der Polizeimeldung zum Abschluss des Festivals heißt es:

„Das Verhalten der Polizei an diesen Tagen war von einem kooperativen Vorgehen mit Schwerpunkt auf einer kommunikativen Einsatzbewältigung geprägt [...]. Wir haben die ungehinderte Grundrechtsausübung bei allen friedlichen Versammlungen vollumfänglich gewährleistet. Provokationen, Eskalation und Gewalt gingen ausschließlich von einem Teil der Protestteilnehmer des ‚Blockupy‘-Bündnisses aus.“ (POL-F PM, 23.11.2014)

Der neue Polizeipräsident Gerhard Bereswill (zit. nach Voigts, 20.11.2014), der nach der Pensionierung von Achim Thiel Ende Mai 2014 (Leppert, 28.05.2014) das Amt übernahm, unterstrich erneut, dass die Polizei aus den Ereignissen seit 2012 gelernt habe. Er wolle Präsident einer „lernenden Organisation“ sein und verstärkt auf Dialog und Kommunikation setzen. Insb. mittels Twitter könne die Polizei während den Aktionen in Echtzeit verständlich machen, warum sie wie agiere. Die Polizei hat einen „grund-sätzlichen Strategiewechsel“ hin zu einer sprechenden Organisation vollzogen, so Bereswill (zit. nach Voigts, 20.11.2014) weiter. Unterstützt wurde diese Öffnung davon, dass im Zuge der Wahlen zum Hessischen Landtag im September 2013 eine schwarz-grüne Koalition die vorherige schwarz-gelbe abgelöst und bei der Vergabe der Regierungämter Boris Rhein sein Amt als Innenministers verloren hatte und Wissenschaftsminister geworden war. Ordnungsdezernent war weiterhin Markus Frank, der noch vor dem Festival in gewohnter Manier betont hatte:

„Niemand wird die EZB-Eröffnung verhindern. Woher nimmt sich jemand das Recht zu entscheiden, wer eine Eröffnung feiert oder wer nicht. Das wäre in höchstem Maße undemokratisch, das ist auch nicht vom Versammlungsrecht gedeckt.“ (Frank, 20.11.2014)

Von Polizei wie Frank unbeeindruckt feierten die Blockupyaktivist\_innen die Erstürmung des EZB-Geländes (Blockupy PM, 22.11.2014) als Zeichen des Willens, die Eröffnung im kommenden März auch wirklich stören zu wollen (Blockupy, 23.11.2014).

Was den auf die Produktion einer alternativen hegemonialen Formation gerichteten Prozess von Blockupy angeht, war diese Phase zwischen den Aktionstagen 2013 und dem Bekanntwerden des EZB-



**Abb. 4: Impressionen: Aktiventreffen März 2014**

Quelle: <http://www.die-linke-hessen.de>, visited: 11.08.2016

Eröffnungstermins von zentralen Verschiebungen geprägt. Nicht zuletzt ist die verstärkte transnationale Orientierung zu nennen. Unentwegt wird fortan betont, dass sich Blockupy als Teil eines werdenden europäischen Netzwerkes versteht und es den Konflikt auf die europäische Scale zu tragen gelte. So verändert sich die Selbstbeschreibung von Blockupy erneut. Neben der Aufzählung der das Bündnis konstituierenden Gruppen wird nun auch betont, dass Blockupy „Teil eines europaweiten Netzwerks“ sei und von „vielfältigen sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, Parteien und Flüchtlingsinitiativen aus Italien, Spanien, Griechenland, Belgien, den Niederlanden, Dänemark, Frankreich und anderen Ländern“ koordiniert werde (Frontseite blockupy.org, visited: Oktober 2014). Indikativ für die Verschiebung ist auch der Aufruf zu dem bereits angesprochenen internationalen Treffen in Brüssel „zum Aufbau eines transnationalen Initiativraums“, zu dem Blockupy im September 2014 lud:

„Wir wissen [...], dass wir in unseren Bemühungen, Kämpfe zu verbinden und transnationalen Widerstand zu schaffen, nicht alleine sind. Unsere Möglichkeiten sind offenkundig begrenzt, und wir erkennen, dass viele Netzwerke im europäischen Raum vor ähnlichen Grenzen und Widersprüchen stehen. Doch wir denken, dass es Zeit wird, diese Situation als politische Chance zu begreifen. [...] Natürlich hängt die Entwicklung einer solchen Bewegung von sozialen Alltagskämpfen ab, aber sie hängt eben auch davon ab, ob wir einen gemeinsamen Raum schaffen – um Strategien zu finden und gemeinsame Kampffelder. Während unsere Vernetzung in den letzten Jahren immer besser geworden ist, haben wir immer noch keine Praxis gefunden, um separate Kämpfe in eine transnationale Bewegung zu übersetzen. Unser Vorschlag für ein Treffen kommt also aus dem echten Bedürfnis, gemeinsam, offen und praktisch zu diskutieren, wie eine Vielzahl von Netzwerken und Programmen in eine politische Gelegenheit für soziale Bewegungen zu verwandeln ist, um zusammen zu kämpfen, Gegennarrative, Kooperationen und lebendige geteilte Praxen des Kampfs zu schaffen.“ (Blockupy, 20.07.2014)

Im Blockupy-Bündnis setzten sich also jene Kräfte durch, die Blockupy weniger als Bündnis der lokalen Interventionen, denn als zentrales europäisches Projekt des Widerstandes gegen die Austerität positionieren wollten. Immer marginalisierter wurden Positionen, die Blockupy eher lokalisieren und in Alltagskämpfe verankern wollten (Swing 2013c), um so auch die innenpolitische Dimension der Politik der „Schwarzen Null“ stärker zu thematisieren. Diese Tendenz widerspiegelt sich auch darin, dass Teile des Bündnisses, und dies nicht zum Wohlgefallen aller, die parlamentarische Machtfrage in Europa ins Blickfeld zu nehmen begannen (vgl. Neumann 2014; Neumann & Tsomou 2015).

Gleichzeitig ging mit diesem Prozess der Transnationalisierung ein schleichender Prozess der Entdemokratisierung des Bündnisses einher – was auch die zunehmende rhetorische Bezugnahme auf Demokratie nicht zu mindern vermochte. Während Blockupy weiter betonte, dass das Bündnis seine Entscheide auf den Aktiventreffen beschließe und der KoKreis lediglich ein Exekutivorgan sei (Blockupy, 13.10.2014), machte sich doch bei einigen Aktiven der Eindruck breit, dass sich der KoKreis zunehmend verselbständige, was auch an Treffen geäußert wurde. Starkes Indiz dafür, dass diese Kritiken einen Kern trafen, ist, dass der Aufrufertext für Blockupy 2013 noch in stundenlangen Aushandlungen verabschiedet, 2014 für den Aktionstag am 18. März 2015 hingegen, mit Verweis auf Zeitdruck, kaum offen diskutiert wurde. Auch die zunehmende Europäisierung des Bündnisses war letztlich kein Produkt intensiver Aushandlungen bei den Aktiventreffen, sondern wurde von Teilen von Blockupy als partikuläre Agenda vorangetrieben. Unklar war insb. aber auch, wie die im Herbst 2013 neu formierte internationale KoGruppe in die Entscheidungsstrukturen eingebunden werden sollte. So geriet der demokratische Entscheidungsfindungsprozess von Blockupy in Schieflage, zumal auf den internationalen Treffen Entscheide getroffen wurden, die faktisch von den Aktiventreffen – der eigentlichen Legislative – nicht mehr umgeworfen werden konnten. Insb. wurde diese Problematik am Aktiventreffen im Januar 2014 und schon zuvor auf der Aktionskonferenz 2013 angesprochen, letztlich aber nie diskutiert. Vor dem Hintergrund der Selbstbeschreibung und dem Plädoyer für Demokratie sind diese Entwicklungen aber keineswegs unproblematisch und verweisen auf eine Verengung des Diskussionsraums innerhalb von Blockupy.

## 5. Die EZB-Eröffnung am 18. März 2015 – Zusammenstöße im Ostend

Mit der Bekanntgabe des Datums für die Eröffnungsfeierlichkeiten für den Neubau der EZB war Ende 2014 auch für das Blockupy-Bündnis der Startpunkt für die eigene Mobilisierung gesetzt. Erwartet wurde, dass die Feier „in Anwesenheit von mehreren europäischen Staatschefs und Finanzoligarchen“ (Blockupy, 23.11.2014) stattfinden würde – „aber nicht mit uns“ (Blockupy, 13.10.2014), stellte Blockupy klar:

„Es gibt nichts zu feiern an Sparpolitik und Verarmung! [...] Wir werden ihre Party übernehmen und sie verwandeln in einen Ausdruck des transnationalen Widerstands gegen die europäische Krisenpolitik und gegen deren katastrophale Konsequenzen besonders für die Menschen im europäischen Süden.“ (Blockupy, 23.11.2014)

Derweil herrschte in Europa, was die Bearbeitung der Krise angeht, gespannte Ruhe. Ende Dezember 2013 verließ Irland zwar den Eurorettungsschirm und damit die Kontrollen der Troika und wurde seitdem als Musterschülerin der Restrukturierungsprogramme portraitiert. In Portugal, Griechenland und Spanien hingegen war die Situation weiterhin angespannt bis hin zu, was die alltäglichen Folgen der Austerität angeht, desaströs. Dennoch wurden weitere Restrukturierungen angemahnt, wenn auch Spanien formal nicht von der Troika beaufsichtigt wurde (vgl. Schumann & Bondy 2015). Die Finanzkrise in Zypern im Frühjahr 2013 führte zudem der gesamten EU vor Augen, dass die Krise keineswegs ausgestanden war, sondern eher vor sich hin schwelte. Hinzu kam, dass in Spanien und Portugal für 2015 nationale Wahlen anstanden und in beiden Ländern (neue) linke Parteien mit dem Versprechen, die Austerität zu beenden, bereit standen, Regierungsverantwortung zu übernehmen, was die Gremien der EU doch verunsicherte. Im noch im November 2014 verfassten Aufruf schrieb Blockupy, „dass es gegenwärtig keine ständigen Krisengipfel mit auslaufenden Deadlines für die Rettung des Euro oder der Kreditfähigkeit einzelner Mitgliedsstaaten mehr gibt“ (ebd.), die Proteste dennoch legitim und wichtig seien. Zum Jahreswechsel 2014/15, als immer deutlicher wurde, dass in Griechenland die Regierung scheitern und die linke SYRIZA die Wahlen gewinnen würde, spitzte sich die Lage zu.

Das Blockupy-Bündnis sah in der Konstellation ein reales politisches Möglichkeitsfenster. Die Hoffnung lag darin, dass ein linker Wahlsieg in Griechenland und anschließend womöglich auch in Spanien und Portugal in der Lage wäre, die politische Landschaft innerhalb der EU neu zu ordnen, dass Italien und vielleicht auch Frankreich, die auch schon Kritik am Kurs Deutschlands hatten erkennen lassen, daraufhin ins Nein-zur-Austerität-Lager wechseln würden. Und Blockupy bzw. die Proteste gegen die EZB in Frankfurt sollten ein Teil von genau diesem Prozess werden, wie dies Blockupy in einem Kommentar zu den Wahlen in Griechenland darstellt:

„Gemeinsam mit den Bewegungen in ganz Europa werden wir das Recht der Menschen verteidigen, mit der Austeritätspolitik zu brechen. Die Wahlen in Griechenland sind ein Signal der Hoffnung. [...] Die Chance des Aufbruchs – wie auch immer die Wahlen ausgehen – kommt von der Straße, aus der Stärke und Autonomie der außerparlamentarischen Bewegungen und Netzwerke, aus der Initiative der Menschen, die nicht mehr nur Opfer der Austeritätspolitik sein wollen, sondern ihre Geschichte selbst in die Hand nehmen. Den Krisenkapitalismus und seine Zwänge kann man nicht einfach abwählen. [...] Das gilt grenzüberschreitend, deswegen auch in Deutschland. Alle, die genug haben von Hartz IV, von der Rente mit 67, von Minijobs und Niedriglöhnen, von der Gängelung in Betrieb, Ausländeramt oder Jobcenter, von Überstunden, ausbeutender Arbeit und fehlenden Kitaplätzen rufen wir auf: Werdet in diesen Monaten aktiv, setzt gemeinsam mit uns unübersehbare Zeichen gegen die EU-Krisenpolitik, gegen jede Form von Nationalismus und Rassismus.“ (Blockupy, 16.01.2015)

Am 25. Januar 2015 gewann SYRIZA die Wahlen in Griechenland tatsächlich, womit ein erster gewichtiger Schritt getan schien. Nur Tage nach den Wahlen in Griechenland, die das Blockupy-Bündnis mit einer eigenen Delegation begleitet hatte, veröffentlichte das Bündnis einen weiteren Aufruf für den 18. März:

„Viel zu lange haben wir darauf gewartet, dass die EZB den Termin zur feierlichen Nicht-Eröffnung ihres neuen Hauptquartiers bekannt gibt. Wir haben uns währenddessen gefragt, ob wir einen Fehler der Anti-Globalisierungsbewegung wiederholt haben: uns vom Terminkalender der Herrschenden abhängig zu machen. Nun können wir sagen: Dieser Fehler war ein Glücksfall. Denn es ist etwas passiert. Die griechische Bevölkerung hat nicht akzeptiert, was als alternativlos gilt. Sie hat ihre eigene Krise – die Krise des Alltags, der Gesundheitsversorgung, der Flüchtlinge und Migrant\_innen, der Beschäftigten und Erwerbslosen, der Schulen und Familien – dorthin zurück gebracht, wo sie hergekommen ist: in das deutsche Europa der Troika, der Spardiktate und der Ausgrenzung.“ (Blockupy, 01.02.2015)

Für Blockupy bedeutete der Wahlausgang, so wird betont, dass auch „wir“ uns auf den Weg machen müssen, „denn am 18. März können wir auf die Straße gehen und deutlich zeigen, dass Widerstand gegen die Zumutungen des Krisenregimes dort wie hier jetzt nötiger ist als je zuvor“ (Blockupy, 01.02.2015). Symbolisch biete, so Blockupy (23.11.2014), die Einweihung der 1,1 Mrd. Euro teuren Doppeltürme am Rande der Frankfurter Innenstadt, die sich wie eine „Festung“ (Pennekamp, 14.03.2015) 200 Meter aus der Stadt emporheben, die passende Kulisse, um „die Distanz zwischen den politischen und ökonomischen Eliten und den Menschen“ (Blockupy, 23.11.2014) anzuprangern. Die EZB-Führung gab aber, ohne genaue Gründe zu nennen, anfangs Februar bekannt, auf eine große Feier zu verzichten, lediglich 20 Gäste würden geladen, darunter keine Regierungschefs und keine europäische Prominenz (Leppert & Steinhagen, 04.02.2015). Lisa Nienhaus (15.03.2015) interpretiert die Beweggründe der EZB in der FAZ insofern, als diese offensichtlich versuche, in der Krise keine zusätzliche Angriffsfläche zu bieten: bloß nicht das Bild einer Institution festigen, „die sich freudig selbst feiert, egal, was draußen los ist“. Blockupy bewertete den Entscheid der EZB als ersten Erfolg: „Die Verkleinerung der Gästeliste ist der durchsichtige Versuch, dem Protest keine große Bühne zu bieten. Das wird ihnen nicht gelingen. Wir werden genau das tun, was wir gesagt haben – ihre Party in einen Tag unseres transnationalen Protests verwandeln.“ (Blockupy PM, 06.02.2015)

Werden die Aufrufe auf ihrer Positionen hin analysiert, so wird der beachtliche Weg, den Blockupy gegangen ist, sehr deutlich. Fokussiert wird nun endgültig primär auf die EZB, die jedoch stets als Teil der Troika adressiert wird, die von Blockupy für die „brutalen“ Kürzungen, Erwerbslosigkeit sowie den „Zusammenbruch der Gesundheitsversorgung in Griechenland und anderen EU-Staaten“ verantwortlich gemacht wird (Blockupy, 23.11.2014). Mehr als in den Jahren zuvor versucht Blockupy, sich als politischere Akteurin mit Expertise zu positionieren, also nicht nur Nein zu sagen, sondern Kritik auch auszudifferenzieren (vgl. Blockupy, 29.01.2015). Zusammen mit den vielfältigen politischen linken Projekten und Parteien in Europa sollte so eine gangbare Perspektive aus der Austerität hinaus gezeigt werden. Tagesaktuell kritisiert wird die deutsche Regierung, die in den im Februar laufenden Verhandlungen mit der griechischen Regierung über den Fortgang der Sparprogramme einmal mehr einen unnachgiebigen Kurs verfolgte und mit scharfer Rhetorik hervorstach. Die Aufrufe setzen den dominanten Krisenlösungen sowie den gerade nördlich der Alpen immer prominenter werdenden rechten und nationalistischen Antworten auf die Folgen der Krise sowie dem Europaverdruss ein solidarisches ‚Europa von unten‘ entgegen. Europa wird zu einem positiven Bezugsrahmen für eine solidarische und emanzipatorische Politik – was durchaus erstaunt. Denn wenn auch Europa gerade in der parlamentarischen Linken und insb. der Sozialdemokratie stets mit einem offenen Projekt assoziiert wurde, ist die positive Bezugnahme der außerparlamentarischen Linken in der Qualität durchaus neu; erinnert sei an die bisweilen großen Demonstrationen gegen die als autoritär empfundene europäische Integration am Rande von EU-Gipfeln in Nizza 2000, Göteborg 2001 oder Thessaloniki 2003.

Während diese Positionsverschiebung etwa auch von der FAZ wahrgenommen wird (vgl. Köhler, 18.03.2015; Bender & Jansen, 18.03.2015), die im Vergleich zu den Vorjahren mehr Interesse an den inhaltlichen Positionen von Blockupy zeigt, werden an Aktiventreffen und im Umfeld von Blockupy kontroverse Diskussionen über diesen eingeschlagenen Weg geführt. Insb. zu Debatten führte der in der

Linken nicht gerade neue Konflikt um das Verhältnis von Parteien sowie Wahlen zu den Bewegungen und umgekehrt. Einig scheinen sich alle darin, wie auch im Kommentar zu den Wahlen im Januar seitens Blockupy (16.01.2015) betont und von der IL (23.02.2015) in einem eigenen Aufruf für den 18. März unterstrichen wird, dass der „Aufbruch“ von der Straße kommen müsse und Wahlen alleine nicht reichten. Die Positionen spalteten sich dann aber auf, wobei die einen dahingehend tendierten, politische Bewegungen auf der Straße vor allem als Ausgangspunkt für Wandel in Parlamenten zu verstehen, während die anderen auf die anhaltende Bedeutung von Bewegungen auch nach Wahlerfolgen pochten bzw. die Restriktionen von Parteienpolitik unterstrichen (vgl. Blockupy, 16.01.2015; 01.02.2015; Blockupy PM, 27.02.2015).

Beispielhaft für die *erstere* ist etwa Mario Neumann (2014), der in *Analyse & Kritik*, ausgehend von einer positiven Bezugnahme auf die Mosaiklinke von Candeias und Völpel (2014) sowie einer Bewertung der Geschehnisse in Griechenland politische Bewegungen zwar als wichtigen Teil der „Machtübernahme“ in den Parlamenten erkennt, die Machtausübung selbst aber als parlamentarischen Prozess sieht und Bewegungen in der Tendenz auf die Ränge verweist. Deutlich wird Neumann zusammen mit Margarita Tsomou (2015), wenn sie die Wahl in Griechenland als „soziales Referendum“ verstehen, zumal ein Referendum immer nur eine Konsultation über etwas ist und nicht Handlungsoption selbst darstellt. Parteienbildung und Wahlen verstehen sie sodann als „unumgänglichen nächsten Schritt“ auf dem Weg politischer Transformation.

Die *zweite*, in Blockupy eher marginale Position, versucht gegenüber Wahlen und Parteien eine größere Distanz zu wahren, ohne diese als bedeutungslos zu rahmen. Beispielhaft ist etwa die Position von Nikolai Huke, der, ebenfalls in *Analyse & Kritik*, gegen Neumann und Tsomou Stellung bezieht. So anerkennt Huke (2015), dass außerparlamentarische Bewegungen und Prozesse der Selbstorganisation zwar klare Grenzen haben und linke Parteien und Regierungen, indem sie in Staatlichkeit intervenieren, „neue Spielräume eröffnen“, in denen Bewegungen agieren können und so Politiken ‚von oben‘ mit Politiken ‚von unten‘ interagieren. Jedoch seien Parteiprojekten, die auf staatliche Macht abzielten, auch enge Grenzen gesetzt und einem „strategischen Primat staatlicher Politik“, wie dies etwa Candeias und Völpel (2014), aber auch Neumann und Tsomou (2015) nahelegten, sei klar zu widersprechen. Dies insb., weil Parteien, gerade wenn sie erfolgreich sind, auch der Logik von Staatlichkeit und Machtapparaten ausgesetzt seien, was diesen ein enges Korsett verleihe, womit Huke (2015) stark an Poulantzas (2002 [1978]) erinnert. Einzuschlagen sei also ein Weg, der Bewegungen und Parteien zwar in ein gegenseitig befruchtendes Verhältnis setzt, die Trennung und Konflikthaftigkeit zwischen außerparlamentarischen Praxen ‚von unten‘ und der Politik der Parteien ‚von oben‘ aber bewahrt.

Wenn auch Blockupy (01.02.2015) unterstreicht, dass das Bündnis sich „nicht an die Seite irgendeines Regierungsprojekts“ stelle, dass dies nicht Blockupys „Aufgabe“ sei und Blockupy an der Seite der solidarisch kämpfenden Menschen in Griechenland und der gesellschaftlichen Linken“ stehe, tat es das Bündnis faktisch doch. Dies brachte zweierlei mit sich: Einerseits, dass Blockupy zu einem Player wurde, auf den sich SYRIZA in Griechenland wie auch Podemos in Spanien positiv bezogen. Und andererseits, dass neben Blockupy der Raum für weitere Mobilisierung gegen die EZB-Eröffnung geschaffen wurde, den *Destroika* mit ihrem militanten Aufruf füllte.

SYRIZA wie Podemos entsandten sodann Delegationen zu den Blockupy-Aktionstagen und waren auch auf der Kundgebung am 18. März präsent (Blockupy, 12.03.2015). So erklärte etwa das SYRIZA-Gründungsmitglied Giorgos Chondros (18.03.2015) gegenüber der FR: „Es sind viele Leute aus Griechenland gekommen, nicht nur von SYRIZA, sondern auch viele Vertreter unterschiedlicher Bewegungen. Wir sind deswegen da, weil Blockupy einen starken antikapitalistischen Kampf führt – für die Menschen und gegen die Banken.“ Blockupy bündelte damit Hoffnungen auf eine Verschiebung der großen Politik, die etwa auch bei der Attac-Aktivistin Lisa Mittendrein (2015: 27) zum Ausdruck kommt, wenn sie in der *Analyse & Kritik* Mitte Februar festhält, dass Blockupy der Ausgangspunkt für

eine neue Phase sozialer Kämpfe sein und die Proteste strategisch neu verankern könne. Oder wenn Antonio Negri und Raúl Sánchez Cedillo in *The Guardian* in Bezug auf Blockupy und die allgemeine Situation innerhalb der EU schreiben:

„We must be clear on this point. None of the countries in the EU, much less those in the eurozone, has full sovereignty any more. This is not necessarily a bad thing given their history. We must acknowledge that sovereignty in the sense of a power ‚in the last instance‘ now rests with the European Central Bank. We need Frankfurt and a European currency if we don't want to fall prey to global finance and to policies dictated by the US or other continental giants asserting themselves against Europe. But we must recover Frankfurt for democracy. Frankfurt should be stormed by Europe to turn the European parliament into a constituent assembly. [...] Only a Europeanist left, transformed by the democratic radicalism of the movements against austerity, can construct a democratic Europe.“ (Negri & Cedillo, 27.02.2015)

Links von Blockupy tauchten eigenständige Aufrufe für den 18. März auf. So rief etwas das internationale M18-Bündnis, das das antiautoritäre und antikapitalistische Spektrum ansprechen wollte, in Teilen aber mit dem Blockupy-Bündnis überlappte (M18, 28.02.2015), unter dem Slogan „Face the Players, Fight the Game“ dazu auf, die Eröffnung des EZB-Neubaus „mit allen Mitteln“ zu stören (M18, 09.02.2015). Daneben zirkuliert aber auch ein Aufruf einer anonymen Gruppe, die unter dem Namen *Destroika* seit Frühjahr 2014 ebenfalls zum Tag X mobilisierte und dabei eine verbale Militanz an den Tag legt, die stark an die Rhetorik des Unsichtbaren Komitees (2010) erinnert (Destroika, 2014; 25.02.2015). Destroika begründet seinen mehrsprachigen Aufruf ebenfalls mit der Rolle der EZB und Deutschlands bei der Durchsetzung der Austeritätspolitik, die in ganz Europa absichtlich das Soziale zerstöre, die Verelendung vorantreibe, Macht und Reichtum konzentriere und dafür rassistische Ressentiments bediene, und grenzte sich von Blockupy wegen dessen Organisationsform und der Perspektive auf parlamentarische Macht klar ab:

„Nicht ohne Grund haben es einige von uns an einem bestimmten Punkt der Bewegung vorgezogen, sich lokal zu verankern, sich der Abstraktion des Globalen zu entziehen, um wieder ein bisschen Wirklichkeit zu finden. In der ausgehenden Anti-Globalisierungsbewegung war uns die vernetzte Luft zu dünn geworden, wir sahen, dass wir ohne eigene Zentren, ohne Land, ohne eine materielle Kraft an echten Orten zu entwickeln, die wir rückhaltlos gemeinsam mit Herz und Hand bewohnen, bald auch nichts anderes sein würden als Politiker\_innen, Repräsentant\_innen, Verwalter\_innen. Bewegungen zu konstruieren, eine neue Linke zu konstituieren nährt nur neue Illusionen. [...] Wir wären verloren, verblieben wir auf dieser Ebene der Selbstbezüglichkeit. Es ist dem weltweiten sozialen Angriff völlig unangemessen, unsere lokalen Kämpfe nur aneinander zu reihen und sie unter dem Terminus der ‚solidarischen Bezugnahme‘ quasi-künstlich miteinander zu verkleben. Nachdem sich einige vor zehn Jahren der Abstraktion des Globalen entzogen hatten, scheint nun der Moment gekommen, sich der Anziehungskraft des Lokalen zu entziehen, genau dann, wenn wir es für nötig halten. Wir kämpfen für und mit den rebellischen Vierteln, Häusern, Halbinseln und Tälern im Rücken. Das ist etwas grundsätzlich anderes als die klassische Vernetzung sich ‚aufeinander beziehender‘ Kämpfe, als die Bündnisse politischer Repräsentant\_innen mit ihren sterilisierenden Aushandlungsprozessen, die vor allem sich selbst dienen – wie jede Bürokratie. Die Repräsentanz steht für die Vertretung des Abwesenden – lasst uns dem die reale Präsenz vieler entgegen setzen!“ (Destroika, 2014)

Im Unterschied zur auf Konfrontation gerichteten Rhetorik von *Destroika* hielt das Blockupy-Bündnis auch für den 18. März an der nun schon bekannten Kombination aus Massenaktionen des zivilen Ungehorsams mit einer Demonstration fest. Anders als in den Vorjahren sollten beide Elemente aber am selben Tag stattfinden (Blockupy PM, 18.01.2015). Weil der Mittwoch als für die Mobilisierung schwieriger Termin eingeschätzt wurde, lancierte Blockupy parallel zur Mobilisierung die Kampagne „18nulldrei – ich nehm mir frei!“ (Blockupy, 02.2015), womit Aktive mittels mehreren qualitativ hochwertigen Videos dazu eingeladen wurden, öffentlich ihre Teilnahme an den Protesten zu bekunden.

In Bezug auf die Praxis sah der Aufruf für den 18. März eine Choreographie vor, wonach bereits morgens die EZB „effektiv“ blockiert und in ihrem Arbeitsablauf „gestört“ werden sollte, so dass selbst

die verkleinerten Feierlichkeiten im besten Fall verhindert würden. Wie auch schon in den Vorjahren wurde betont, dass die Blockaden aus Menschen, die sich zu „Sitz- und Stehblockaden“ formieren, bestehen würden und vom Blockupy-Bündnis „keine Eskalation“ ausgehe. Es gebe „einen verbindlichen Aktionskonsens des Bündnisses“, der besagt „Wir sagen, was wir tun, wir tun, was wir sagen“ (Blockupy, 01.03.2015). Im Detail heißt es im Aktionskonsens, der in diesem Jahr große Prominenz erlangen sollte und deshalb hier länger zitiert wird, sodann:

„Unser Ziel am Vormittag des 18. März 2015 ist eine effektive Blockade der EZB, ihrer Alltagsarbeit und der Eröffnungsfeier. [...] Unsere Aktionsform sind Massenblockaden, die aus Menschen bestehen. Mit Sitz- und Stehblockaden, Straßentheater, Trommelgruppen und thematischen Gegenständen unseres Widerstands werden wir alle Zugänge zur EZB dicht machen. Gitter und Zäune der Polizei werden wir in unsere Blockaden einbeziehen. Auch wenn Polizeikräfte versuchen, uns von unserem Vorhaben abzubringen, werden wir uns nicht auf sie fokussieren. Wo möglich, werden wir Polizeiketten durch- oder umfließen, werden unsere Körper einsetzen, um die Blockade zu halten. Von uns wird dabei keine Eskalation ausgehen. Wir nehmen unser Recht auf körperliche Unversehrtheit in Anspruch, dabei können auch körperschützende Materialien verwendet werden. Gemeinsam übernehmen wir Verantwortung für das Gelingen der Aktion. Wir werden eine Situation schaffen, die für alle Blockierenden transparent ist und in der alle solidarisch aufeinander achten und sich gegenseitig unterstützen. Dieser Charakter der Aktion erlaubt auch Menschen mit wenig Blockade-Erfahrung teilzunehmen.“ (Blockupy, 01.03.2015)

Im Anschluss an die Blockaden lud Blockupy ab 14 Uhr zur Kundgebung auf den Römerberg (Blockupy, 12.03.2015), um sich dort mit Reden, Musik und Kulturprogramm für die um 17 Uhr angesetzte Großdemonstration einzustimmen (Blockupy, 14.03.2015).

Jedoch nicht nur Blockupy bereitete sich auf die Aktionstage vor. Ab Ende Februar begannen Polizeiführung, lokale Politik und auch die Frankfurter Presse ihre Vorbereitungen für die Eröffnung der EZB. Die Strategie der Polizei war durchaus doppeldeutig und kann als Versuch beschrieben werden, den Spagat zwischen beruhigenden Voten und dem gleichzeitigen steten Warnen vor Gewalt zu meistern. Insgesamt muss festgehalten werden, dass die Polizei im Unterschied zu 2012 und 2013 in Auftritt, Außendarstellung und in Bezug auf die Pressearbeit öffentlichkeitswirksamer auftrat (vgl. Bender & Jansen, 18.03.2015; Voigts, 10.03.2015). Am 25. Februar organisierte sie eine öffentliche Informationsveranstaltung im Ostend, um über Lageeinschätzung, die geplanten Maßnahmen und die zu errichtende Schutzzone zu berichten (Köneke, 26.02.2015), veröffentlichte eine umfassendes FAQ auf ihrer Homepage (POL-F, 12.03.2015) sowie auch Teile der Lageeinschätzung (POL-F, 02.03.2015). Die Polizeiführung hielt zudem durchwegs daran fest, einen „kommunikativen Umgang“ (Leppert & Voigts, 14.03.2015) zu versuchen und „Deeskalation“ (Bereswill, 12.03.2015) als Strategie zu verfolgen. Dafür sprach, dass die Verhandlungen mit der Stadtverwaltung im Vorfeld in Sachen Demonstrationsroute etc. ziemlich ruhig und einvernehmlich verliefen (Bebenburg & Leppert, 06.03.2015; Iskandar & Schulze, 12.03.2015).

Polizeipräsident Gerhard Bereswill (zit. nach Schwan, 14.03.2015) war wichtig zu unterstreichen, dass die in Frankfurt lebenden Menschen keine Angst um ihr Wohlergehen haben müssten, was er wenige Tage vor Blockupy wiederholt: „Was da auf uns zukommt, muss uns keine Sorgen machen.“ (Bereswill zit. nach Leppert & Voigts, 14.03.2015) Neben allen Versuchen, als offene und tolerante Polizei aufzutreten, wurde sehr bald aber auch vor den drohenden Ausschreitungen gewarnt (Bebenburg & Voigts, 25.02.2015):

„Die Polizei Frankfurt geht davon aus, dass der Großteil der Teilnehmer friedlich und politisch gemäßigt ist. Aufgrund der festgestellten Mobilisierungen ist allerdings mit einem erheblichen Anteil von gewaltbereiten Personen und Gruppierungen und einer zum Teil zur Gewalt entschlossenen Szene sowie mit gewalttätigen Aktionen mit hoher Wahrscheinlichkeit zu rechnen.“ (POL-F, 02.03.2015)

Auffällig ist, dass, ohne dies offenzulegen, gleichermaßen aus Aufrufen von Destroika wie Blockupy zitiert wird und mit Aussagen aus dem Aufruf von Destroika Blockupy angegangen wird. In einem umfangreichen zweiteiligen Interview mit Polizeipräsident Gerhard Bereswill in der FAZ zeichnet dieser ein durchaus differenziertes Szenario, wirft Blockupy aber vor, sich nicht genug von Gewalt abzugrenzen (Bereswill, 11.03.2015; 12.03.2015): „Es ist so, als ob es ganz normal wäre, mit Farbe zu werfen, Sachbeschädigungen zu begehen und Blockaden in Form von Barrikaden, zum Beispiel mit Holzpaletten und allem möglichen anderen, zu errichten.“ (Bereswill, 12.03.2015) Auf die Frage, womit er denn konkret rechne, antwortet Bereswill: „Mit Blockaden von Zufahrtsstraßen zur EZB und von anderen öffentlichen Straßen.“ (ebd.) So drehte sich das stete Warnen vor Gewalt, wie auch schon in der Diskussion um Blockupy 2012, um genau jene Aktionsformen des zivilen Ungehorsams, die Blockupy als legitimes Mittel des Protestes rahmte. Wie auch schon 2012 wurden seitens der Polizeiführung Blockadetrainings (Schwan, 26.02.2015) und im Konkreten auch eine symbolische Blockade einer Bank in Italien, zwecks Mobilisierung für die Aktionstage, als eindeutige Indizien für bevorstehende Gewalttaten bewertet (POL-F, 02.03.2015).

Die Konfrontation schien vorprogrammiert. Die einen wollten Blockaden um jeden Preis verhindern und die anderen auf jeden Fall blockieren. Aus der Stadtpolitik kamen in den Tagen vor dem 18. März unzählige Aufrufe, die Situation am 18. März nicht eskalieren zu lassen (Voigts, 14.03.2015). So meldete sich auch Oberbürgermeister Peter Feldmann (SPD) zu Wort und verurteilte Gewalt, zu der es noch gar nicht gekommen war:

„Die Sicherheit unserer Bürger steht im Vordergrund aller Entscheidungen der Stadtregierung. Bitte seien Sie in den nächsten Tagen besonders aufmerksam, wenn Sie sich in der Stadt bewegen. Den Mitarbeitern der EZB und anderer Banken sowie deren Familien möchte ich ganz explizit sagen, dass Sie in Frankfurt willkommen sind und wir jegliche tätlichen Übergriffe auf sie schärfstens verurteilen. [...] Wer immer mit dem Plan in unser Stadtgebiet kommt, Krawall zu machen, den Frieden in der Stadt zu stören und dabei bereit ist, Gewalt auszuüben, ist nicht Teil unserer demokratischen Kultur. Wer mit gutem Recht für die Bürger in Griechenland eintritt, setzt sich ins Unrecht, wenn er dabei Bürger Frankfurts in Angst und Schrecken versetzt.“ (Feldmann in Stadt Frankfurt PM, 16.03.2015)

In derselben Pressemitteilung führt Feldmann weiter aus, dass Frankfurt wegen des Sitzes der EZB die „dritte europäische Hauptstadt“ neben Brüssel und Strasbourg sei. Frankfurt müsse, insofern die Stadt in der Tradition einer EU stehe, die „auf eine lange Geschichte der Kultur und des Friedens zurückblicken“ könne, den Protest aushalten: „Kritik an den Auswüchsen des Kapitalismus“ seien in Ordnung, jedoch verbitte sich, „in Deutschlands Hauptstadt der Demokratie“ Kritik an der europäischen Idee selbst zu üben, was zu tun Feldmann Blockupy unterstellt.

Das Szenario wurde allseits immer mehr auf Sturm getrimmt. Die FAZ riet der Polizei, sich auf das Schlimmste vorzubereiten, schließlich habe Frankfurt die vermeintliche Friedfertigkeit von Blockupy 2012 und 2013 bereits erfahren müssen und „Schlachten der siebziger und achtziger Jahre“ wolle in der Stadt niemand (Altenbockum, 18.03.2015). Schon Tage vor der Eröffnung begann die Polizei mit der Installation der Sperrzone um die EZB. Mit Hamburger-Gittern, kilometerweise Nato-Draht und einer 10 Meter-Schutzzone vor den Gittern wurde die EZB 36 Stunden vor der Eröffnungsfeier hermetisch abgeriegelt, Anwohner\_innen durften nur noch mit Ausweis passieren (Köneke, 26.02.2015; Leppert, 27.02.2015; Teutsch & Voigts, 17.03.2015). Frankfurt befinde sich im Ausnahmezustand, schreiben Georg Leppert und Hanning Voigts (14.03.2015) schon vier Tage vor dem geplanten Protesttag. Im gesamten Stadtgebiet wurden an die 8.000 Beamt\_innen und Wasserwerfer aus dem gesamten Bundesgebiet, Räumpanzer, Hubschrauber und ein Aufklärungsflugzeug zusammengezogen, was seitens des Blockupy-Bündnisses wiederholt als Versuch kritisiert wurde, über die Drohkulisse das politische Anliegen der Proteste zu delegitimieren (ebd.). Dies änderte aber nichts an der Dynamik der Tage. Das Frankfurter Bürgerhospital kündete an, das Personal auf der Notaufnahme aufzustocken und auch der

Frankfurter Anwaltsverein erhöhte die Kapazitäten seines Notdienstes (Leppert & Voigts, 18.03.2015a). Die EZB (zit. nach Kirchhoff, 16.03.2015) reduzierte die Belegschaft und hielt fest: „Die Sicherheitslage erfordert dies“. Im Aktionsraum der Blockupy-Aktionstage der vorigen Jahre kündeten diverse Banken und Finanzinstitute an zu schließen (ebd.) und auch der Einzelhandel rüstete sich für die Proteste, indem die Geschäfte entweder schlossen oder das Sicherheitspersonal verstärkten (Steinhagen, 14.03.2015; Teutsch, 17.03.2015). In den Tagen vor Blockupy gaben zudem mehrere Schulen im Ostend bekannt, die Schüler\_innen am 18. März von der Schulpflicht zu entbinden. Das Heinrich-von-Gagern-Gymnasium (zit. nach. Trautsch, 12.03.2015) begründete den Schritt damit, dass „dem Interesse an der Unversehrtheit der Kinder und Jugendlichen der Vorrang vor dem Bildungsinteresse zu geben“ sei.



**Abb. 5: Blockade um die EZB am 18. März 2015**

Quelle: Montecruz Foto, flickr.com, visited: 01.07.2016

Nichtsdestotrotz konnte Blockupy in Frankfurt auf eine in den Jahren zuvor aufgebaute Solidarität bauen. Deutlich wurde dies, als die Stadtverwaltung dem Blockupy-Bündnis die Bitte um Bereitstellung von Schlafplätzen für die Anreisenden ausschlug (Harting, 27.02.2015; Iskandar, 18.03.2015). Wie Blockupy mitteilt, konnten dennoch rund 3.000 Aktivist\_innen privat untergebracht werden (Blockupy, 16.03.2015; 22.03.2015) und der Theaterschaffende Willy Praml öffnete ‚seine‘ Naxoshallen für Veranstaltungen von Blockupy, zwecks Errichtung eines Informationspunktes und als Standort einer zentralen Volkküche am Protesttag: „Wir wollen, dass die Aktivisten nicht irgendwelche Hintergrundleute sind, die sich verstecken müssen, sondern Gäste der Stadt Frankfurt“, so Praml (zit. nach Iskandar, 18.03.2015).

Am Vorabend des 18. März versammelten sich rund 700 Aktivist\_innen im Gewerkschaftshaus, um letzte Informationen für den nächsten Tag zu erhalten und Absprachen zu treffen. Vorgestellt wurden die Versammlungspunkte für die einzelnen Blockadefinger. Es waren zumindest deren fünf, die ab 6 Uhr morgens losziehen sollten – in der polizeilichen Lageeinschätzung hieß es: „Als Aktionszeitraum kommt

insbesondere Mittwoch, der 18.03.2015, von 10:00 Uhr bis 14:00 Uhr in Betracht.“ (POL-F, 02.03.2015) Gleichzeitig befanden sich in diesen Stunden Tausende aus ganz Europa in Bussen, Autos und einem Sonderzug auf dem Weg nach Frankfurt, wo sie in der Nacht oder in den frühen Morgenstunden direkt zu den Blockaden eintreffen sollten (Blockupy PM, 17.03.2015; Bender & Jansen, 18.03.2015). Für die Mittwochs Ausgabe der FR schrieben Leppert und Voigts (18.03.2015b): „Viele Anwohner und Reporter an der Absperrung sprechen von Ruhe vor dem Sturm. Allen ist klar, dass es am Mittwochmorgen an dieser Stelle hoch hergehen wird. Die Frage scheint nur, wie heftig die Auseinandersetzungen werden.“

Als die Zeitung am Mittwochmorgen erschien, war die Antwort gegeben und in Frankfurt tobte seit morgens um 6 Uhr eine bisweilen vehemente Schlacht. Zu ersten Sachbeschädigungen und Zusammenstößen kam es in der Innenstadt, als ein Teil des rund 1.000 Aktivist\_innen umfassenden Fingers, der am Unicampus Bockenheim gestartet war, sich vom Aktionskonsens verabschiedete und offensiv zu agieren begann (Voigts, 20.03.2015). Die Zusammenstöße, die sich daraufhin entfalteten, waren heftig: Polizeieinheiten wurden mit Steinen und Leuchtschurmunition attackiert; Autos, darunter sieben Einsatzwagen der Polizei, gingen in Flammen auf; Barrikaden errichtet und in Brand gesteckt; und das 1. Polizeirevier auf der Zeil schwer angegriffen. Gemäß eigenen Angaben zählte die Polizei über 150 zum Teil schwer verletzt Beamte\_innen (POL-F PM, 18.03.2015; 19.03.2015) und Blockupy vermeldete 200 verletzte Aktivist\_innen (Blockupy PM, 20.03.2015). Über dem Frankfurter Ostend hing dicker schwarzer Rauch. Gleichzeitig strömten in diesen frühen Stunden, wie Blockupy mitteilt, rund 6.000 Aktivist\_innen von allen Seiten der Stadt in Richtung EZB (Blockupy PM, 18.03.2015). Der roten Zone vorgelagerte Polizeisperren wurden dabei überrannt; Tränengas hing in der Luft; Sirenen heulten, Wasserwerfer und Räumpanzer rollten an; dennoch schien die Polizei zu Beginn mit der Situation überfordert. „Die Lage ist zeitweise völlig außer Kontrolle“ wird in der FR resümiert (Busch et al., 19.03.2015).

Nachdem sich die Polizeikräfte gesammelt hatten, begannen sie, mit großer Härte gegen einige der Blockadepunkte vorzugehen (ebd.). Die Situation beruhigte sich erst gegen 11 Uhr, als Mario Draghi, Präsident der EZB, im Innern der Türme die Feierlichkeiten eröffnete – verhindert werden konnten sie also nicht (FAZ, 19.03.2015a; Swing 2015: 1). Dennoch hallte der Protest in der Rede von Draghi nach:

„There are some, like many of the protestors outside today, who believe the problem is that Europe is doing too little. They want a more integrated Europe with more financial solidarity between nations. And there are others, like the populist parties we see emerging across Europe, who believe that Europe is doing too much. Their answer is to renationalize our economies and reclaim economic sovereignty. I understand what motivates these views, why people want to see a change. Yet in truth neither offers a real solution to the situation we face today.“ (Draghi 2015)

Der Protesttag war damit aber noch längst nicht vorbei. Um 12 Uhr sammelten sich rund 3.000 Gewerkschafter\_innen, um zur EZB zu ziehen und dort Solidarität mit den „Kolleginnen und Kollegen in Griechenland, Italien und Spanien“ (Harald Fiedler DGB, zit. nach Busch et al., 19.03.2015) zu demonstrieren. Wegen der morgendlichen Ereignisse wurde die Demonstration von der Polizei nicht durchgelassen und endete schon in der Innenstadt (Remmert & Winter, 19.03.2015). Vor dem Römer sammelten sich gegen 14 Uhr rund 10.000 Menschen, um an der Kundgebung und später der abschließenden Demonstration teilzunehmen. In der FR wird berichtet, dass die Stimmung entspannt gewesen sei und „Volksfeststimmung“ geherrscht habe (Busch et al., 19.03.2015). Pünktlich um 17 Uhr startete dann die gemeinsame Demonstration. Gekommen waren gemäß Blockupy rund 25.000 Menschen (Blockupy PM, 20.03.2015), was angesichts der womöglich abschreckenden Ereignisse des Morgens sowie dem Umstand, dass der 18. März ein Wochentag war, als „kraftvolles Zeichen“ und großer Erfolg bewertet wurde – erneut habe sich das Bündnis nicht spalten lassen, so Blockupy (22.03.2015). Weitestgehend verlief die Demonstration ohne Zwischenfälle. Einzig auf dem Opernplatz wurden die Scheiben einer Bankfiliale eingeworfen und auf dem Platz ein Feuer entfacht (FAZ, 19.03.2015a). Die letzten Minuten des Tages schildert Helmut Schwan in der FAZ wie folgt:

„Gegen 18.20 Uhr erreicht die Spitze des Zuges den Opernplatz, einige Bengalos brennen kurz darauf, die Scheibe einer Bank geht zu Bruch. Verglichen mit dem Morgen, ein fast schon friedliches Bild. Der Veranstalter, Ulrich Wilken von der Linkspartei, ruft ein erleichtertes ‚Lang lebe die internationale Solidarität‘ ins Mikrofon und erklärt die Kundgebung für beendet.“ (Schwan, 19.03.2015)

Bereits am Tag selbst begann die Aufarbeitung der Ereignisse. Blockupy hielt in den Naxoshallen am Nachmittag eine Pressekonferenz ab. Ulrich Wilken von Die Linke, der die Demonstration angemeldet hatte, stellte klar, dass er sich den Vormittag anders gewünscht und dass längst nicht alles so gelaufen sei, wie dies Blockupy geplant und vereinbart habe. Manches erfülle ihn mit Entsetzen, dennoch habe er ein „großes Verständnis für die Wut der Menschen“ (Blockupy PM, 18.03.2015). Seitens der IL ergänzt Christoph Kleine, dass, wenn nun über Gewalt lamentiert werde, zunächst über die „existenzielle Gewalt gegenüber den Menschen in Griechenland“ und „über die Gewalt der Polizei“ gesprochen werden müsse, es aber selbstkritisch festzuhalten gelte, dass es neben den „vielen Aktionen im Rahmen unseres Konsenses [...] auch Aktionen [gab], die wir nicht gewollt haben und nicht gut finden.“ (Blockupy PM, 18.03.2015). Diese Bekundungen reichten anfänglich und wurden in den ersten Berichten als „Distanzierung“ gewertet (Bender et al., 19.03.2015; Busch et al., 19.03.2015). Jedoch schwand diese Einschätzung schon am nächsten Tag und wich seitens der Medien, der Polizei und der parlamentarischen Politik heftigen Vorwürfen gegenüber Blockupy und insb. gegenüber Die Linke.

In der FAZ war die Rede vom „Ausnahmestand“ (Busch et al., 19.03.2015), den die „Scheinheiligen Hobbystrategen“ (Alexander, 25.03.2015) von Blockupy „wie eine linke NPD“ (Altenbockum, 19.03.2015) über die Stadt habe einbrechen lassen. „Heuchlerisch“ sei das Bündnis mit seinen halbherzigen Distanzierungen, denn die Blockupy-Aktivist\_innen „wussten genau, was sie taten. Sie nahmen Tote in Kauf. Erst brennen die Streifenwagen, dann die Menschen.“ (D’Inka, 19.03.2015) Auch die FR titelte „Frankfurter Krawalltag“ (Busch et al., 19.03.2015) und berichtete von der „nackten Angst“ (Busch, 19.03.2015), die an den Schulen im Ostend an diesem „Schwarzen Mittwoch“ (Leppert & Leclerc, 28.03.2015), geherrscht habe. Und Bascha Mika, Co-Chefredaktorin der FR, beklagte in einem Kommentar die „verbrannten Werte“ von Blockupy:

„Brennende Barrikaden, Polizeikessel, angegriffene Feuerwehrleute, verletzte Beamte und Demonstranten, hunderte Festnahmen, verschreckte Stadtbewohner, die sich im Bürgerkrieg wähten. Einen derartigen Ausbruch von Gewalt hat Frankfurt noch nie erlebt. Hier hat sich eine ‚große Wut‘ gegen die europäische Finanzpolitik entladen, wie ein Blockupy-Aktivist feststellte. Doch so berechtigt diese Wut auch sein mag – jeder Demonstrant, der sie gestern in Gewalt münden ließ, hat sein politisches Anliegen gezielt verraten. Hat die Argumente der vielen geschwächt, die bis in den Abend hinein gewaltfrei protestierten. Damit den Draghis, Schäubles und Spar-Kommissaren in die Hände gespielt. Und nicht zuletzt Hardliner gestärkt, die mit Begriffen wie ‚linke Chaoten‘ und ‚gewaltbereiter Mob‘ gegen die Demonstrationsfreiheit agitieren.“ (Mika, 19.03.2015)

In der internationalen Presse werden die Krawalle aufgegriffen, jedoch nüchterner bewertet. So setzt sich die französische *Le Monde* intensiv mit den Hintergründen der Proteste auseinander und kommt zum Schluss, dass diese durchaus berechtigt seien (Monde, 18.03.2015a; 18.03.2015b). Interessiert wurde auch in Irland (Irish Independent, 19.03.2015), Italien (Republica, 18.03.2015) und England (Guardian, 18.03.2015) sowie in Griechenland (Kathimerini, 15.03.2015) berichtet. Die New York Times (18.03.2015a; 18.03.2015b) interpretierte die heftigen Zusammenstöße dann gar als starkes Signal dafür, dass Blockupy mit seinem Widerspruch zurück ist.

Die Polizeiführung hingegen zeigte sich empört und schockiert ob der Zusammenstöße (POL-F PM, 18.03.2015). Am Tag danach, an der Pressekonferenz, sei die Wut über die Ereignisse zum Greifen gewesen und Polizeipräsident Gerhard Bereswill habe, so Leppert und Voigts (20.03.2015), gegenüber Blockupy „jede Zurückhaltung“ aufgeben. Das Bündnis sei verantwortlich für die Krawalle, die Aufrufe zum zivilen Ungehorsam, die Ankündigungen, Barrikaden zu bauen, und die Aussage Blockupys, der

Mittwoch sei ein großartiger Tag gewesen, habe Bereswill mit Wut erfüllt (ebd.). Die Polizeiführung legte nahe, dass die Krawalle detailliert geplant gewesen seien und die Trennung, wie sie von Blockupy gemacht werde, zwischen der Vielzahl der Aktivist\_innen, die sich an den Aktionskonsens gehalten hätten und den anderen, schlicht nicht haltbar sei. Die Angriffe und Brandanschläge seien „keinesfalls spontan verübt worden, wie das Blockupy-Bündnis behauptet“, so Gerhard Bereswill (zit. nach Iskandar et al., 20.03.2015), „sondern gezielt gesteuert worden“. Tage später legte er nach, warf Blockupy „paramilitärisches“ Auftreten vor und kündete an, in einigen Fällen wegen versuchter Tötung zu ermitteln (Iskandar, 24.03.2015). Schließlich mündete die verbale Eskalation darin, dass Bereswill (zit. nach Türk, 14.04.2015) bei der Rede anlässlich des Empfangs der Blaulichtorganisationen am 14. April 2015 im Römer, zum Dank für ihren Einsatz am 18. März (vgl. Stadt Frankfurt PM, 20.03.2015), betonte, dass die Vehemenz der Auseinandersetzungen „in Einzelfällen durchaus den Gebrauch der Schusswaffe in Notwehr gerechtfertigt“ hätte.

Seitens der parlamentarischen Politik war das Echo auf die Krawalle enorm. Selbst Bundesminister wie Thomas de Maizière (CDU), Wolfgang Schäuble (CDU) oder Sigmar Gabriel (SPD) meldeten sich zu Wort und verurteilten Blockupy für die Eskalation (FAZ, 19.03.2015a). Im Bundestag wurde am 19. März gar eine Sonderdebatte zu den Ausschreitungen eingeschoben (Leppert et al., 20.03.2015) und im Hessischen Landtag (FAZ, 19.03.2015b; Bebenburg, 26.03.2015) sowie im Frankfurter Römer mehrfach heftig gestritten. Einhellig wurde die „kalkulierte“, „abscheuliche“ und „nicht legitimierbare“ Gewalt von FDP, CDU/CSU, SPD sowie den Grünen verurteilt. Dabei wurde Die Linke sowie die Gewerkschaften hart angegangen. Allgegenwärtig ist die Forderung, Blockupy solle sich anständig und ohne ‚Wenn und Aber‘ von der Gewalt distanzieren (vgl. Rippegather, 20.03.2015).

Am 26. März 2016 wurde im Römer über die Ereignisse beraten. Insgesamt war es die intensivste Blockupy-Debatte in all den Jahren. Während zu Beginn noch einigermaßen geordnet diskutiert wurde, verlor die Debatte immer mehr an Kontur und verkam zum personalisierten offenen Schlagabtausch zwischen einerseits den Grünen und der SPD sowie andererseits Die Linke. Manuel Stock (zit. nach Stadt Frankfurt, 26.03.2015a: 68) von den Grünen etwa betonte, dass es nun die „Spaltung in friedliche Demonstranten und in Gewalttäter braucht [...], damit Blockupy – wenn überhaupt – zukunftsfähig sein kann“. Bereits zuvor hatte seitens der CDU Christoph Schmitt (zit. nach ebd.: 40) unterstrichen: „Wenn die Veranstalter einen Rest von Anstand haben, dann entschuldigen sie sich öffentlich bei den Frankfurterinnen und Frankfurtern, bei der Polizei sowie bei den Rettungskräften und lösen ihre Organisation auf.“ Schon einige Tage zuvor hatte Schmitt (zit. nach Iskandar, 24.03.2015) im Sicherheitsausschuss nahegelegt, dass das Bündnis „moralisch am Ende“ sei und der Partei Die Linke vorgeworfen, sie habe sich völlig disqualifiziert. Verabschiedet wurde schließlich, wie auch schon zu M31, eine Resolution, die mit den Worten endet: „Gewaltausbrüche wie am 18. März 2015 dürfen nie wieder in Frankfurt am Main passieren.“ (Stadt Frankfurt, 26.03.2015b)

In der Aufarbeitung der folgenden Wochen geriet vor allem die Partei Die Linke ins Kreuzfeuer der Kritik. CDU-Vorsitzender Uwe Becker habe gegen Die Linke, so Christoph Manus (21.03.2015) in der FR, regelrecht getobt und betont, die „Maske der Linken“ (Uwe Becker zit. nach Manus, 21.03.2015) sei gefallen und seit dem 18. März sei klar, dass „sie außerhalb des Spektrums der demokratischen Parteien“ (ebd.) stehe. Fast drei Wochen lang hielt die Kritik, die besonders auf Ulrich Wilken niederprasselte, im Römer und Landtag (Stadt Frankfurt, 26.03.2015a; Iskandar et al., 20.03.2015), sekundiert von Polizeiführung (Iskandar et al. 20.03.2015; Leppert, 24.03.2015; Leppert & Voigts, 20.03.2015) und Polizeigewerkschaft, an (DPoIG PM, 23.03.2015). In der FAZ wird die Kritik deutlich unterstützt und der Partei Die Linke vorgeworfen, sie würde ihre Ablehnung von Gewalt nur vorschieben (D’Inka, 19.03.2015; Frasch, 29.03.2015; Küpper, 23.03.2015). Die Kritik wurde schließlich so harsch, dass Wilken (20.03.2015; 24.03.2015) öffentlich Stellung bezog, hierbei aber an der Linie des Bündnisses festhielt. Klar stellte er jedoch, dass die Linkspartei „das, was da geschehen ist, entsetzt. Das ist definitiv

nicht das, was wir wollten. Das war Randal und keine Protestform, wie wir sie geplant hatten“ (Wilken, 20.03.2015).

Die FR sah aber alsbald das Maß an akzeptablen Vorwürfen überschritten und stellte klar, dass sich während der Ratssitzung vom 26. März unschöne Szenen abgespielt hätten und die persönlichen Angriffe auf Linken-Politiker\_innen eine „Unverschämtheit“ gewesen seien (vgl. Leppert, 28.03.2015):

„Nicht Martin Kliehm [von Die Linke, A. d. V.], sondern Markus Frank hat am Donnerstag das Klima vergiftet und dafür gesorgt, dass das Parlament teils würdelos agierte. Das langgezogene ‚Oooooocchhh‘, als sich die Linken über die Angriffe beschwerten, die ‚Raus, raus‘-Rufe ... man kann von Glück sagen, dass die CDU in dieser Bierzelt-Atmosphäre nicht noch Ballermann-Lieder angestimmt hat.“ (FR, 28.03.2015)

Dominike Pauli (zit. nach Stadt Frankfurt, 26.03.2015a: 44), Fraktionsvorsitzende von Die Linke im Römer, sieht den Grund für die Anfeindungen, wie sie dies in der Ratsdebatte am 26. März 2015 darlegt, sodann auch eher in der inhaltlichen Positionierung als in der Gewaltfrage. Die „ganz große Koalition von FDP bis zu den GRÜNEN“ habe schlicht Angst vor einer Partei, die sich klar „gegen die Austeritätspolitik in Europa“ ausspricht.

Blockupy seinerseits reagierte stoisch auf die Kritik und wiederholte fortlaufend, dass sich das Bündnis die Aktionen auch anders gewünscht habe; der eigene Aktionskonsens, an den sich das Gros der Blockierer\_innen gehalten habe, verdeutliche dies klar. Die reine Fokussierung auf die Gewalt sei daher nur ein Versuch, „die Auseinandersetzungen [...] zu entpolitisieren“ (Blockupy PM, 20.03.2015) und Aktionen des zivilen Ungehorsams zu diskreditieren (vgl. Blockupy, 22.05.2015; 30.05.2015). Anstatt sich also aufzulösen, wurde bereits am 20. März mitgeteilt, dass das Bündnis weitermachen werde (Blockupy PM, 20.03.2015). Wie der Bericht vom Aktiventreffen vom 10. Mai 2015, das nun zum ersten Mal in Berlin und nicht mehr in Frankfurt stattfand, verdeutlicht, wurde beim Treffen aber heftig um die Bewertung des Tages gerungen, das Bündnis im Zusammenhalt aber nicht in Frage gestellt (Blockupy, 22.05.2015).

Im Thesenpapier des KoKreises wird daran anschließend argumentiert, dass Blockupy in seiner Vielfalt ein Gewinn sei und das Bündnis erst darin seine Stärke gewonnen habe (Blockupy, 30.05.2015). In Deutschland, aber auch in Europa brauche es Blockupy als linkes Bündnis. Um diese Arbeit aber leisten zu können, sei Verbindlichkeit – auch auf der Straße – zentral. Der Aktionskonsens sei somit nicht einfach ein „Papier“ (ebd.), sondern eine Vereinbarung, die durch das erworbene Vertrauen an Gehalt gewinne. Wenn auch Blockupy möglichst viele dazu einlade, sich dem Konsens anzuschließen, müsse klar sein, dass dieser nicht für alle durchgesetzt werden könne. Es sei nicht zu verhindern, dass andere die eigenen Orte der Aktion „als Bühne für ihre Inszenierungen“ (ebd.) nutzen würden, jedoch bedeute dies „einen Mangel an Kommunikation und Solidarität“ (ebd.) ihrerseits.

Unwiderrspochen blieb diese Position nicht und so verweisen die anonymen Autor\_innen der *Swing* darauf, dass es durchaus „Scheiß-Aktionen“ gegeben habe, sich Blockupy aber einen Tag der Wut gewünscht habe, und fragt rhetorisch: „Wäre alle Wut [...] in geordneten Bahnen verlaufen, wäre es dann noch Wut?“ (Swing 2015: 3) Auf Indymedia meldet sich Anfang Juli zudem eine anonyme Gruppe unter dem Name *Flamme und Feuer* mit einer Antwort auf den KoKreis, die in Sprache und Form an *Destroika* erinnert, zu Wort. Die Autor\_innen halten fest, dass sie für niemanden außer sich selbst sprechen würden und sie zu jenen gehörten, die sich an den heftigen Ausschreitungen beteiligt und Freude daran gehabt hätten. Wohlwollend sei zur Kenntnis genommen worden, dass sich Blockupy nie klar distanziert habe, gleichsam wird Blockupy und das Thesenpapier des KoKreises für den latenten Besitzanspruch an der Aktion wie auch die Organisationsform des Bündnisses kritisiert:

„Wir glauben schließlich, dass eine Massenaktion einfach niemandem gehört, auch nicht den Leuten, die zu ihr mobilisiert haben, also weder Blockupy, noch dem KoKreis. [...] Wir denken, dass so etwas eben nicht im Vorhinein geplant werden kann, zumindest nicht vollständig und dass der Fehler nicht unbedingt ist, dass wir auftauchen, sondern dass so geplant wurde, als würde es uns nicht geben, und dann waren wir doch wiederum ganz überraschend da. Wir denken auch, dass eine Aktion nachhaltig bestimmen zu wollen, [...] nicht nur ein komischer Plan ist, sondern auch eine tendenziell autoritäre Vorstellung, und irgendwie ist es nun mal so gekommen, dass wir solche autoritären Vorstellungen scheiße finden.“ [...] „Wir lesen aus dem Text des KoKreises die Ansprache des Vaters an das unvernünftige Kind. Das finden wir patriarchal. Wir empfinden solche Texte und solches Handeln oft als Versuche, Hegemonie über den Widerstand zu erlangen. Denkt ihr wirklich, dass die Vereinheitlichung des Widerstandes zu irgendetwas Gutem führt? Denkt ihr wirklich, dass eure Strategie die einzige ist, die funktionieren wird? Und selbst wenn ihr die Vielheit nicht liebt, sondern nur ertragt, so wisst ihr doch, dass solche wie wir immer da sein werden, dass wir uns den Beschlüssen anderer nicht beugen werden, wenn wir sie nicht teilen. [...] Es werden die vielen Stränge sein, die sie letztlich zum Straucheln bringen werden. Dafür müssen wir nicht im Vorfeld und die ganze Zeit zusammenarbeiten, aber zusammenhalten, wenn wir angegriffen werden. Denn der Angriff gilt immer uns allen.“ (Flamme und Feuer, 03.07.2015)

Auffällig ist, dass die Autor\_innen Aspekte auf den Punkt bringen, die hier auch schon angesprochen wurden: eine Tendenz zur Aushebelung eigener demokratischer Ansprüche bzw. die wachsende Bedeutung des KoKreises sowie das Verfolgen einer Politik, die auf Verallgemeinerung und eine Strategie der Macht bzw. den Konflikt um den Staat zielt. Deutlich wird, dass – ob der Weg von Flamme und Feuer nun der richtige ist oder nicht, sei dahingestellt – auch andere Perspektiven auf politische Transformation gibt und Blockupy *einen* Weg eingeschlagen hat.

Das Blockupy-Bündnis machte in den Monaten danach auf seiner Linie weiter, zog aber aus Frankfurt aus und siedelte endgültig um nach Berlin. Betont wurde, dass nun eine Zeit der Reflexion anstehe, weitere Aktionen aber auch in Abhängigkeit von der kaum abschätzbaren „Krisendynamik“ stünden. Denkbar sei eine Mobilisierung zum Thema „Prekarität/Ungleichheit“ oder die Idee des ‚Sozialen Streiks‘ zu vertiefen (Blockupy, 22.05.2015). Die Krisendynamik sollte sich dann verschärfen: Der herbe Schlag des Juli 2015, als die EU-Kommission beschloss, Griechenland nicht entgegen zu kommen und stattdessen ein drittes Memorandum aufzuerlegen; der Wahlausgang in Spanien, wo Podemos 2015 und 2016 zwar kräftig zulegte, aber nicht regierungsfähig wurde; die linke Koalition in Portugal, die, wie auch SYRIZA in Griechenland, kaum Handlungsoptionen besitzt; der ‚Sommer der Migration‘ 2015, der zunächst in der ‚Willkommenskultur‘ aufging, dann aber umschlug in eine offene rassistische Kampagne seitens der AfD, in unzählige Brandanschläge auf Unterkünfte von Immigrant\_innen, das faktische Abriegeln der EU-Außengrenze, die geplanten und umgesetzten Migrationsabkommen mit der immer autokratischer werdenden Türkei oder Staaten Nordafrikas; die aufbrechenden sozialen Kämpfe in Frankreich im Sommer 2016 um die Arbeitsmarktreform; sowie der kommende Brexit etc. All dies veränderte den Aktionsraum von Blockupy und dessen Akteur\_innen und stellte diese vor neue Herausforderungen.

## **6. Vier Jahre Blockupy: Bündnisarbeit und die Politisierung der Krise**

Die Aufarbeitung der politischen Praxis von Blockupy zwischen 2012 und 2015 abschließend, wird nun Bilanz gezogen. Zuerst wird es um Verschiebungen und Lernprozesse gehen, dann wird der Versuch einer Bewertung des ‚Erfolges‘ unternommen. Hierbei wird es aber weniger darum gehen, Blockupys Einfluss auf die Debatten um die Krise in Deutschland und Europa zu bewerten, zumal die empirische Datenlage dies nicht zulässt, als den Bündnisprozess selbst zu verorten.

In Bezug auf die Verschiebungen und Lernprozesse sind vier Transformationslinien zu benennen, die erstens die Praxis, zweitens die inhaltliche Positionierung, drittens die Zielsetzung der kollektiven Organisation und viertens das öffentliche Auftreten von Blockupy betreffen.

Hinsichtlich des *ersten* Punktes, der Praxis von Blockupy, ist zu betonen, dass das Bündnis für sich stets in Anspruch nahm, „Bündnisarbeit mit ungehorsamen, konfrontativen Aktionen, die auf Massenbeteiligung zielen, zu verbinden, um so in den Skandal der Krisen- und Verarmungspolitik einzugreifen“ (Blockupy, 03.10.2013). Dies verdeutlicht, dass Blockupy seine Praxis in zweierlei Weise fasst: Kollektive Organisation und Bündnisarbeit sowie Massenaktion während der Aktionstage. Für letzteres ist von Relevanz – ersteres wird im Rahmen der Diskussion des Bündnisprozesses weiter unten angesprochen –, dass Blockupy mit der Aktionsform an die Erfahrungen früherer Bündnisse insb. der Gipfelmobilisierung für Heiligendamm 2007 anknüpfte (vgl. Block G8 2008). Jedoch, und dies hatte sich noch für die Georg-Büchner-Initiative, die im Herbst 2010 wichtige Banken in Frankfurt zu blockieren andachte, als Knackpunkt erwiesen, die Mobilisierung für Frankfurt musste ohne einen Gipfel oder einen von außen gesetzten Termin organisiert werden. Dass Blockupy sich diesen Schritt, ins Ungewisse zu gehen, zutraute, war Resultat des seit 2009 anhaltenden Prozesses der gegenseitigen Verständigung innerhalb der deutschen Linken. Gelegt wurde ein Grundstein an Vertrauen und inhaltlicher Kooperation, der für die gemeinsame Mobilisierung von Bedeutung war. Die zentrale Ermutigung, den Schritt zu gehen, kam aber von den globalen Protestereignissen des Jahres 2011. Diese gaben den alsbald in Blockupy organisierten Gruppen die Gewissheit, dass nun auch in Deutschland den europäischen Austeritätsprogrammen etwas entgegenzuhalten ist, und zwar mit Nachdruck. In der Form hat Blockupy mit den Aktionen des zivilen Ungehorsams, also mit gezielten und gewollten Gesetzesübertretungen wie dem Missachten von Demonstrationsverboten, der Besetzung von Plätzen, der Blockade der EZB, der Zeil, des Flughafens und weiterer Orte einen dezidiert konfrontativeren Kurs eingeschlagen und politischer Praxis auf der Straße an selbstgesetzten Orten und zu selbstbestimmten Zeitpunkten eine Perspektive geöffnet, die über die klassische Demonstration hinausgeht. Zentral war hierbei in all den Jahren das Ringen um die Legitimität der Aktionen des zivilen Ungehorsams bzw. um den Gewalt-Begriff mit den Stadt- und Landesbehörden. Auffällig ist der tiefe Graben, der sich zwischen Stadt und Polizei einerseits sowie Blockupy andererseits auftat. Denn während Blockupy ankündete, mit dem zivilen Ungehorsam blockieren und stören, aber keine Eskalation zu wollen, war für die Stadtverantwortlichen und Polizeibehörden klar, dass jeder Übertritt über das kodifizierte Recht des Strafgesetzbuches als Gewalt einzustufen ist. Diese divergenten Einschätzungen zu ein und derselben Praxis standen unvereinbar gegenüber und strukturierten weite Teile der Auseinandersetzungen um Blockupy. Blockupy war, und dies ist zentral, aber keineswegs lediglich Adressat des Gewaltvorwurfs, vielmehr ist festzustellen, dass das Bündnis um den produzierten Konflikt wohl wusste und den zu erwartenden Aufschrei seitens der Stadt- und Polizeibehörden in Bezug auf die eigene Aktionsankündigung nutzte, um die eigenen Positionen zu stärken und sichtbar zu machen. Der Konflikt um die Aktionsform selbst wurde also in Stellung gebracht, um den eigenen Positionen zur Krise eine Bühne zu errichten. Mit dem stoischen Festhalten an der eigenen Aktionschoreographie öffnete das Bündnis Möglichkeiten für eine aktivistische Intervention, machte die eigenen Positionen sichtbar und schlug eine Bresche für künftige Auseinandersetzungen.

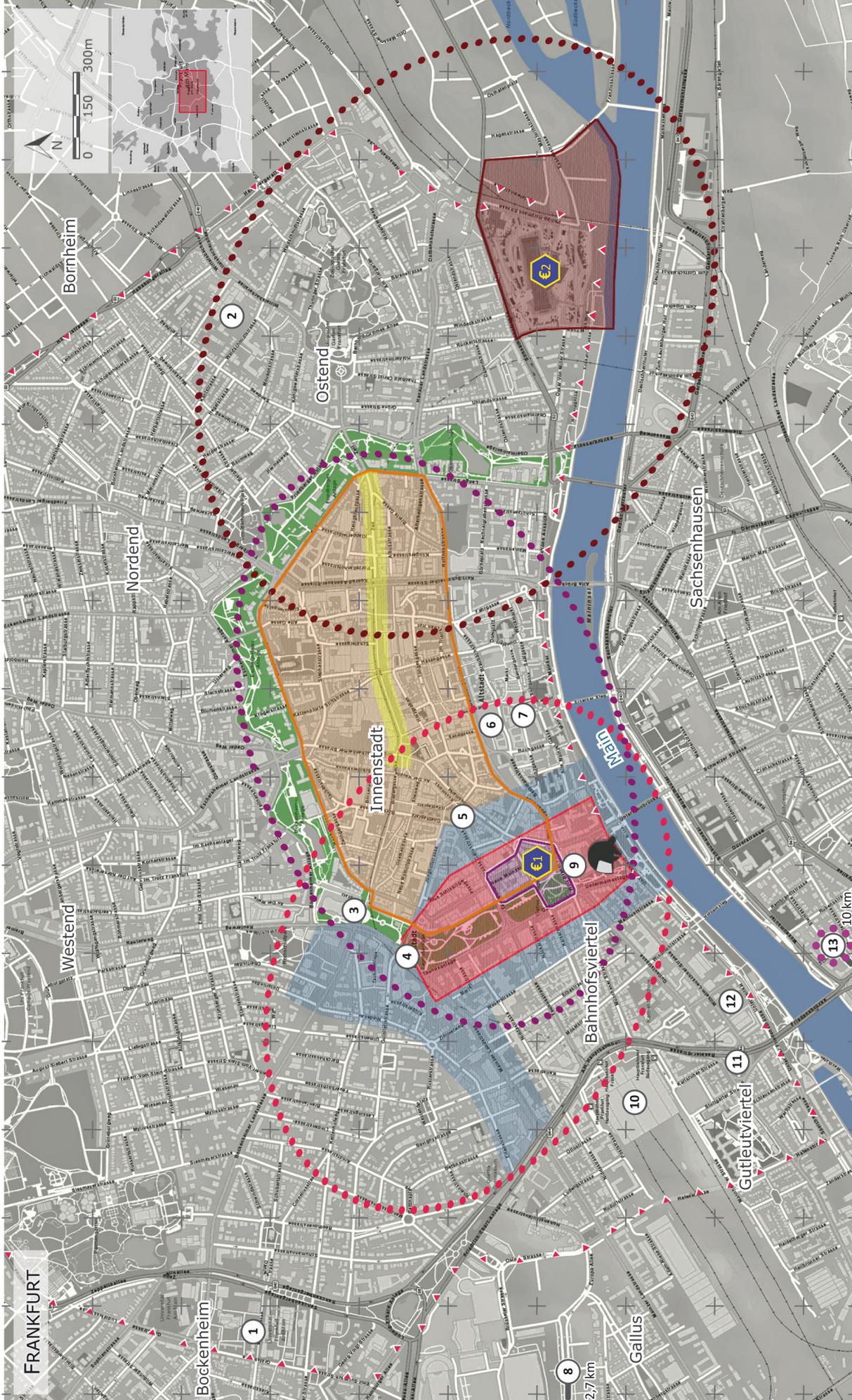
Während die dargelegten Aspekte zur Praxis für sämtliche Blockupy-Mobilisierungen Gültigkeit haben, sind *zweitens* inhaltlich zwischen 2012 und 2015 deutliche Verschiebungen auszumachen. So lag zu Beginn, als Blockupy sich im Frühjahr 2012 formierte, der Fokus noch stark auf dem Frankfurter Bankenplatz, dem Standort „vieler mächtiger deutscher Banken und Konzerne“ (Blockupy, 01.03.2012), die für die Krise 2007/08 (mit)verantwortlich gemacht wurden. Auffallend ist, dass in den Aufrufen für das Jahr 2012 Kapitalismus als Schlagwort nicht auftaucht. Betont wird lediglich, dass Blockupy sich gegen das europäische „Krisenregime“ wende und, analog zu den „Wir zahlen nicht für eure Krise“-Demonstrationen (vgl. 1), dass Blockupy es nicht zulassen werde, dass „weder anderswo, noch hier“ die

„Beschäftigten, Erwerbslosen, Pensionierten, Prekären, Studierenden, Flüchtlinge und viele andere“ für *ihre* Krise bezahlen werden (Blockupy, 01.03.2012). Dieses Bild ändert sich 2013, als die grundlegende Kritik an kapitalistischer Vergesellschaftung zum bedeutsamen Ankerpunkt für Blockupy wurde. Des Weiteren wird 2013 deutlicher als im Vorjahr die EZB und deren Rolle innerhalb der Troika thematisiert, womit zeitverzögert – denn diese Rolle hatte die EZB schon seit Mai 2010 inne – die Verschiebung der Krisendynamik auf der Ebene der EU weg von einer Krise des Finanzmarktes hin zu einer multiplen Krise der demokratischen Repräsentation, der Wirtschaftsweise und der sozialen Gerechtigkeit auch im Agieren Blockupys Niederschlag fand. Dies kulminierte in der Parole „Widerstand im Herzen des europäischen Krisenregimes“.

Über die Herz-Metapher wurde aber, und dies verdeutlicht die anhaltenden Auseinandersetzungen innerhalb des Bündnisses über die Bewertung der Krise, am entscheidenden Aktiventreffen im Februar 2013 intensiv gerungen (Beobachtungsprotokoll, 17.02.2013). Kritisiert wurde die Metapher vor allem dafür, dass sie noch zu stark auf den Bankenplatz fokussiere und suggeriere, dass der Kapitalismus ein adressierbares Herz habe. Entgegengehalten wurde, dass die Parole zwar pathetisch sei, sie aber vermöge, Identifikation zu schaffen, Protest zu verankern, Menschen anzusprechen und Solidarität zu schaffen. Eine ähnliche Debatte entbrennt am selben Treffen kurz darauf um die Frage, ob im Aufruf weiter vom Bankenplatz die Rede sein sollte, oder ob nicht besser vom Protest in der „Global City Frankfurt“ und gegen die EZB gesprochen werden sollte; beides mit dem Hintergedanken, die politische Gemachtheit der Krise stärker ins Zentrum zu rücken, anstelle diffus Banken anzusprechen.

Die Kritiker\_innen vermochten sich nicht durchzusetzen, doch ist in der Gesamtschau der Veröffentlichungen ab 2013 offensichtlich, dass ihr Anliegen durchaus aufgegriffen wurde. Deutlich wird dies nicht zuletzt in der räumlichen Dimension der Proteste (vgl. Karte Frankfurt, S. 46): Noch 2012 rief Blockupy dazu auf, „EZB und Bankenviertel“ mittels zivilem Ungehorsam lahmzulegen (Blockupy, 05.2012). Ein Jahr später taucht das Bankenviertel nicht mehr auf (Blockupy, 21.04.2013), stattdessen wird der gesamte Stadtraum von Zeil, über Investmentunternehmen, konkrete Banken und den Frankfurter Flughafen mit jeweils spezifischen, an diesen Orten vollzogenen Praxen adressiert, um die „Proteste gegen die Krisenakteure und Profiteure im kapitalistischen Alltag“ sichtbar zu machen (Blockupy, 10.04.2013). Für die letzten Aktionstage in Frankfurt im März 2015 rücken die neu gebauten Doppel-türme der EZB in den Fokus. Dies zumal der EZB-Bau „mit seiner einschüchternden Architektur der Macht [...] deutlich die Distanz zwischen den politischen und ökonomischen Eliten und den Menschen“ zeige, so Blockupy (23.11.2014). Gleichzeitig war es 2015 weniger als in den Vorjahren nötig zu begründen, warum die Proteste in Frankfurt angebracht seien, es stand schließlich ein Termin an, den die EZB gesetzt hatte; stattdessen verlagerte Blockupy seine Bemühungen dahingehend zu erklären, warum die EZB ein wichtiger Adressat der Kritik an der europäischen Krisenbewältigung sei (Blockupy, 23.11.2014; 29.01.2015; Blockupy PM, 16.03.2015; Sablowski & Schneider 2013).

Was den *dritten* Punkt betrifft, wird deutlich, dass es Blockupy immer mehr nicht alleine darum ging, Widerspruch zu formulieren, sondern als Akteurin mit einer eigenen positiven Identität sprechfähig zu werden. Die Phase zwischen den Aktionstagen Ende Mai 2013 und den Protesten gegen die Eröffnung des EZB-Neubaus im März 2015 war hierfür von besonderer Bedeutung, weil das Bündnis die Zeit für verschiedene inhaltliche Veranstaltungen und Treffen nutzen konnte. Insb. aus der Konferenz 2013 ging der Versuch hervor, ein Positives zu formulieren. Das Bündnis fand dies in den drei Schlagworten *Commons*, *Democracy* und *Solidarity*. Wirklich aufgegriffen wurden diese Begriffe aber nur im Zuge der europäischen Aktionstage im Mai 2014; ansonsten gerieten sie alsbald wieder in Vergessenheit. Diese Schlagworte vermochten keine längerfristige Programmatik der kollektiven Organisation zu schaffen, und so stellt sich die Frage, was diese Funktion an deren Stelle übernahm. Jenseits des Neins gegen die Austerität sowie des Willens, diesen Ausspruch auch in und durch Praxis auf der Straße zu



- Wallanlagen
- Wasser
- Bankenviertel
- Zentrum Einzelhandel
- EinkaufsstraÙe Zeil
- 2012 ungefähre Sperrzone um EZB
- 2013 ungefähre Sperrzone um EZB
- 2015 ungefähre Sperrzone um EZB
- 2012 Kernbereich Blockupy-Aktionen des zivilen Ungehorsams
- 2013 Kernbereich Blockupy-Aktionen des zivilen Ungehorsams
- 2015 Kernbereich Blockupy-Aktionen des zivilen Ungehorsams
- 2012 Aufenthaltsverbot nach Platzverweis
- 1. Juni 2013 Polizei-Kessel HofstraÙe
- Sitz der EZB 1998-2014
- Sitz der EZB seit Nov. 2014
- 1 Kernbereich Blockupy-Camp 2013
- 2 Naosshallen
- 3 Opernplatz (Alte Oper)
- 4 S-Bahnstation Taunusanlage
- 5 Studierendehaus, Café Koz / Uni-Campus Bockenheim
- 6 Paulskirche
- 7 Römer (Stadtparlament)
- 8 Rebstockpark (Blockupy-Camp 2013)
- 9 Willy-Brandt-Platz
- 10 Hauptbahnhof
- 11 Baseler-Platz
- 12 Gewerkschaftshaus
- 13 Flughafen



untermalen, ist es dann gerade die latent schwelende Debatte darum, ob Blockupy sich stärker in die lokalen Kämpfe einschreiben oder den Weg in Richtung Organisation europäischer Gegenmacht gehen müsse, die leitend wurde. Spätestens ab Herbst 2014, als Blockupy sich selbst als europäisches Bündnis darstellt, und sehr deutlich in den Diskussionen im Vorfeld der Proteste gegen die Eröffnung der EZB im März 2015 setzten sich jene Kräfte durch, die die Machtfrage in Europa stellen wollten. Damit wird Blockupy ein klar europäisches Projekt und die lokale Perspektive sowie die innenpolitische Dimension der Austerität in Deutschland treten in den Hintergrund. Konfliktfrei war dieser Prozess allerdings nicht und die Folge war eine schleichende Entdemokratisierung des Bündnisses. KoKreis und internationale KoGruppe gewannen an Bedeutung, die Entscheidungskompetenzen des Aktiventreffens, der eigentlichen Legislative Blockupys, wurden im Trubel des Alltagsgeschäftes immer kleiner.

*Viertens* ist das öffentliche Auftreten hervorzuheben, das von einer wachsenden Sprechfähigkeit des Bündnisses sowie einer auffälligen Professionalisierung gekennzeichnet ist. Gegen außen trat Blockupy stark auf und verfasste allein im Jahr 2012 an die 25 Pressemitteilungen, ein Jahr später waren es schon deren 30, 2014, obwohl keine zentralen Aktionstage stattfanden, deren 29 und in den ersten fünf Monaten 2015 ganze 24. Das Bündnis war stets ansprechbar und agierte in der digitalen Welt mittels einer attraktiven Homepage sowie einer starken Präsenz in den sozialen Medien. Dem Bündnis gelang es so, seine Veranstaltungen medienwirksam zu platzieren und in diesen auch präsent zu sein. Blockupy positionierte im Laufe der Jahre die eigenen Veranstaltungen nebst den Aktionstagen immer deutlicher in einer Weise, die klar darauf verwies, dass das Bündnis als außerparlamentarische Kraft ernstgenommen werden will und eine klare Position zur Krise in Deutschland, aber auch Europa hat.

Nach der Darstellung dieser vier Transformationslinien ist es nun möglich, den Prozess der Bündnisbildung selbst zu befragen. Zu betonen ist, dass die Praxis von Blockupy, nebst der zuvor dargestellten inhaltlichen Verschiebungen, klar darauf abzielte, den Prozess der Verknüpfung überhaupt zu ermöglichen, um die lange Tradition der politischen Spaltung zumindest in einem Teil der Linken überwinden zu können; bzw. zumindest die sehr heterogenen Positionen innerhalb des Bündnisses zu verbinden. Immer wieder wird hervorgehoben, dass Blockupy gerade hinsichtlich der Bündnisarbeit große Erfolge erzielen konnte. Die Rede ist von der Produktion einer „lebendigen Dynamik“ sowie eines „tragfähigen Bündnisses“ (Blockupy, 24.06.2012; vgl. Blockupy, 02.2013; 30.05.2015). Festzuhalten bleibt indes, dass Blockupy – obwohl das Bündnis sich durchaus bemühte – im Spektrum der außerparlamentarischen Linken verharrte. Einzig die Partei Die Linke und die Grüne Jugend begab sich explizit in die Bündnisarbeit, Gewerkschaften und das linke Spektrum der SPD sowie der Grünen blieben aber abgesehen von einzelnen interessierten Personen weitestgehend fern. Für den ‚Erfolg‘ von Blockupy ist insofern zu festzuhalten, dass das Bündnis es nicht geschafft hat, den Widerspruch gegen die deutsche Krisenpolitik zu verallgemeinern und damit auch einen anderen Umgang mit der europäischen Schuldenkrise als Austerität durchzusetzen – die eroberten Plätze waren marginal. Gelungen ist aber klarzustellen, dass es auch in Deutschland Menschen gibt, die mit der durch die Troika durchgesetzten „Verarmungspolitik“ nicht einverstanden und gewillt sind, an einem ‚Europa von unten‘ mitzuwirken (vgl. Blockupy, 01.03.2012; 22.04.2013; 23.11.2014). Zumindest geöffnet wurde damit ein Diskussionsraum, der zuvor schier inexistent schien. Woran das Blockupy-Bündnis also mitgewirkt hat, war die Öffnung eines Feldes des Möglichen, die konkrete Konstruktion einer linken Alternative zu der ‚autoritären EU von oben‘. Die Rückmeldungen der internationalen Aktivist\_innen bei den Aktionskonferenzen und Aktiventreffen können so verstanden werden, dass dieses Signal für die kollektive Praxis in ihren lokalen Auseinandersetzungen von Bedeutung war und sie anregte, weiterzumachen. In dieser Hinsicht war Blockupy sicherlich erfolgreich. Als klarer Erfolg der Bündnisarbeit kann zudem gewertet werden, dass es Blockupy gelang, die sehr unterschiedlichen Positionen innerhalb der außerparlamentarischen Linken bezüglich der Antworten auf die Krise in einen Dialog zu bringen, der weit über das

alleinige Organisieren von Aktionstagen hinaus geht und dies an sich ist in Anbetracht der Situation, von der aus 2009 gestartet wurde (vgl. Vey 2015), eine große Leistung.

Es ist in und durch die Arbeit im Bündnis gelungen, gemeinsame inhaltliche und praxisorientierte Positionen zu entwickeln, die sich als tragfähig erwiesen haben. Auf der lokalen Ebene in Frankfurt hat das Bündnis, obwohl nicht unmittelbar intendiert, Spuren hinterlassen und langfristig den Pfad für Kooperationen geöffnet, die vor wenigen Jahren kaum möglich schienen. Wenn auch Blockupy die transnationale Dimension der eigenen Politik zentraler setzte, hat die gemeinsame Praxis, das gemeinsame politische Tun vor Ort in Frankfurt zusammenführend gewirkt. So ist nicht nur eine gestärkte inhaltliche Verbindung der einzelnen im Bündnis organisierten Gruppen auszumachen, sondern das solidarische Aufeinander-Beziehen gelang auch im Rahmen der gemeinsamen Praxis an den Aktionstagen. Der in Deutschland wohlbekannte Hebel, politische Bündnisse in ‚gute‘ Friedliche und ‚böse‘ Gewaltbereite zu trennen, um sie zu spalten, ging schlicht nicht auf (Mullis et al. 2016: 55f.) – Grund dafür waren wesentlich die jeweils vereinbarten Aktionskonsense (vgl. Blockupy, 05.2012; 21.04.2013; 01.03.2015). Was das Blockupy-Bündnis hier vollbrachte, ist in der jüngeren Geschichte der in Deutschland formierten Bündnisse der Linken – sei dies zur Mobilisierung gegen Gipfeltreffen oder Naziaufmärsche – ein Novum (vgl. Block G8 2008: 37): Blockupy vermochte zu bestehen und anstelle eines aktionsbezogenen punktuellen Zusammenschlusses entwickelte sich ein gemeinsames Projekt.

## **7. Deutschland im Herbst 2016 – Anmerkungen für eine emanzipatorische Politik**

Zu Beginn des Arbeitspapiers stand der Bruch, der durch die politischen Auseinandersetzungen des Jahres 2011 von *Arabischem Frühling*, *Indignados* und *Occupy* erzeugt worden war. Mit den Ereignissen erwuchs die Gewissheit, dass mittels Politik im Hier und Jetzt radikale Transformationsprozesse eingeleitet werden können und so brachten sie für viele, die sich das Ende des neoliberalen Projektes wünschten, Hoffnung und Zuversicht auf politische Verschiebungen mit sich. Die gesellschaftlichen Gefüge in Europa schienen in Bewegung gekommen zu sein. Die Geschichte belehrt einen eines Anderen. In Griechenland, Portugal und Spanien konnte die Umsetzung der Memoranden trotz Massenprotesten und Verarmung nicht gestoppt werden. Das im Juli 2015 mit Griechenland verabschiedete dritte Memorandum der Troika, die nun ein Quartett aus europäischer Kommission, EZB, IWF und Europäischer Stabilitäts-Mechanismus (ESM) ist, nahm der seit Januar 2015 in Griechenland amtierenden linken Regierung faktisch jede Handlungsmöglichkeit, um mit der Austerität wirklich zu brechen. Das OXI-Referendum des 5. Juli 2015 war bereits zwei Wochen später Makulatur und die Versprechen von SYRIZA lösten sich in Luft auf.

Deutschland hingegen geht mit einem historischen Hoch der Beschäftigungszahlen und einem deutlichen Zuwachs an politischem Gewicht in Europa aus der Krise hervor. Der Erfolg aber ist fadenscheinig: Die Arbeitsverhältnisse werden prekärer, der Niedriglohnsektor wächst und über die Politik der schwarzen Null sowie Schuldenbremsen wird auch die Austerität im Inneren weiter vorangetrieben. Insgesamt wird deutlich, so Oliver Nachtwey (2016) in seinem jüngst erschienen Buch „Abstiegsgesellschaft“, dass der Traum vom sozialen Aufstieg trotz Boom für viele ausgeträumt ist. Blockupy bemühte sich, die Entsolidarisierung anzugehen und soziale Gerechtigkeit sowie demokratische Teilhabe zu fordern. Jedoch fand das Bündnis im politischen Establishment kaum Gehör. Anders erging es jenen, die angesichts der Flüchtlingsströme des Sommers 2015 vor Überfremdung warnten und rassistischen Hass schürten. Immer wieder wurde festgestellt: Die Sorgen der kleinen Leute seien berechtigt, und die Politiker\_innen müssten sich darum kümmern. Oder, wie es Vizekanzler Sigmar Gabriel (SPD) anlässlich einer Dialogrunde mit PEGIDA-Anhänger\_innen im Januar 2015 darlegte: „Ich würde jetzt auch nicht mit Organisatoren reden, die im Neonazi-Raum stehen. Aber mit den Menschen, die dort hingehen,

die Sorgen haben, und die verärgert sind über die Politik, natürlich muss man mit denen reden.“ (Gabriel zit. nach Böhm, 24.01.2015) Nicht, dass das Blockupy-Bündnis darauf gehofft hätte, aber auf ähnliche Äußerungen warteten die im März 2015 erneut rund 20.000 Demonstrant\_innen vor dem Neubau der EZB in Frankfurt vergebens – was doch Schlüsse auf das politische Klima im Lande ziehen lässt. Als die selbsternannten Retter des Abendlandes vor der Islamisierung immer mehr Zulauf erhielten, die AfD von Wahlerfolg zu Wahlerfolg schritt und die Flüchtlingsunterkünfte zu hunderten brannten, fehlte jegliche Möglichkeit wirklich zu antworten bzw. plötzlich schien es gar innerhalb von Teilen der SPD und von Die Linke opportunistisch, Obergrenzen der Zuwanderung zu fordern. Die Lehren aus dem in der Schweiz mittlerweile 20 Jahre anhaltenden Rechtsrutsch wurden offensichtlich nicht gezogen: Zugeständnisse an die Schweizer Volkspartei (SVP) und deren Forderungen haben nie zu einer Mäßigung deren geführt; im Gegenteil, die gesamte Parteienlandschaft sowie Gesellschaft sind nach rechts gerutscht (Skenderovic & D’Amato 2008); ähnliches ist bereits jetzt auch in Deutschland spürbar.

David Harvey scheint recht zu behalten. Schon kurz nach dem Finanzcrash 2007/08 schrieb er, „am Ende dieser Krise wird keine Krise der Kapitalistenklasse stehen; diese Klasse wird vielmehr weit stärker aus der gegenwärtigen Krise herauskommen als aus früheren“ (Harvey 2009: 37). Viele hatten 2007/08 vom Ende des Neoliberalismus gesprochen und darüber nachgedacht, was an seiner Stelle kommen könnte. Auf sonderbare Weise hat sich die hegemoniale Formation des neoliberalen Projektes aber wieder erholt (Crouch 2011): Der Neoliberalismus hat als Projekt seine Legitimation verloren, den Eliten ist es aber gelungen, ihn am Leben zu erhalten. Anders als in den 1980ern und 90ern, als sich dessen Befürworter\_innen zumindest auf ein gesellschaftliches Projekt und das Versprechen des Wohlstandes stützen konnten, ist dieses Positive – wenn es denn nicht immer ein leeres Versprechen war – endgültig abhandengekommen. Jamie Peck (2010) spricht treffend vom „Zombie Neoliberalism“. Der Verlust von Glaubwürdigkeit betrifft aber auch das Projekt der EU. Vorgeworfen wird ihr Intransparenz, Demokratieversagen und autoritäres Gehabe, weshalb die Union ihren Zuspruch weitestgehend eingebüßt hat. Ausgemacht werden können drei Strategien, wie auf diese Krise reagiert wird: erstens Augen zu und durch, wie es die EU-Kommission zu praktizieren scheint; zweitens, ein linkes Projekt des Europas von unten, wie dies im Zuge der Krisenproteste skizziert wurde; und drittens, die Rückkehr zu Nationalismus und Abschottung, wie es PEGIDA, AfD und die erstarkten Parteien der extremen Rechten in Frankreich, Finnland, den Niederlanden, Österreich, Polen oder Ungarn lauthals fordern.

Die Weltlage und Entwicklungen in Europa bieten im Jahr 2016 ernsthaft Grund zur Sorge. So ist die Aufarbeitung der Krisenproteste leider auch die Aufarbeitung einer Geschichte der Enttäuschungen. Die auf soziale Gerechtigkeit und demokratische Teilhabe gerichteten Bestrebungen der letzten Jahre – so muss konstatiert werden – sind in weiten Teilen im Leeren verlaufen bzw. sie wurden offensiv unterbunden. Antworten auf die Frage ‚Wie weiter mit einer emanzipatorischen Perspektive?‘ sind sodann alles andere als einfach. Abschließende Antworten sind hier nicht zu erwarten. Fünf Punkte, die mehr oder weniger direkt aus der Reflexion der diesem Arbeitspapier zu Grunde liegenden Doktorarbeit entspringen, können dennoch formuliert werden.

*Erstens*, die EU steckt noch immer in einer tiefen sozialen, ökonomischen und demokratischen Krise. Die Rede von Erholung und Stabilisierung ist schlicht nicht haltbar. Die Euro-Krise mitsamt dem europäischen Ungleichgewicht der Wirtschaftsleistungen ist nicht gelöst; die Brit\_innen haben am 23. Juni 2016 für den Brexit votiert und werden früher oder später die EU verlassen; und ganz offensichtlich überfordert der Zustrom von Flüchtlingen den Gemeinschaftssinn der EU, aber auch jenen innerhalb der einzelnen Staaten bei weitem. Vieles wäre hierzu zu sagen, an dieser Stelle geht es aber lediglich um einen Punkt: So ist festzustellen, dass seitens der Deutschen Regierung die Desintegration der EU erst im Kontext der „Flüchtlingskrise“ und Brexit offen thematisiert wird. Hintergrund dessen ist die offene Ablehnung des Appelles von Angela Merkel, die Aufnahme der Flüchtlinge in Europa als gemeinsame Aufgabe zu verstehen. Xenophobie und Rassismus sind die eine Seite dieser Zurückweisung; die andere,

dass es gerade die deutsche und europäische Austeritätspolitik war, die wesentlichen Anteil an der Aushöhlung des kollektiven Verständnisses von Europa hatte. Die Beschleunigung der Desintegrations-effekte, die aktuell zu beobachten ist, ist also nicht auf das Öffnen der deutschen Grenzen für die in Budapest gestrandeten Flüchtlinge im Herbst 2015 zu datieren, sondern auf Mai 2010, als beschlossen wurde, mit harter Austerität gegen die Länder vorzugehen, die stärker von der Krise betroffen waren und klar kommuniziert wurde: von dieser EU, von diesem Deutschland ist in Zeiten der Not kein Beistand zu erwarten. Der Erzählung, dass Flüchtlinge und Migration verantwortlich für die aktuelle Krisendynamik seien, gilt es dringend entgegenzutreten, denn sie sind der Boden, auf dem Fremdenhass prächtig gedeiht. Explizit also: Die Krise der EU ist keine der Migration und Flucht, wie es CDU/CSU und AfD gerne glauben machen würden, sondern eine Krise des Mangels an politischer Integration, Austerität und Renationalisierung.

*Zweitens*, und dies ist ein Aspekt, der Hoffnung machen sollte, Politik ist zurück. Viel wurde in den letzten Jahren über *Postdemokratie*, *Postpolitik*, *Neoliberalisierung* etc. geschrieben und der Befund war in Bezug auf politische Auseinandersetzungen in etwa immer der gleiche: wir beobachten die Verminderung demokratischer Aushandlungsmöglichkeiten sowie die Refeudalisierung von Entscheidungsprozessen. Womöglich ist es nun an der Zeit, weniger die Statik der Situation sowie deren Herrschaftseffekte zu betonen, sondern stattdessen den Blick stärker auf die stattfindenden Auseinandersetzungen zu lenken. Denn auch wenn die linken politischen Kämpfe der letzten Jahre erstmal nicht erfolgreich waren, im Sinne, dass Regierungspolitik oder gar die Bedingungen des Regierens selbst verändert worden wären, so zeigt sich doch, dass eine Ausweitung politischer Praxen stattgefunden hat und grundlegende gesellschaftliche Fragen thematisiert wurden. Soziale Gerechtigkeit, ökologischer Umbau, neoliberaler Wettbewerb und gar Kapitalismus werden plötzlich wieder diskutiert. Im Zuge dessen wurde das starre Dogma der Alternativlosigkeit zur aktuellen neoliberalen Regulierung der Krise aufgeweicht. Das Plädoyer, weniger über *Postpolitik* als über Kämpfe zu reden, soll nicht als Behauptung missverstanden werden, dass die eingerichteten Institutionen des Staates und der Ökonomie flexibler geworden wären. Denn in letzter Instanz wird seitens der Eliten immer noch vielfach so agiert, als gäbe es den Widerspruch nicht; sicher ist aber, dass ihnen die gesellschaftliche Einhegung ihrer hegemonialen Formationen nicht mehr unmittelbar gelingt und dies bedeutet im Vergleich zu vor 2007/08 eine deutliche Erweiterung von Möglichkeitsfenstern für politische Praxen. Umkämpftheit kann aber auch das Erstarken von hegemonialen Formationen bedeuten, die mit einem Projekt der Emanzipation unvereinbar sind. Eine wichtige Aufgabe einer gesellschaftlichen Linken ist daher, die Konflikte aufzugreifen, emanzipatorische Bestrebungen auf allen Ebenen zu unterstützen und zu vertiefen – denn weitere Auseinandersetzungen folgen bestimmt und wie gezeigt wurde, waren die politischen Praxen partiell erfolgreich; an diese kollektiven Erfahrung der direkten Solidarität und Kooperation lässt sich anknüpfen.

*Drittens* wird versucht, über die Bedingungen des Erfolges nachzudenken und die untersuchten Auseinandersetzungen dahingehend zu befragen, in welchen Fällen es gelang, politisch wirksam zu intervenieren und Verknüpfungen zu verbreitern, lassen sich – eher auf der Grundlage der Betrachtung der Krisenproteste in Athen, die hier nicht dargestellt wurden, in der Doktorarbeit aber neben Blockupy zentral sind – zumindest drei verschränkte Aspekte benennen. Diese lassen sich in den Schlagworten Alltäglichkeit, Entindividualisierung und fassbare Adressaten zusammenzufassen. Es scheint, als wären die Bewegungen gerade dann in der Lage gewesen Mehr zu werden, wenn sie mit ihren Artikulationen für die zu politisierenden Subjekte Anschlüsse schafften, die mit den jeweiligen Lebensrealitäten konkret und direkt verbunden waren, wenn also ganz spezifische Erfahrungen der alltäglichen Lebenswelt adressiert wurden. Dies alleine reichte aber noch nicht. Denn die Erfahrung von Unrecht alleine bringt keine Politik hervor; es bedarf des Gefühls, nicht alleine damit zu sein, es bedarf eines Verständnisses von Kollektivität, das erlaubt den Konflikt gemeinsam zu tragen. In Zeiten der neoliberalen Vereinzelung und der ständigen Behauptung des individuellen Glücks ist wohl gerade die Produktion von Gesell-

schaft als kollektive Erfahrung des sich solidarischen Unterstützens und der Enthebung aus der Isolation eine zentrale Aufgabe. Gleichzeitig scheint eine politische Praxis, die darauf zielt, mit der herrschaftlichen Ordnung von Gesellschaft in Konflikt zu treten, nicht ohne fassbare Adressat\_innen der Kritik auszukommen: Der Slogan des M18-Bündnis für den Protest gegen die Eröffnung des EZB-Neubaus „Face the Players, Fight the Game“ trifft die zu leistende Verknüpfungsarbeit aus abstrakter Kritik und je spezifischer Ansprache von handelnden Subjekten ohne Zweifel sehr gut.

*Viertens*, Emanzipation ist ein Prozess der raum-zeitlichen Diskontinuität und somit kein linearer, sondern ein pluraler Prozess von fragmentierten Verdichtungen simultaner Erfolge und Niederlagen, die beharrlich verknüpft Gesellschaft transformieren. Eine emanzipatorische alternative hegemoniale Formation, die Herrschaft und Ausbeutung grundlegend angehen will, kann sodann immer nur eine der konflikthaftern Gleichheit und Vielfalt sein. Dies bedeutet, dass Erfolge oftmals nur schwer abzuschätzen sind, denn die Wirksamkeit eines pluralen Feldes von Kämpfen, das in loser Verknüpfung und wechselseitiger Beziehung Gesellschaft egalitär zu verändern versucht, ist nur selten in der Lage, die Machtfrage im Staat unmittelbar zu stellen. In vielen linken Debatten erwächst aus dieser Feststellung das Bedauern, dass es an der Einheit der Linken mangle. Wird Politik jedoch als pluraler und konflikthafter Prozess ernstgenommen, dann ist das Konstatieren des Mangels der Einheit nicht Teil der Lösung, sondern selbst Teil der Schwäche aktueller emanzipatorischer Projekte. Anstatt die unterschiedlichen Kämpfe *in* ihrer Vielzahl als gemeinsames Projekt zu verstehen, wird jedem einzelnen politischen Konflikt ein Mangel an Schlagkraft und Durchsetzungsfähigkeit attestiert. Damit wird die eigene Niederlage zu einer selbst-erfüllenden Prophezeiung: alles andere als *das eine Projekt* ist ungenügend, da dies aber nicht in Sicht ist, ist der eigene Misserfolg vorprogrammiert. Wovor wir stehen, ist eine andauernde Selbstschwächung emanzipatorischer Praxis. Hinzu kommt, dass ein linkes Projekt, will es vor sich selbst das Gesicht nicht verlieren, sein Glück nicht in der *einen*, alles bündelnden *großen* hegemonialen Formation finden wird. Die einzige wirkliche Perspektive für eine linke Praxis ist demnach, anzubieten, gemeinsam den Weg in Richtung kollektiver Solidarität und Selbstermächtigung, entgegen der Vereinzelung und Ausbeutung, zu gehen. Anstelle des fertigen *Ziels* sollte der *gemeinsame Weg* beworben werden, wobei es zu vermitteln gilt, welche Perspektiven eine sozial gerechtere, demokratischere und pluralistischere Welt für jede und jeden bieten kann. Es gilt offenzulegen, dass ein emanzipatorisches Projekt gemeinsam erschaffen werden muss und es nicht alleine in Wahlen errungen werden kann.

*Fünftens* und abschließend, sind die ins Feld geführten Argumente nicht als ein Plädoyer gegen die Formierung bündelnder Formationen wie etwa Parteien oder übergreifende Bündnisse zu verstehen – nicht selten vermögen diese, wichtige Beiträge für politische Kämpfe zu leisten. Jedoch wird deutlich, wie recht Nicos Poulantzas (2002 [1978]: 278-294) hatte, als er über den Staat und die Relation von Parteien mit Bewegungen nachdachte. Parteien, egal wie bewegungsnah sie sich geben, stehen vor dem Problem, dass sie, spätestens wenn sie gewählt werden, Teil des Staates sind und somit selbst Bestandteil eben jener Relationen werden, die sie womöglich zu verschieben versuchen. Viel stärker als außerparlamentarische Bewegungen sind Parteien somit an die Logik der Herrschaft gebunden. Sie müssen Spielregeln einhalten, die durch die Institutionalisierung von Regieren klar vorgegeben sind. Der Staatsapparat wirkt disziplinierend. So ist in der Beziehung zwischen Parteien und außerparlamentarischen Bewegungen notwendig ein Spalt einzuziehen; und zwar genau dort, wo sich eine Partei der Regierungsrationalität unterwirft und Verhandlungen über das eigene Projekt eingeht, die womöglich von den stützenden Bewegungen bzw. der Parteibasis nicht getragen werden. Sollen Projekte wie SYRIZA oder Podemos erfolgreich sein und einen fragmentierten, aber kollektiven Prozess der Emanzipation einleiten, müssen zwei Bedingungen erfüllt sein: Erstens, die Partei bleibt im Grundsatz eine Bewegungspartei, was heißt, dass sie vom Grundgestus her auch in sensiblen Fragen des Regierens für Interaktion auf Augenhöhe mit politischen Bewegungen offen bleibt, was einen gewissen selbstauferlegten Machtverzicht bedingt. Dies führt zur zweiten Bedingung: Parteien werden dieses Entgegenkommen auf Grund

der Logik des Staates und der eingeschriebenen Perspektive des Regierens diese Offenheit nicht von alleine bewerkstelligen. Es bedarf starker außerparlamentarischer Bewegungen, die auch fähig sind, die Auseinandersetzungen mit Parteien zu führen und die Offenheit auch faktisch anzunehmen. Parteien können diesen Prozess selbst aber unterstützen, indem sie außerparlamentarische Bewegungen den Zugang zu Ressourcen ermöglichen, ohne bis ins Letzte Linientreue zu verlangen.

## Bibliographie

- Azzellini, Dario (2014): Ein Epochenbruch. Die neuen globalen Proteste zwischen Organisation und Bewegung. In: *Prokla*, 44(4), S. 495–512.
- Belina, Bernd (2013a): Germany in Times of Crisis: Passive Revolution, Struggle over Hegemony and new Nationalism. In: *Geografiska Annaler: B*, 95(3), S. 275–285.
- Belina, Bernd (2013b): What's the Matter with Germany? On Fetishizations of the Euro Crisis in Germany's Public Discourse, and their Basis in Social Processes and Relations. In: *Human Geography*, 6(2), S. 26–37.
- Bergmann, Ronja (2012): Ausnahmezustand am Main. Proteste gegen die europäische Krisenpolitik unerwünscht. In: *Forum Recht*, 03/12, 164f.
- Bieling, Hans-Jürgen (2011): Vom Krisenmanagement zur neuen Konsolidierungsagenda der EU. In: *Prokla*, 41(2), S. 173–194.
- Birke, Peter & Max Henninger (Hg.) (2012): *Krisen Proteste. Beiträge aus Sozial.Geschichte online*. Berlin/Hamburg, Assoziation A.
- Bischoff, Joachim; Frank Deppe; Richard Detje & Hans-Jürgen Urban (Hg.) (2011): *Europa im Schlepptau der Finanzmärkte*. Hamburg, VSA.
- Block G8 (2008): „Chef, es sind zu viele...“. *Die BLOCK-G8-Broschüre*. Lübeck, Eigenverlag.
- Brunetti, Aymo (2011): *Wirtschaftskrise ohne Ende? US-Immobilienkrise, globale Finanzkrise, europäische Schuldenkrise*. Bern, hep.
- Burschel, Friedrich; Andreas Kahrs & Lea Steinert (Hg.) (2014): *Ungehorsam! Disobedience! Theorie & Praxis kollektiver Regelverstöße*. Münster, edition assemblage.
- Butterwegge, Christoph (2015): *Hartz IV und die Folgen. Auf dem Weg in eine andere Republik*. Weinheim/Basel, Beltz Juventa.
- Candeias, Mario & Eva Völpel (2013): *Plätze sichern! Über Occupy, Indignados, Syntagma und die Lernfähigkeit des Mosaik*. Hamburg, VSA.
- Clarke, Adele E. (2005): *Situational Analysis. Grounded Theory after the Postmodern Turn*. Thousand Oaks/London/New Delhi, Sage.
- Crouch, Colin (2011): *The Strange Non-death of Neoliberalism*. Cambridge, Polity Press.
- Demirović, Alex & Thomas Sablowski (2012): Finanzdominierte Akkumulation und die Krise in Europa. In: *Prokla*, 42(1), S. 77–106.
- Demirović, Alex (2013): Multiple Krise, autoritäre Demokratie und radikaldemokratische Erneuerung. In: *Prokla*, 43(2), S. 193–215.
- Dietrich, Helmut (2012): Die tunesische Revolte als Fanal Kommentar und Chronik. 17. Dezember 2010-14. Januar 2011. In: Birke, Peter & Max Henninger (Hg.): *Krisen Proteste. Beiträge aus Sozial.Geschichte online*. Berlin/Hamburg, Assoziation A, S. 39–77.
- Eicker-Wolf, Kai & Klemens Himpele (2011): Die Schuldenbremse als politisches Projekt. In: *Prokla*, 41 (2), S. 195–212.
- Harvey, David (2009): Der Finanzstaatstreich. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 54(7), S.37-47.
- Huke, Nikolai (2015): Ein Sekt auf die Partei und dann zur EZB. In: *Analyse & Kritik*, Nr. 602, 25f.
- Jäger, Johannes & Elisabeth Springler (Hg.) (2015): *Asymmetric Crisis in Europe and Possible Futures*. Critical Political Economy and Post-Keynesian Perspectives. New York, Routledge.
- Kiesow, Julia (2015): *Wirtschaftskrisen in Deutschland. Reaktionsmuster von Vetospielern und Agendasetzern*. Stuttgart, Springer VS.
- Klein, Naomi (2007): *The Shock Doctrine*. London, Penguin Books.
- Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V. (Hg.) (2014): *Blockupy 2013. Der Frankfurter Polizeikessel am 1. Juni 2013*. Bericht zur Demonstrationsbeobachtung vom 30. Mai bis 1. Juni 2013. Köln, Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V.
- Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V. (Hg.) (2015): *Blockupy: Demonstrationsbeobachtung am 18. März 2015*. [www.grundrechtekomitee.de](http://www.grundrechtekomitee.de), visited: 06.05.2015.
- Laclau, Ernesto & Chantal Mouffe (2006 [1985]): *Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus*. Wien, Passagen.
- Lefebvre, Henri (1991 [1974]): *The Production of Space*. Oxford, Blackwell.
- Mörtenböck, Peter & Helge Mooshammer (2012): *Occupy. Räume des Protests*. Bielefeld, transcript.
- Mullis, Daniel; Bernd Belina; Tino Petzold; Lucas Pohl & Sebastian Schipper (2016): Social Protest and its Policing in the „Heart of the European Crisis Regime“. The Case of Blockupy in Frankfurt, Germany. In: *Political Geography*, 55, S. 50–59.
- Nachtwey, Oliver (2016): *Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne*. Berlin, Suhrkamp.
- Neumann, Mario (2014): Die Welt verändern und die Macht übernehmen. In: *Analyse & Kritik*, Nr. 593.
- Neumann, Mario & Margatita Tsomou (2015): Bedeutung über Griechenland hinaus. In: *Analyse & Kritik*, Nr. 601.
- Oberndorfer, Lukas (2012): Krisenbearbeitung in der Europäischen Union: Economic Governance und Fiskalpakt – Elemente einer autoritären Wende? In: *Kritische Justiz*, 45(1), 26-38.
- Peck, Jamie (2010): Zombie Neoliberalism and the Ambidextrous Atate. In: *Theoretical Criminology*, 14(1), S. 104–110.
- Peters, Ulrich (2014): *Unbeugsam und Widerständig. Die radikale Linke in Deutschland seit 1989/90*. Münster, Unrast.

- Petzold, Tino & Maximilian Pichl (2013): Räume des Ausnahmerechts: Staatliche Raumproduktion in der Krise am Beispiel der Blockupy-Aktionstage 2012. In: *KrimJ*, 45(3), S. 211–227.
- Pichl, Maximilian (2012): Normalisierung des Ausnahmezustands – eine Rückschau auf die Blockupy-Aktionstage in Frankfurt am Main. In: *juridikum*, 12(3), S. 345–354.
- Poulantzas, Nicos (2002 [1978]): *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus*. Hamburg, VSA.
- Rancière, Jacques (2002 [1995]): *Das Unvernehmen. Politik und Philosophie*. Frankfurt a. M., Suhrkamp.
- Rancière, Jacques (2011): *Moments politiques. Interventionen 1977-2009*. Zürich, Diaphanes.
- Roth, Karl Heinz (2012): *Griechenland was tun?* Hamburg, VSA.
- Röttger, Bernd (2012): Noch immer „Modell Deutschland“? In: *Prokla*, 42(1), S. 29–47.
- Sablowski, Thomas & Etienne Schneider (2013): Verarmung made in Frankfurt/M. Die Europäische Zentralbank in der Krise. In: *Standpunkte*, Rosa-Luxemburg-Stiftung, 06/2013.
- Schumann, Harald & Arpad Bondy (2015): *Macht ohne Kontrolle – die Troika*. Ein Film von ARTE.
- Sitrin, Marina & Dario Azzellini (2014): *They can't Represent us! Reinventing Democracy from Greece to Occupy*. London, Verso.
- Skenderovic, Damir & Gianni D'Amato (2008): *Mit dem Fremden politisieren. Rechtspopulistische Parteien und Migrationspolitik in der Schweiz seit den 1960er Jahren*. Zürich, Chronos.
- Stolle, Peer (2012): Frankfurt im Ausnahmezustand? Staatliche Reaktionen auf die Blockupy-Proteste. In: *Bürgerrechte & Polizei CILIP*, 101-102 (1-2/2012), S. 127–134.
- Stolle, Peer & Lea Voigt (2014): Versammlungsvermeidungsstrategien. Behörden und Justiz gegen die „Blockupy“-Proteste in Frankfurt am Main. In: *Kritische Justiz*, 47(2), S. 185–195.
- Streeck, Wolfgang (2015): Südländer, Nordländer und der Euro. In: *Le Monde diplomatique*, Juni 15.
- Unsichtbares Komitee (2010): *Der kommende Aufstand*. Hamburg, Nautilus.
- Vey, Judith (2015): *Gegen-hegemoniale Perspektiven. Analyse linker Krisenprotest in Deutschland 2009/2010*. Hamburg, VSA.
- Wetzell, Wolf (2012): Friede den Hütten – Krieg den Palästen. Von der Georg-Büchner-Initiative 2010 bis zu den Notroika-Aktionen im Mai 2012 in Frankfurt. In: Wetzell, Wolf (Hg.): *Aufstand in den Städten. Krise – Proteste – Strategien*. Münster, Unrast, S. 27–38.
- Wiegand, Felix; Bernd Belina; Daniel Mullis & Tino Petzold (2016): Durch Athen auf Frankfurt blicken. „Austerity Urbanism“. Uneven Development und Alltäglichkeit – Reflexionen aus zwei Workshops. In: *suburban*, 4(2).

## Quellen

- Alexander, Matthias (19.05.2012): Blockiert. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, S. 39.
- Alexander, Matthias (25.03.2015): Scheinheilige Hobbystrategen. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, S. 29.
- Altenbockum, Jasper von (04.06.2013): Bis zum nächsten Mal. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, S. 8.
- Altenbockum, Jasper von (18.03.2015): Blindwutbürger. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, S. 8.
- Altenbockum, Jasper von (19.03.2015): Wie eine linke NPD. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, www.faz.net, visited: 09.04.2015.
- Amann, Melanie; Benedikt Coeckoll & Christian Siedenbiedel (20.05.2012): Abgetaucht. In: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, S. 31.
- antifa [f] (05.08.2013): *Rockupy. – Auswertung zu den Blockupy Aktionstagen*, www.kritikundpraxis.org, visited: 08.06.2015.
- Attac (Hg.) (2012): *Blockupy – Frankfurt im Mai 2012. Europäischer Widerstand in der demokratiefreien Zone*. Frankfurt a. M., Eigenverlag.
- Bebenburg, Pitt (26.03.2015): Schulterchluss gegen Gewalt. In: *Frankfurter Rundschau*, S. D6.
- Bebenburg, Pitt & Felix Helbig (10.05.2012): „Ziele gibt es genügend“. Polizei hat Material für das Verbot der Blockupy-Demos geliefert. In: *Frankfurter Rundschau*, S. D2.
- Bebenburg, Pitt & Georg Leppert (06.03.2015): Blockupy einigt sich mit der Polizei. In: *Frankfurter Rundschau*, S. R16.
- Bebenburg, Pitt & Hanning Voigts (25.02.2015): Warnung vor Randalen. In: *Frankfurter Rundschau*, S. F2.
- Bender, Justus (21.05.2012): Was zu beweisen war. Die „Blockupy“-Proteste in Frankfurt blieben ruhig – warum? In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, S. 4.
- Bender, Justus; Katharina Iskandar & Jonas Jansen (19.03.2015): Im Ausnahmezustand. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, S. 3.
- Bender, Justus & Jonas Jansen (18.03.2015): Immer eine Reise wert. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, S. 2.
- Bereswill, Gerhard (16.05.2012): Stimmen zu Blockupy. Polizeivizepräsident. In: *Frankfurter Rundschau*, S. 3.
- Bereswill, Gerhard (11.03.2015): „Beamte sind oft wie Freiwillig“. Teil I. Gespräch geführt von Alexander & Iskandar. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, S. 35.
- Bereswill, Gerhard (12.03.2015): „Der Protest richtet sich gegen die ganze Stadt“. Teil II. Gespräch geführt von Alexander & Iskandar. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, S. 35.
- BILD (03.06.2013): Warum geht die Polizei so hart gegen Blockupy vor? In: *BILD*, www.bild.de, visited: 08.06.2015.
- Block G8 (2008): „Chef, es sind zu viele...“. *Die BLOCK-G8-Broschüre*. Lübeck, Eigenverlag.
- Blockupy (04.2012): *Präsentation – Blockupy*. www.2012.blockupy-frankfurt.org, visited: 30.06.2014.
- Blockupy (03.02.2012): *Internationale Solidarität gegen das Krisenkommando der Troika-Mächte! Einladung zur Europäischen Aktionskonferenz in Frankfurt am Main vom 24. bis 26. Februar 2012*. www.2012.blockupy-frankfurt.org, visited: 29.11.2012.
- Blockupy (01.03.2012): *Aufruf Blockupy Frankfurt 16.-19. Mai. Europäische Aktionstage*. www.2012.blockupy-frankfurt.org, visited: 30.06.2014.

- Blockupy (01.04.2012): *Zum Aktionsbild für die Blockade am 18. Mai 2012 im Frankfurter Finanzzentrum sowie zur Beteiligung der Blockadegruppen am 17. und 19.5.* www.2012.blockupy-frankfurt.org, visited: 29.11.2012.
- Blockupy (05.2012): *Aktionskonsens für die Blockade von EZB und Finanzzentrum am 18. Mai.* www.2012.blockupy-frankfurt.org, visited: 29.11.2012.
- Blockupy (16.05.2012): *FAQs.* www.2012.blockupy-frankfurt.org, visited: 29.11.2012.
- Blockupy (24.06.2012): *Zusammenfassung der Ergebnisse des Bündnistreffens „Blockupy Beyond“.* www.2012.blockupy-frankfurt.org, visited: 10.05.2015.
- Blockupy (02.2013): *Selbstverständnis des Bündnis Blockupy Frankfurt.* www.blockupy.org, visited: 14.02.2014.
- Blockupy (04.2013): *31. Mai: Massenblockaden und Aktionen des Zivilen Ungehorsams.* www.blockupy.org, visited: 05.02.2014.
- Blockupy (05.04.2013): *Unsere Antwort auf repressive Krisenpolitik: Das Aktionsprogramm.* www.blockupy.org, visited: 08.04.2013.
- Blockupy (10.04.2013): *Aktionsbild für die Blockaden und Aktionen am 31. Mai 2013, im Frankfurter Finanzzentrum und darüber hinaus...* www.blockupy.org, visited: 05.02.2014.
- Blockupy (21.04.2013): *Der Blockupy Aktionskonsens für Freitag, den 31. Mai 2013.* www.blockupy.org, visited: 05.02.2014.
- Blockupy (22.04.2013): *Aufruf Blockupy Frankfurt – Widerstand im Herzen des europäischen Krisenregimes: 31. Mai und 1. Juni 2013.* www.blockupy.org, visited: 30.06.2014.
- Blockupy (01.05.2013): *Aufruf – Recht auf die Stadt.* www.blockupy.org, visited: 23.05.2013.
- Blockupy (02.05.2013): *Aufruf – Blockupy Zeil.* www.blockupy.org, visited: 23.05.2013.
- Blockupy (03.05.2013): *Aufruf – Gegen die Geschäfte mit dem Hunger: Landraub und Spekulation mit Nahrung stoppen!* www.blockupy.org, visited: 23.05.2013.
- Blockupy (04.05.2013): *Aufruf – Blockupy Deportation Airport!* www.blockupy.org, visited: 23.05.2013.
- Blockupy (05.05.2013): *Aufruf – Care Mob und Tanzblockade.* www.blockupy.org, visited: 23.05.2013.
- Blockupy (23.05.2013): *Aufruf – Asamblea. Versammelt Euch!,* www.blockupy.org, visited: 23.05.2013.
- Blockupy (05.06.2013): *Sie wollen Kapitalismus ohne Demokratie, wir wollen Demokratie ohne Kapitalismus.* Erklärung des Blockupy KoKreis, www.blockupy.org, visited: 12.06.2013.
- Blockupy (03.10.2013): *22. bis 24. Nov. Europäische Blockupy-Aktionskonferenz in Frankfurt.* www.blockupy.org, visited: 23.10.2013.
- Blockupy (16.03.2014): *Solidarity Beyond Borders – Building Democracy From Below! Aufruf zu europaweiten Aktionstagen vom 15. bis 25. Mai 2014.* www.blockupy.org, visited: 15.05.2014.
- Blockupy (08.04.2014): *Nationalismus ist keine Alternative!* www.antifa.blockupy.org, visited: 24.06.2015.
- Blockupy (05.06.2014): *Abschlussklärung zum May of Solidarity vom 15. bis 25.5.2014.* www.blockupy.org, visited: 03.09.2014.
- Blockupy (03.07.2014): *Nicht warten, die Agenda setzen!* Erklärung des Blockupy KoKreis, www.blockupy.org, visited: 08.07.2014.
- Blockupy (20.07.2014): *Aufruf zum Aufbau eines transnationalen Initiativraums für ein Europa von unten, quer, gegen und jenseits des heutigen Europas.* Einladung von Blockupy International für ein Treffen in Brüssel am 26. und 27. September, www.blockupy.org, visited: 24.06.2015.
- Blockupy (21.07.2014): *Blockupy-Newsletter – Juli 2014.* www.blockupy.org, visited: 13.10.2014.
- Blockupy (17.08.2014): *#talk #dance #act – Runter vom Balkon! Frankfurter Blockupy Festival 20.-23. November 2014.* www.blockupy.org, visited: 08.12.2014.
- Blockupy (13.10.2014): *Blockupy-Newsletter – Oktober 2014.* www.blockupy.org, visited: 13.10.2014.
- Blockupy (23.11.2014): *Aufruf: 18. März 2015: Transnationale Aktionen gegen die EZB-Eröffnungsfeier – Let's Take Over The Party!* www.blockupy.org, visited: 01.12.2014.
- Blockupy (16.01.2015): *zu den Wahlen in Griechenland: Die Chance des Aufbruchs kommt von der Straße.* www.blockupy.org, visited: 31.05.2015.
- Blockupy (29.01.2015): *Viel Lärm um nichts Neues – Stellungnahme des Blockupy-Bündnisses zum neuen Anleihekaufsprogramm der EZB.* www.blockupy.org, visited: 19.03.2015.
- Blockupy (01.02.2015): *Statt eines Kommentars: Treffen wir unsere Wahl. #18M.* Kommentar des Blockupy-KoKreis zum Ausgang der Wahl in Griechenland, www.blockupy.org, visited: 05.02.2015.
- Blockupy (02.2015): *Kampagne – #18nulldrei.* www.blockupy.org, visited: 25.02.2015.
- Blockupy (01.03.2015): *Blockade der EZB – Aktionskonsens.* www.blockupy.org, visited: 10.03.2015.
- Blockupy (12.03.2015): *Kundgebung.* www.blockupy.org, visited: 16.03.2015.
- Blockupy (14.03.2015): *Demonstration.* www.blockupy.org, visited: 16.03.2015.
- Blockupy (16.03.2015): *Eindrücke aus dem #Gefahrengebiet.* Gastbeitrag des #18m-Infoteams, www.blockupy.org, visited: 17.03.2015.
- Blockupy (22.03.2015): *Für den europäischen Frühling – einen neuen Schritt gehen!* www.blockupy.org, visited: 24.03.2015.
- Blockupy (22.05.2015): *Bericht vom Aktiventreffen am 10. Mai in Berlin – Einen neuen Schritt gehen!* www.blockupy.org, visited: 26.05.2015.
- Blockupy (30.05.2015): *Blockupy – Ungehorsam, Bündnis, Straße.* Thesenpapier des Blockupy-KoKreises zum 18. März 2015, www.blockupy.org, visited: 31.05.2015.
- Blockupy PM (24.01.2012): *Bewegungen bereiten internationale Proteste gegen das autoritäre Krisenregime von EZB und Bundesregierung vor.* Pressemitteilung, Blockupy Frankfurt Pressestelle.
- Blockupy PM (26.02.2012): *Bewegungen planen europäische Massenproteste gegen Verarmungspolitik Pressemitteilung des Vorbereitungskreises der internationalen Aktionskonferenz gegen die Verarmungspolitik der Troika.* Pressemitteilung, Blockupy Frankfurt Pressestelle.
- Blockupy PM (07.05.2012): *Tausende protestieren gegen Verbot.* Pressemitteilung, Blockupy Frankfurt Pressestelle.
- Blockupy PM (09.05.2012): *Frankfurt verbietet alles! Auch Tanzen der Jugendlichen verboten.* Pressemitteilung, Blockupy Frankfurt Pressestelle.

- Blockupy PM (17.05.2012): *Tausende Menschen auf Paulsplatz und Römerberg*. Pressemitteilung, Blockupy Frankfurt Pressestelle.
- Blockupy PM (18.05.2012): *Blockupy: EZB und Bankenviertel erfolgreich blockiert*. Pressemitteilung, Blockupy Frankfurt Pressestelle.
- Blockupy PM (19.05.2012): *Mehr als 30.000 bei Blockupy-Demo gegen europaweites Spardiktat. Trotz Verbotsorgie den europäischen Widerstand sichtbar gemacht*. Pressemitteilung, Blockupy Frankfurt Pressestelle.
- Blockupy PM (22.05.2012): *Strategie von Stadt, Innenministerium und Polizei ist gescheitert. Nicht gelungen, Proteste gegen europaweite Verarmungspolitik zu diskreditieren*. Pressemitteilung, Blockupy Frankfurt Pressestelle.
- Blockupy PM (16.10.2012): *Blockupy geht weiter: Inhaltliche Veranstaltungen und Aktionsratschlag*. Pressemitteilung, Blockupy Frankfurt Pressestelle.
- Blockupy PM (14.02.2013): *Anmelder und Stadt einig über Demo am 1. Juni*. Pressemitteilung, Blockupy Frankfurt Pressestelle.
- Blockupy PM (30.05.2013): *Blockupy-Camp eröffnet*. Pressemitteilung, Blockupy Frankfurt Pressestelle.
- Blockupy PM (31.05.2013): *Blockade steht: 3000 Aktivisten riegeln EZB ab*. Pressemitteilung 7:40 Uhr, Blockupy Frankfurt Pressestelle.
- Blockupy PM (01.06.2013a): *Blockupy-Demo: Polizei will Wunsch-Route der Stadt erzwingen*. Pressemitteilung 14:00 Uhr, Blockupy Frankfurt Pressestelle.
- Blockupy PM (01.06.2013b): *Mindestens 20.000 bei Blockupy-Demo*. Pressemitteilung 19:13 Uhr, Blockupy Frankfurt Pressestelle.
- Blockupy PM (02.06.2013): *Kraftvolle Proteste gegen europaweite Verarmungspolitik*. Pressemitteilung, Blockupy Frankfurt Pressestelle.
- Blockupy PM (03.06.2013): *Rechtfertigungen von Innenminister und Polizei skandalös*. Pressemitteilung, Blockupy Frankfurt Pressestelle.
- Blockupy PM (05.06.2013): *Stellungnahme der Demosantäter\_innen zum Polizeieinsatz am 01.06.2013 in Frankfurt am Main*. Pressemitteilung, Blockupy Frankfurt Pressestelle.
- Blockupy PM (06.06.2013): *Blockupy hat Klage eingereicht*. Pressemitteilung, Blockupy Frankfurt Pressestelle.
- Blockupy PM (24.11.2013): *Mobilisierung zum Tag X: Blockupy will EZB Eröffnung stören*. Pressemitteilung, Blockupy Frankfurt Pressestelle.
- Blockupy PM (17.05.2014a): *Laut, bunt, gute Stimmung: Blockupy-Demos in Berlin, Düsseldorf, Hamburg und Stuttgart*. Pressemitteilung 15 Uhr, Blockupy Frankfurt Pressestelle.
- Blockupy PM (17.05.2014b): *Mehr als 10.000 bei Blockupy-Demos*. Pressemitteilung 17:15, Blockupy Frankfurt Pressestelle.
- Blockupy PM (23.06.2014): *Blockupy kündigt Berufung an*. Pressemitteilung, Blockupy Frankfurt Pressestelle.
- Blockupy PM (22.11.2014): *3000 bringen EZB ihren Müll zurück*. Pressemitteilung, Blockupy Frankfurt Pressestelle.
- Blockupy PM (18.01.2015): *Blockupy-Protest am 18.3.: Morgens Blockade, nachmittags Kundgebung und Demo*. Pressemitteilung, Blockupy Frankfurt Pressestelle.
- Blockupy PM (06.02.2015): *EZB reagiert auf Widerstand – Blockupy mobilisiert weiter*. Pressemitteilung, Blockupy Frankfurt Pressestelle.
- Blockupy PM (27.02.2015): *Kampagne: „Mehr Athen, weniger Berlin. BILD lügt“*. Pressemitteilung, Blockupy Frankfurt Pressestelle.
- Blockupy PM (16.03.2015): *EZB unter Rechtfertigungsdruck*. Pressemitteilung, Blockupy Frankfurt Pressestelle.
- Blockupy PM (17.03.2015): *60 Busse aus 39 europäischen Städten erwartet*. Pressemitteilung, Blockupy Frankfurt Pressestelle.
- Blockupy PM (18.03.2015): *6.000 bei Blockaden gegen tödliche Krisenpolitik*. Pressemitteilung, 15:37 Uhr, Blockupy Frankfurt Pressestelle.
- Blockupy PM (20.03.2015): *Blockupy macht weiter*. Pressemitteilung, Blockupy Frankfurt Pressestelle.
- Blockupy PM (06.07.2015): *Ergebnis Referendum: Ein überwältigendes Oxi*. Pressemitteilung, Blockupy Frankfurt Pressestelle.
- Blockupy Int. PM (21.05.2014): *19.5. PM der Blockupy international coalition: „Our democracy and solidarity goes far beyond elections.“*. Pressemitteilung, Blockupy International Coalition Pressestelle.
- Böhm, Markus (24.01.2015): *Einladung nach Dresden: SPD-Chef Gabriel diskutiert mit Anhängern von Pegida*. In: *Spiegel Online*, [www.spiegel.de](http://www.spiegel.de), visited: 31.08.2016.
- Bundeskoordination Krisenproteste (2009): *Bundesweiter Aufruf für den 28. März. Wir zahlen nicht für eure Krise! Für eine solidarische Gesellschaft!* [www.kapitalismuskrise.org](http://www.kapitalismuskrise.org), visited: 07.02.2014.
- Busch, Sandra (19.03.2015): *Angst um Kinder*. In: *Frankfurter Rundschau*, S. R1.
- Busch, Sandra; Georg Leppert; Danijel Majic; Martin Steinhagen & Hanning Voigts (19.03.2015): *Frankfurter Krawalltag*. In: *Frankfurter Rundschau*, S. 2.
- Cœuré, Benoît; Werner Rätz & Mischa Aschmoneit (28.06.2014): *„Ihr System muss verschwinden“*. Streitgespräch zwischen Blockupyaktivisten und einem EZB-Vertreter, geführt von Rexer und Zydra. In: *Süddeutsche Zeitung*, S. 30.
- Corriere (31.05.2013): *Francoforte, in migliaia all'assedio della Bce*. In: *Corriere della Sera*, [www.corriere.it](http://www.corriere.it), visited: 08.06.2015.
- Corriere (01.06.2013a): *Francoforte, scontri con la polizia tra i fermati anche deputati della Die Linke*. In: *Corriere della Sera*, [www.corriere.it](http://www.corriere.it), visited: 08.06.2015.
- Corriere (01.06.2013b): *Indignados in marcia contro la Troika Da Atene a Francoforte, in 80 città*. In: *Corriere della Sera*, [www.corriere.it](http://www.corriere.it), visited: 08.06.2015.
- Destroika (2014): *Europas einstürzende Neubauten. Aufruf der Destroika zu einer fantastischen Widerstandsbegegnung*. Veröffentlicht im Frühjahr 2014, [www.destroika.noblogs.org](http://www.destroika.noblogs.org), visited: 10.04.2014.
- Destroika (25.02.2015): *Ansage der Destroika an die kleinen Herrscher dieser Welt*. [www.destroika.noblogs.org](http://www.destroika.noblogs.org), visited: 25.02.2015.
- D'Inka, Werner (19.03.2015): *Ein böses Spiel*. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, S. 1.
- DPoG PM (23.03.2015): *Blockupy – Ulrich Wilken in seinem Amt untragbar!* Pressemitteilung, Deutsche Polizeigewerkschaft Hessen Pressestelle.
- Draghi, Mario (2015): *Speech at the inauguration of the New ECB Premises*. Rede des Präsidenten der EZB am 18. März 2015, [www.ecb.europa.eu](http://www.ecb.europa.eu), visited: 09.07.2015.

- Dyck, Ferdinand (19.05.2012): Hase und Igel. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, S. 41.
- Dyck, Ferdinand & Rainer Schulze (11.05.2012): „Dann machen wir unsere Läden eben gleich zu“. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, S. 42.
- Dyck, Ferdinand & Helmut Schwan (20.05.2012): Gewalt bleibt in der Minderheit. In: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, S. R1.
- EA Frankfurt PM (31.05.2013): *Unvollständige Bilanz des ersten Aktionstages 18.40 Uhr*. Pressemitteilung, Ermittlungsausschuss Frankfurt.
- Euler, Ralf (25.05.2012): „Das war erst der Anfang“. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, S. 43.
- FAZ (16.05.2012): Wackersdorf – Heiligendamm – Frankfurt. Blockupy steht in der Tradition von Globalisierungskritik und sozialen Bewegungen. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, S. 38.
- FAZ (18.05.2012): Kein Rave an der Hauptwache. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, S. 41.
- FAZ (22.10.2012): Mehr radikale Demokratie, bitte. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, S. 32.
- FAZ (08.06.2013): Frankfurter Koalition stimmt uneinheitlich ab. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, S. 41.
- FAZ (13.02.2015): Dax überspringt erstmals 11.000 Punkte. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, www.faz.net, visited: 19.02.2015.
- FAZ (19.03.2015a): Schwere Krawalle in Frankfurt. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, S. 1.
- FAZ (19.03.2015b): Tag der Gewalt und des Protests. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, S. 29.
- Figaro (03.06.2013): Manifestation anti-austérité devant le siège de la BCE à Francfort. In: *Le Figaro*, S. 23.
- Flamme und Feuer (03.07.2015): *Eine Antwort auf den KoKreis-Text (vom 30. Mai 2015)*. anonym veröffentlicht, www.linksunten.indymedia.org, visited: 22.07.2015.
- FR (19.05.2012): Keine Gewalt! In: *Frankfurter Rundschau*, S. D3.
- FR (26.05.2012): Sprache der Angst. In: *Frankfurter Rundschau*, S. R3.
- FR (01.06.2013): Blockaden und Protest. In: *Frankfurter Rundschau*, S. R2.
- FR (03.06.2012): Rhein verteidigt rüden Polizei-Einsatz. In: *Frankfurter Rundschau*, www.fr-online.de, visited: 03.02.2014.
- FR (28.03.2015): Billige Polemik. In: *Frankfurter Rundschau*, S. R14.
- Frank, Markus (10.04.2013): „Wir schulden Blockupy nichts“. Gespräch geführt von Voigts. In: *Frankfurter Rundschau*, S. F7.
- Frank, Markus (20.11.2014): „Niemand verhindert die EZB-Eröffnung“. Gespräch geführt von Göpfert, Leppert & Manus. In: *Frankfurter Rundschau*, S. D2.
- Frasch, Timo (29.03.2015): Warum die Linke zur Gewalt stehen sollte. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, S. 12.
- Fritzen, Marek (19.05.2012): Unverständnis über Uni-Schließung. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, S. R19.
- Gedziorowski, Lukas (10.06.2013): Parade gegen Polizeigewalt. In: *Frankfurter Rundschau*, S. F2.
- Genschel, Corinna (2014): Let's take over the party! In: *Analyse & Kritik*, Nr. 600, 16. Dezember 2014.
- Göpfert, Claus-Jürgen & Hanning Voigts (05.05.2012): Stadt verbietet Blockupy. In: *Frankfurter Rundschau*, S. F1.
- Göpfert, Claus-Jürgen & Felix Helbig (08.05.2012): Frank will Verzicht auf Blockaden. Ordnungsdezernent stellt Bedingung für Gespräche mit Blockupy. In: *Frankfurter Rundschau*, S. R16.
- Göpfert, Claus-Jürgen & Felix Helbig (10.05.2012): Grüne gegen Blockupy-Verbot. In: *Frankfurter Rundschau*, S. F1.
- Göpfert, Claus-Jürgen & Jörg Schindler (09.05.2012): „Jetzt erst recht“. In: *Frankfurter Rundschau*, S. R20.
- Göpfert, Claus-Jürgen & Hanning Voigts (09.04.2013): OB fordert Raum für Blockupy. In: *Frankfurter Rundschau*, S. R16.
- Guardian (01.06.2013): Protests at ECB as jobless rate hits a high: Blockupy targets 'austerity architects' in Frankfurt. In: *The Guardian*, www.theguardian.com.
- Guardian (18.03.2015): At least 350 people arrested in protest at ECB HQ in Frankfurt. In: *The Guardian*, www.theguardian.com, visited: 19.03.2015.
- Harting, Mechthild (27.02.2015): Kein Schlafplatz für Blockupy. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, S. 34.
- Haupt, Friederike (25.05.2014): Den Deutschen geht es zu gut. In: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, S. 10.
- Haupt, Friederike & Katharina Iskandar (08.04.2012): „Scheiben splintern, und ihr schreit“. In: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, S. 14.
- Hauser, Jan (16.05.2012): Die Angst vor der großen Randal. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, S. 12.
- Helbig, Felix (12.05.2012): Bannstadt Frankfurt. In: *Frankfurter Rundschau*, S. 11.
- Helbig, Felix (14.05.2012): Keine Annäherung. Stadt und Blockupy können sich auch vor Gericht nicht einigen. In: *Frankfurter Rundschau*, S. 28.
- Helbig, Felix & Georg Leppert (16.05.2012): Das stört doch nur. Frankfurt will Blockupy nicht haben, deshalb geht es nun um anderes als Krisenkritik. In: *Frankfurter Rundschau*, S. 2.
- Helbig, Felix & Hanning Voigts (12.05.2012): Stadt verbietet Occupy-Camp. In: *Frankfurter Rundschau*, S. R24.
- Helbig, Felix & Hanning Voigts (19.05.2012): Diese Bank ist schon besetzt. Am dritten Aktionstag von Blockupy versuchen Aktivisten, die Europäische Zentralbank zu blockieren – ein Protokoll. In: *Frankfurter Rundschau*, S. D3.
- Helbig, Felix; Hanning Voigts & Laura Wagner (19.05.2012): Polizei blockiert Banken. In: *Frankfurter Rundschau*, S. D1.
- Helbig, Felix; Georg Leppert; Hanning Voigts & Laura Wagner (18.05.2012): Demonstrationen trotz Verbot. Friedliche Blockupy-Proteste in der Innenstadt, Festnahmen in Bockenheim. In: *Frankfurter Rundschau*, S. D1.
- Humanité (03.06.2013): L'austérité rejetée dans toute l'Europe. In: *L'Humanité*.
- IL (23.02.2015): *Am Ende entscheidet die Straße – Bis die Mauern fallen*. www.interventionistische-linke.org, visited: 24.02.2015.
- Irish Independent (19.03.2015): Streets set alight as protesters clash with riot police at ECB ceremony. In: *Irish Independent*, S. 4f.
- Iskandar, Katharina (04.05.2012): In Alarmbereitschaft. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, S. 41.
- Iskandar, Katharina (08.05.2012): Protest gegen Protestverbot. Kooperationsgespräche bringen keine Lösung. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, S. 34.

- Iskandar, Katharina (11.05.2012): Müllabfuhr in Schwarz. Frankfurt fürchtet Gewalt durch „Blockupy“. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, S. 4.
- Iskandar, Katharina (12.05.2012): Stadt Frankfurt errichtet Schutzzone um Europäische Zentralbank. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, S. 39.
- Iskandar, Katharina (16.05.2012): Es wird kein schöner Anblick sein. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, S. 37.
- Iskandar, Katharina (18.05.2012a): Belagern trotz Verbots. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, S. 2.
- Iskandar, Katharina (18.05.2012b): Über dem Gesetz. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, S. 39.
- Iskandar, Katharina (22.05.2012): Parteien streiten über Blockupy-Bilanz. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, S. 31.
- Iskandar, Katharina (23.05.2013): Schön bunt soll es werden. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, S. 2.
- Iskandar, Katharina (31.05.2013): Chaos am Flughafen wegen Blockupy befürchtet. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, S. 45.
- Iskandar, Katharina (01.06.2013): Blockupy-Bündnis feiert Aktionen als Erfolg. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, S. 41.
- Iskandar, Katharina (02.06.2013): Protest und Kessel. In: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, R1.
- Iskandar, Katharina (03.06.2013): Polizei gerät nach Einsatz in Erklärungsnot. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, S. 33.
- Iskandar, Katharina (09.06.2013a): Die verwundete POLIZEI. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, S. 9.
- Iskandar, Katharina (09.06.2013b): Tausende protestieren gegen Polizei. In: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, S. R2.
- Iskandar, Katharina (10.06.2013): Alles bunt, alles friedlich. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, S. 34.
- Iskandar, Katharina (17.05.2014): Eierwürfe und Getrommel. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, S. 38.
- Iskandar, Katharina (20.11.2014): Blockupy demonstriert am Samstag vor der EZB. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, S. 33.
- Iskandar, Katharina (24.11.2014): Botschaften im „Feindesland“. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, S. 38.
- Iskandar, Katharina (18.03.2015): Feldmann ruft zu friedlichem Protest auf. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, S. 29.
- Iskandar, Katharina (24.03.2015): „Blockupy ist moralisch am Ende“. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, S. 29.
- Iskandar, Katharina & Ferdinand Dyck (15.05.2012): „Dann müssen sie uns wegstreten“. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, S. 31.
- Iskandar, Katharina & Ralf Euler (04.06.2013): Rhein rechtfertigt hartes Vorgehen der Polizei. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, S. 33.
- Iskandar, Katharina & Tobias Rösmann (04.05.2012): Stadt Frankfurt plant Verbot von „Blockupy“-Protest. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, S. 41.
- Iskandar, Katharina & Rainer Schulze (12.03.2015): Demonstration soll untersagt werden. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, S. 33.
- Iskandar, Katharina & Helmut Schwan (16.05.2012): Trotz Verbots drohen Ausschreitungen. Polizei mit Großaufgebot in der Stadt. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, S. 37.
- Iskandar, Katharina & Helmut Schwan (19.05.2012): Gespannte Ruhe vor Protestzug. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, S. 39.
- Iskandar, Katharina & Sascha Zoske (29.05.2013): Stadt sieht EZB erheblich gefährdet. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, S. 41.
- Iskandar, Katharina; Helmut Schwan & Ralf Euler (20.03.2015): „Der Protest folgte einer klaren Choreographie“. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 33.
- Kaiser, Lena & Magda Schneider (19.05.2014): Polizei blockt Blockupy. In: *TAZ*, S. 24.
- Kanning, Tim (16.05.2012): Viele Bankfilialen bleiben geschlossen. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, S. 38.
- Kanning, Tim & Katharina Iskandar (25.11.2014): EZB will Strafanzeige erstatten. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, S. 29.
- Kathimerini (15.03.2015): Thousands to protest in Frankfurt against ECB ‚austerity‘. In: *Kathimerini - English edition*, [www.ekathimerini.com](http://www.ekathimerini.com), visited: 15.03.2015.
- Kirchhoff, Petra (16.03.2015): „Das wird kein normaler Arbeitstag“. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, [www.faz.net](http://www.faz.net), visited: 09.04.2015.
- Kleine, Christoph (2012): Die Krise der kapitalistischen Verwertung. In: Attac (Hg.): *Blockupy – Frankfurt im Mai 2012. Europäischer Widerstand in der demokratiefreien Zone*. Frankfurt a. M., Eigenverlag, S. 13–16.
- Köhler, Manfred (18.03.2015): Karl Marx hätte seine Freude an den Demonstranten. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, S. 29.
- Köneke, Judith (26.02.2015): Ausweispflicht. In: *Frankfurter Rundschau*, S. R3.
- Küpper, Mechthild (23.03.2015): Meistens pazifistisch. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, S. 10.
- Leppert, Georg (21.05.2012): Peinlich für Frankfurt. In: *Frankfurter Rundschau*, S. 29.
- Leppert, Georg (20.04.2013): Blockupy will an die Messe. In: *Frankfurter Rundschau*, S. R16.
- Leppert, Georg (03.06.2013): Desaströser Einsatz. In: *Frankfurter Rundschau*, S. F2.
- Leppert, Georg (04.06.2013): Polizei rechtfertigt ihr Vorgehen. In: *Frankfurter Rundschau*, S. F2.
- Leppert, Georg (07.06.2013): Grüne stimmen mit SPD. In: *Frankfurter Rundschau*, S. F4.
- Leppert, Georg (28.05.2014): Achim Thiel verlässt die Polizei. In: *Frankfurter Rundschau*, S. R14.
- Leppert, Georg (27.02.2015): Ermessen ausüben. In: *Frankfurter Rundschau*, S. R13.
- Leppert, Georg (24.03.2015): Politik greift Blockupy an. In: *Frankfurter Rundschau*, S. 1.
- Leppert, Georg (28.03.2015): Feindbild Linke. In: *Frankfurter Rundschau*, S. R14.
- Leppert, Georg & Florian Leclerc (28.03.2015): Schwarzer Mittwoch. In: *Frankfurter Rundschau*, S. D2.
- Leppert, Georg & Martin Steinhagen (04.02.2015): EZB verzichtet auf große Feier. In: *Frankfurter Rundschau*, [www.fr-online.de](http://www.fr-online.de), visited: 05.02.2015.
- Leppert, Georg & Hanning Voigts (29.05.2013): Krisenproteste in Frankfurt. In: *Frankfurter Rundschau*, S. F0.
- Leppert, Georg & Hanning Voigts (14.03.2015): Frankfurt im Ausnahmezustand. In: *Frankfurter Rundschau*, S. R1.
- Leppert, Georg & Hanning Voigts (18.03.2015a): Alles bereit für Blockupy. In: *Frankfurter Rundschau*, S. R1.
- Leppert, Georg & Hanning Voigts (18.03.2015b): Bereit für den Protest. In: *Frankfurter Rundschau*, S. R2.
- Leppert, Georg & Hanning Voigts (20.03.2015): Polizei rechnet mit Blockupy ab. In: *Frankfurter Rundschau*, S. R1.

- Leppert, Georg; Hanning Voigts & Holger Schmale (20.03.2015): Der Tag der Aufarbeitung. In: *Frankfurter Rundschau*, S. 2.
- M18 (09.02.2015): *DIE EZB-Eröffnung am 18. März mit allen Mitteln stören*. www.march18.net, visited: 10.02.2015.
- M18 (28.02.2015): *Face the players, fight the game. M18: Die EZB-Eröffnungsparty crashen*. www.march18.net, visited: 10.02.2015.
- Manandhar, Timeela (2012): Für Europa auf die Straße, für Europa demonstrieren! In: Attac (Hg.): *Blockupy – Frankfurt im Mai 2012. Europäischer Widerstand in der demokratiefreien Zone*. Frankfurt a. M., Eigenverlag, S. 20–23.
- Manus, Christoph (21.03.2015): Becker tobt gegen Linke. In: *Frankfurter Rundschau*, S. R1.
- Mika, Bascha (19.03.2015): Verbrannte Werte. In: *Frankfurter Rundschau*, S. 1.
- Mittendrein, Lisa (2015): Den Bruch mit der Kürzungspolitik übersetzen. In: *Analyse & Kritik*, Nr. 602, S. 27.
- Monde (18.03.2015a): A Francfort, la BCE inaugure son siège, les „anti-austérité“ manifestent. In: *Le Monde*, www.lemonde.fr, visited: 19.03.2015.
- Monde (18.03.2015b): Manifestations à Francfort: la BCE est-elle la bonne cible ? In: *Le Monde*, www.lemonde.fr, visited: 19.03.2015.
- Negri, Antonio & Raúl Sánchez Cedillo (27.02.2015): The new left in Europe needs to be radical – and European. In: *The Guardian*, www.theguardian.com, visited: 21.03.2015.
- New York Times (31.05.2013): Protests Block Large Part of Central Frankfurt. In: *New York Times*, www.nytimes.com, visited: 08.06.2015.
- New York Times (18.03.2015a): Anti-austerity protests at ECB’s door. In: *New York Times*, www.nytimes.com, visited: 08.06.2015.
- New York Times (18.03.2015b): Germans Protest European Austerity Measures. In: *New York Times*, www.nytimes.com, visited: 08.06.2015.
- Nienhaus, Lisa (15.03.2015): Warum versteckt sich die Europäische Zentralbank? In: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, S. 23.
- NoTroika (12.05.2012): *Online-Resolution: Sofortige Rücknahme des Verbots: Protest muss möglich sein*. www.notroika.org, visited: 13.05.2012.
- NoTroika (13.05.2013): *Camp Guide: Let's Camp! Infolyer für das Camp anticapitalista während der Blockupy Aktionstage 2013*. www.notroika.org, visited: 04.06.2013.
- NoTroika PM (15.03.2013): *Offener Brief an den Frankfurter Ordnungsdezernenten Markus Frank*. Pressemitteilung, NoTroika Frankfurt Pressestelle.
- NoTroika PM (13.05.2014): *16. Mai ab 16:00 Uhr – Protest vor Apple-Store in Frankfurt*. Pressemitteilung, NoTroika Frankfurt Pressestelle.
- Onkelbach, Hans (19.05.2014): Blockupy demonstriert vor Läden im Kö-Bogen. In: *Rheinische Post Düsseldorf*.
- Online-Petition (2013): *So war es nicht!* Petition verfasst am 04.06.2013, bis zum 03.08.2013 836 Unterschriften, www.openpetition.de/petition/online/so-war-es-nicht, visited: 19.02.2014.
- Palm, Christian (01.06.2013): Der Primark-Rollladen fällt früh. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, S. 43.
- Peikert, Denise (29.05.2013): Alles ein bisschen entspannter. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, S. 43.
- Peikert, Denise (02.06.2013): Gruppen, Untergruppen. Breite Gräben und der Versuch, sie zuzuschütten: das ist Blockupy heute. In: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, S. R1.
- Pennekamp, Johannes (14.03.2015): In Frankfurt braut sich was zusammen. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, S. 24.
- POL-F (02.03.2015): *Eröffnung des EZB-Neubaues am 18.03.2015*. www.polizei.hessen.de, visited: 13.03.2015.
- POL-F (12.03.2015): *Blockupy FAQ*. www.polizei.hessen.de, visited: 13.03.2015.
- POL-F PM (01.06.2013a): *Polizeieinsatz anlässlich Blockupy-Aufzug*. Pressemitteilung 479 15:43 Uhr, Frankfurt-Innenstadt, Polizeipräsidium Frankfurt am Main.
- POL-F PM (01.06.2013b): *Polizeiliche Maßnahmen aus Anlass der Blockupy-Proteste – Bewertung des Frankfurter Polizeipräsidenten*. Pressemitteilung 480 21:22 Uhr, Frankfurt-Innenstadt, Polizeipräsidium Frankfurt a. M.
- POL-F PM (02.06.2013): *Vorläufige Bilanz des gestrigen Blockupy-Aufzugs (Nachtrag zu unseren Meldungen 479 und 480)*. Pressemitteilung, 484 Frankfurt-Innenstadt, Polizeipräsidium Frankfurt a. M.
- POL-F PM (16.05.2014): *Erster Frankfurter Blockupy-Aktionstag - Polizei ist mit dem Verlauf insgesamt zufrieden*. Pressemitteilung, 356 Frankfurt-Innenstadt, Polizeipräsidium Frankfurt a. M.
- POL-F PM (25.05.2014): *Elf Tage Blockupy – Polizei zieht Bilanz*. Pressemitteilung, 371 Frankfurt-Innenstadt, Polizeipräsidium Frankfurt a. M.
- POL-F PM (23.11.2014): *Abschließende Pressemitteilung der Polizei zum „Blockupy-Festival“ im November 2014*. Pressemitteilung, Frankfurt-Innenstadt, Polizeipräsidium Frankfurt a. M.
- POL-F PM (18.03.2015): *Zwischenbilanz des heutigen Vormittags der Frankfurter Polizei zu den gewalttätigen Protesten anlässlich der offiziellen Eröffnung der Europäischen Zentralbank*. Pressemitteilung, 217 Frankfurt-Innenstadt, Polizeipräsidium Frankfurt a. M.
- POL-F PM (19.03.2015): *Überwiegend ruhige Nacht nach den gestrigen Krawallen*. Pressemitteilung, 219 Frankfurt-Innenstadt, Polizeipräsidium Frankfurt a. M.
- Rätz, Werner (2012): Wo stehen wir auf dem Weg zu einem solidarischen Europa? Ein Ausblick. In: Attac (Hg.): *Blockupy – Frankfurt im Mai 2012. Europäischer Widerstand in der demokratiefreien Zone*. Frankfurt a. M., Eigenverlag, S. 170–178.
- Remmert, Jochen & Thorsten Winter (19.03.2015): DGB-Chef: Das ist doch verrückt. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, S. 30.
- Repubblica (31.05.2013): Francoforte, sfilata la protesta di Blockupy. Bloccate le strade di accesso alla Bce. In: *La Repubblica*, www.repubblica.it, visited: 08.06.2015.
- Repubblica (01.06.2013): Blockupy, migliaia in piazza. Nuove proteste a Francoforte e in 80 città europee. In: *La Repubblica*, www.repubblica.it, visited: 08.06.2015.
- Repubblica (18.03.2015): Draghi inaugura la nuova sede Bce, guerriglia urbana a Francoforte. In: *La Repubblica*, www.repubblica.it, visited: 19.03.2015.
- Rippegather, Jutta (20.03.2015): Blockupy soll sich von Gewalt distanzieren. In: *Frankfurter Rundschau*, S. R4.

- Schlötzer, Christiane (24.11.2014): Gärt da noch was? In: *Die Zeit*, www.zeit.de.
- Schmidt, Volker (25.05.2012): Blockupy freundet sich mit Frankfurt an. In: *Frankfurter Rundschau*, S. R4.
- Schmitt, Oliver Maria (20.05.2012): Protest. In: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, S. 24.
- Schulze, Rainer (18.03.2015): Wie sich das Ostend wandelt. In: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, S. 30.
- Schwan, Helmut (15.05.2012): Blockupy blockiert. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, S. 31.
- Schwan, Helmut (18.05.2012): Farbattacken bei der Räumung. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, S. 41.
- Schwan, Helmut (22.10.2012): Blockupy, die zweite. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, S. 31.
- Schwan, Helmut (26.02.2015): EZB-Protest: Polizei fürchtet Stillstand. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, S. 29.
- Schwan, Helmut (14.03.2015): Polizei schafft Schutzzone um EZB. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, S. 41.
- Schwan, Helmut (19.03.2015): Die zwei Gesichter von Blockupy. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, S. 31.
- SD (03.06.2013): „Eine Schande für Frankfurt“. Polizeipressekonferenz vom 3. Juni 2013 im Storify-Überblick. In: *Süddeutsche Zeitung*, www.sueddeutsche.de, visited: 18.06.2013.
- 'solid (05.06.2013): *Blockupy: This is what democracy looks like*. Rückblick auf Protesttage von 'solid, www.de.indymedia.org, visited: 12.06.2013.
- Stadt Frankfurt (26.04.2012): *Gewalt hat in der politischen Auseinandersetzung keinen Platz*. Antrag STVV NR 286, Resolution vom 26. April 2012 eingereicht von CDU, GRÜNE, SPD, FDP.
- Stadt Frankfurt (03.05.2012): *11. Plenarsitzung der Stadtverordnetenversammlung*. Wortprotokoll.
- Stadt Frankfurt (06.06.2013a): *22. Plenarsitzung der Stadtverordnetenversammlung*. Wortprotokoll.
- Stadt Frankfurt (06.06.2013b): *Resolution*. Antrag STVV NR 629, Resolution eingereicht am 6. Juni 213 von CDU, GRÜNE, FDP.
- Stadt Frankfurt (01.07.2013): *Bericht des Magistrats an die Stadtverordnetenversammlung*. B 338, Klärung der Vorgänge rund um Blockupy 2013.
- Stadt Frankfurt (26.03.2015a): *40. Plenarsitzung der Stadtverordnetenversammlung*. Wortprotokoll.
- Stadt Frankfurt (26.03.2015b): *Resolution*. Antrag STVV NR 1173, Resolution vom 26. März 2015 eingereicht von CDU, GRÜNE, SPD und FDP.
- Stadt Frankfurt PM (04.05.2012): *Stadt verbietet Blockupy*. Pressemitteilung, Presse- und Informationsamt.
- Stadt Frankfurt PM (21.05.2012): *Dank für besonnenen Einsatz*. Pressemitteilung, Presse- und Informationsamt
- Stadt Frankfurt PM (16.03.2015): *Frankfurter Oberbürgermeister Peter Feldmann mahnt am Tag vor Blockupy zu Besonnenheit*. Pressemitteilung von Oberbürgermeister Peter Feldmann (SPD), Presse- und Informationsamt.
- Stadt Frankfurt PM (20.03.2015): *Magistrat verurteilt Blockupy-Gewalt*. Pressemitteilung, Presse- und Informationsamt.
- Standard (03.06.2013): Verletzte bei Blockupy-Demo in Frankfurt. In: *Der Standard*, S. 11.
- Steinhagen, Martin (14.03.2015): Vorbereiten auf das Chaos. In: *Frankfurter Rundschau*, S. R14.
- Stüb, Roland (26.05.2012): „Die Polizei ist nicht unser Gegner“. Gespräch geführt von Palm. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, S. 42.
- Stüb, Roland (20.03.2015): „Das wollten wir nicht“. Gespräch geführt von Filon. In: *Frankfurter Rundschau*, S. 3.
- Swing (2012): Mit Blockupy-Frankfurt zum „Wendland des Antikapitalismus“? In: *swing - Autonomes Rhein-Main-Info*, Nr. 175, August 2012, S. 1–4.
- Swing (2013a): Blockupy II – Weiter so in Richtung „Wendlandisierung“ ... In: *swing - Autonomes Rhein-Main-Info*, Nr. 181, September 2013, S. 4–5.
- Swing (2013b): Rückblick auf Blockupy. In: *swing - Autonomes Rhein-Main-Info*, Nr. 181, September 2013, S. 2–4.
- Swing (2013c): „Blockupy sozialrevolutionär unterfüttern ...“. In: *swing - Autonomes Rhein-Main-Info*, Nr. 182, November 2013, S. 3–5.
- Swing (2015): „Die EZB ist Überall! Machen wir ein, zwei, ganz viele Frankfurts!“. In: *swing - Autonomes Rhein-Main-Info*, Nr. 190, Mai 2015, S. 1–3.
- SZ (19.05.2014): Demonstration mit 3000 Teilnehmern. In: *Stuttgarter Zeitung*, S. 18.
- Telegraph (01.06.2013): Scuffles as Germany pushes back against austerity. In: *The Telegraph*, www.telegraph.co.uk, visited: 08.06.2015.
- Temps (01.06.2013): L'Europe a manifesté contre l'austérité. In: *Le Temps*.
- Teutsch, Oliver (17.03.2015): Läden und Banken machen dicht. In: *Frankfurter Rundschau*, S. R4.
- Teutsch, Oliver & Hanning Voigts (17.03.2015): Nato-Draht allerorten. In: *Frankfurter Rundschau*, S. R1.
- Trautsch, Matthias (12.03.2015): Blockaden könnten Frankfurter Abiturienten treffen. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, S. 33.
- Türk, Wolfgnag (14.04.2015): Dank an Polizisten in Todesangst. In: *HR*, www.hr-online.de, visited: 15.04.2015.
- Ums-Ganze (2012): We haven't even started yet! In: Attac (Hg.): *Blockupy – Frankfurt im Mai 2012. Europäischer Widerstand in der demokratiefreien Zone*. Frankfurt a. M., Eigenverlag, S. 28–33.
- Voigts, Hanning (14.05.2012): Blockupy läuft sich warm. In: *Frankfurter Rundschau*, S. F2.
- Voigts, Hanning (19.03.2013): Blockupy fordert Platz für Camp. In: *Frankfurter Rundschau*, S. R16.
- Voigts, Hanning (18.05.2013): Auflagen für Blockupy. In: *Frankfurter Rundschau*, S. R13.
- Voigts, Hanning (22.05.2013): Blockupy will EZB lahmlegen. In: *Frankfurter Rundschau*, S. R1.
- Voigts, Hanning (03.06.2013): Ende einer Demonstration. In: *Frankfurter Rundschau*, S. 27.
- Voigts, Hanning (13.05.2014): Keine Angst vor Blockupy. In: *Frankfurter Rundschau*, S. F4.
- Voigts, Hanning (17.05.2014): AfD-Wahlkampf wird zur Blockupy-Party. In: *Frankfurter Rundschau*, S. R8.
- Voigts, Hanning (10.07.2014): Arm und Reich strikte getrennt. In: *Frankfurter Rundschau*, www.fr-online.de.
- Voigts, Hanning (20.11.2014): Polizei will besser werden. In: *Frankfurter Rundschau*, S. R16.
- Voigts, Hanning (21.11.2014): Blockupy-Festival startet. In: *Frankfurter Rundschau*, S. R16.

- Voigts, Hanning (22.11.2014a): „Straße und Wahlurne vereinen“. In: *Frankfurter Rundschau*, S. D3.
- Voigts, Hanning (22.11.2014b): „Zeit des Widerstands“. In: *Frankfurter Rundschau*, S. R2.
- Voigts, Hanning (24.11.2014a): Blockupy stürmt EZB-Gelände. In: *Frankfurter Rundschau*, S. R1.
- Voigts, Hanning (24.11.2014b): Hüpfen, tanzen, Farbe werfen. In: *Frankfurter Rundschau*, S. R2.
- Voigts, Hanning (10.03.2015): Manager des Protests. In: *Frankfurter Rundschau*, S. R16.
- Voigts, Hanning (14.03.2015): Kritik an der EZB. In: *Frankfurter Rundschau*, S. R14.
- Voigts, Hanning (20.03.2015): Krawall von Anfang an. In: *Frankfurter Rundschau*, S. 3.
- Voigts, Hanning; Alicia Lindhoff & Anja Laud (31.05.2013): Blockupy – der Tag im Rückblick. Freitag 31. Mai 2013. In: *Frankfurter Rundschau*, [www.fr-online.de](http://www.fr-online.de), visited: 31.05.2013.
- Voigts, Hanning; Alicia Lindhoff & Anja Laud (01.06.2013): Blockupy – Das war der Samstag. 1. Juni 2013. In: *Frankfurter Rundschau*, [www.fr-online.de](http://www.fr-online.de), visited: 01.06.2013.
- Wilken, Ulrich (20.03.2015): „Wir werden es nicht schaffen, Straftäter fernzuhalten“. Gespräch geführt von Iskandar. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, S. 33.
- Wilken, Ulrich (24.03.2015): „Ich werde nicht zurücktreten“. Gespräch geführt von von Bebenburg. In: *Frankfurter Rundschau*, S. R2.
- Zand-vakili, André (19.05.2014): Polizei stoppt Sturm auf Elbphilharmonie. In: *Hamburger Abendblatt*, S. 8.